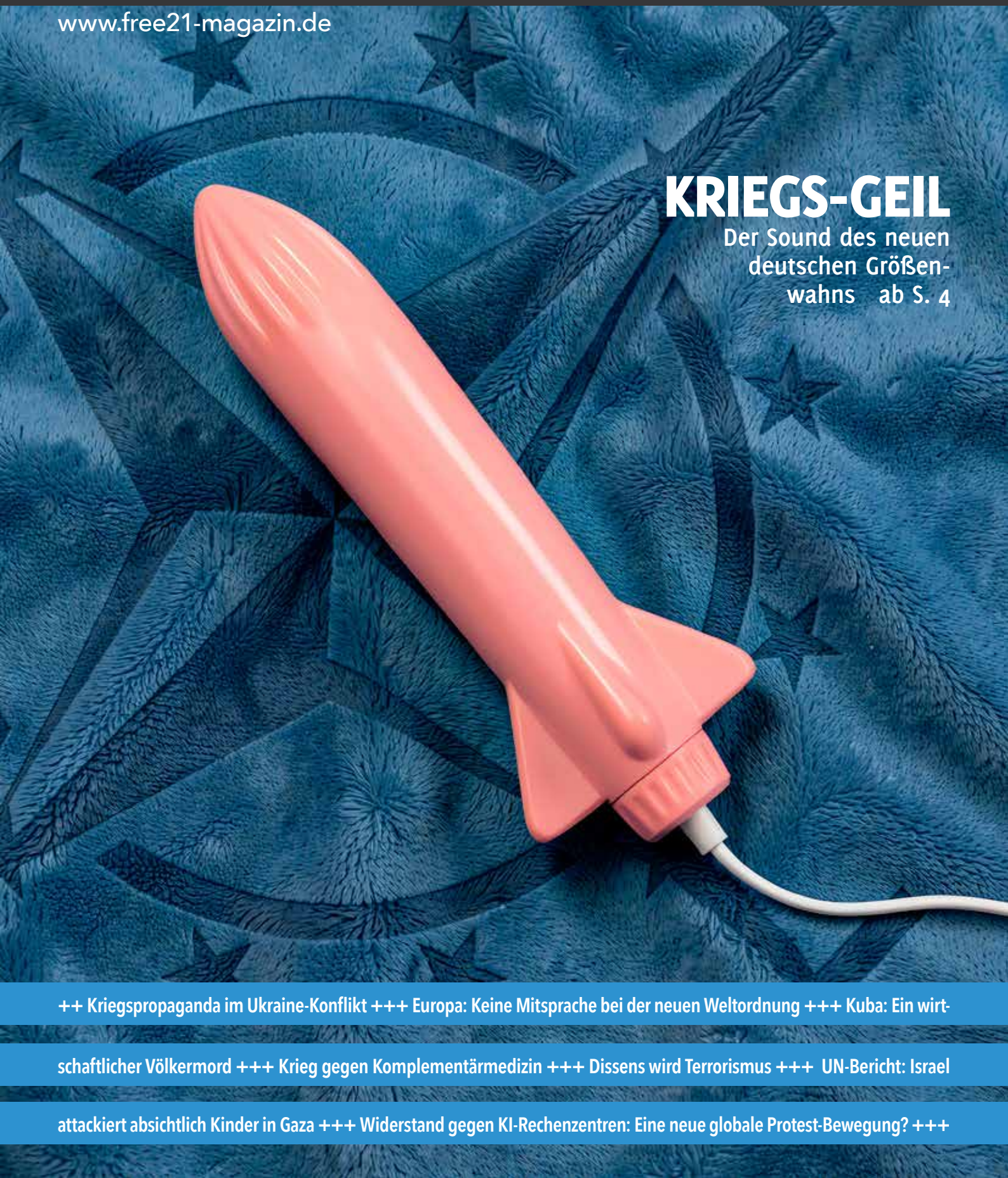
Free21 Magazin
04
Nr. 2026/04
Ausgabe 04
25. 08. 2026
www.free21-magazin.de



KRIEGS-GEIL

Der Sound des neuen deutschen Größenwahns ab S. 4

++ Kriegspropaganda im Ukraine-Konflikt +++ Europa: Keine Mitsprache bei der neuen Weltordnung +++ Kuba: Ein wirtschaftlicher Völkermord +++ Krieg gegen Komplementärmedizin +++ Dissens wird Terrorismus +++ UN-Bericht: Israel attackiert absichtlich Kinder in Gaza +++ Widerstand gegen KI-Rechenzentren: Eine neue globale Protest-Bewegung? +++

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 4, 13. Jg., August 2026

Impressum

Free21 Magazin ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass die layouteten Seiten als PDF-Datei heruntergeladen und auf DINA4-Papier ausgedruckt werden können.

Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne, Konzern-, Partei- oder Staatsinteressen agieren kann und dem Leser bei seiner Meinungsbildung eine wirkliche und ehrliche Hilfe ist.

Herausgeber:
Free21
Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim
Ust-ID: DE459083339

Redaktion:
Tobias Augenbraun

ViSdPR:
Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim

Kontakt
Telefon:
01578-5517855
E-Mail:
redaktion@free21-magazin.de
Web:
www.free21-magazin.de
Abo:
www.free21abo.de
Mail:
info@free21abo.de

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf free21-magazin.de können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins: ©Shooft

KRIEG UND FRIEDEN

4 **Der Sound des neuen deutschen Größenwahns**

Unsere Politiker und Militärs tun nichts, um einen kommenden Krieg gegen Russland mit aller Macht gerade noch zu verhindern. Sie reden ihn, im Gegenteil, auch noch munter herbei! Die Menschen, die uns regieren – Menschen, die uns in den Krieg führen?, *fragt Leo Ensel*

7 **Lügen in Zeiten des Kriegs**

Der Ukraine-Konflikt ist ein Lehrbeispiel für Kriegspropaganda. Jens Winkelmann überprüft die 10 häufigsten Falschaussagen. *Von Mirko Jähnert*



10 **Was Wadephul in Helsinki nicht sehen wollte**

Johann Wadephul, Außenminister Deutschlands schaute sich bei seinem Besuch in Finnland Bunker an und nahm dies als Vorbild für Deutschland. Aus der finnischen Geschichte hätte er auch diplomatische Lehren ziehen können. *Von Günther Burbach*

25 **UN-Bericht schlussfolgert: Israel greift absichtlich Kinder im Gazastreifen an**

Ein Bericht der UN zeigt, dass Israel absichtlich Kinder angreift, um die Zukunft des palästinensischen Volkes zu zerstören. *Von Ana Vračar*

GEOPOLITIK

13 **Verpasst Europa den Zug in die Zukunft?**

Während Europa noch schläft, bereiten belarussische und chinesische Diplomaten bereits eine neue Weltordnung vor. Europa verpasst den Zug, um über die neue Ordnung mitzuentscheiden. *Von Ralph Bosshard*

28 **Die Kuba-Strategie Trumps kommt einem wirtschaftlichen Völkermord gleich**

Im Interview mit *C.J. Polychroniou* spricht *Danny Shaw* über die Auswirkungen der jahrzentelangen Wirtschaftssanktionen auf die Bevölkerung Kubas. Shaw machte sich vor Ort ein Bild der katastrophalen Zustände.

34 **Trumps Vision für Grönland und die entstehende Weltordnung**

Mit dem Griff der USA nach Grönland, versuchen sich die USA als Großmacht neu zu definieren und neue Einflusssphären abzustecken. Eine Einordnung *von Erdem Lamazhapov*

INNENPOLITIK

17 **Religionskrieg gegen Komplementärmedizin**

Der Bundestag will anthroposophische Medizin und Homöopathie verbieten. Ein weiteres Geschenk für die Pharmaindustrie. Über die Pläne *berichtet Thomas Mayer*

GESCHICHTE & GESELLSCHAFT

23 **Sie starten ein neues COINTELPRO für das 21. Jahrhundert**

Die Trump Regierung startet einen neuen Kreuzzug gegen Dissens und rechtfertigt es mit dem Kampf gegen „radikalen linken Terrorismus“. Gemeint sind alle die Widersprechen. *Von Caitlin Johnstone*

41 **Der Kampf gegen KI-Rechenzentren ist die neueste Front im globalen Klassenkampf**

KI stärkt globale Akkumulationsnetzwerke, die neue Klassen- und Machtverhältnisse schaffen. Dies könnte zu einer globalen Protest-Bewegung führen, *meint William I. Robinson*

46 **Vom „Brain Capture“ zur intellektuellen Souveränität**

Seit den 1990er Jahren wurde eine unsichtbare intellektuelle Architektur aufgebaut, die die Gehirne der Intellektuellen des Golabalen Südens vereinnahmte und den Debattenraum über alternative Wirtschaftssysteme stark limitierte. *Von Vijay Prashad*

Faschisierung

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in unserem heutigen Wirtschaftssystem, Kapitalismus, ist es notwendig immer neue Profitgründe abzugrasen. Zurzeit ist der einzige Wirtschaftszweig, der *raketenhafte* Profite abwirft, die Rüstungsindustrie. Natürlich profitieren auch Vemögensverwalter wie BlackRock, mit ihrem willfährigen Helfer als Kanzlerdarsteller, und andere Finanzakteure, genauso wie die Tech-Industrie.

Den Kapitalismus hat schon immer die Tendenz zur Monopolisierung der Gewinne ausgezeichnet. Um sich neue Jagdgründe zu sichern, verschlang man einfach den Staat und seine Institutionen und machte sich diese untertan, so wie die Tech-Oligarchen es mit der US-Regierung taten. Dieser Neoliberalismus führte zur Aushöhlung demokratischer Institutionen und zur Herrschaft der Konzerne. Die weitere Verschmelzung von Staat und Kapital führt uns direkt in die nächste Phase: Die Faschisierung.

Den Faschismus könnte man als letzten Strohhalm des Kapitalismus ansehen. Um die Gewinne für einige wenige zu sichern, raubt man die normalen Menschen aus, die täglich Ihre Körper für ein paar Brosamen opfern. Der Sozialstaat wird schrittweise abgeschafft und all das Geld wird von unten nach oben verteilt.

Es ist also kein Wunder, dass die Oligarchen und Herrschenden Angst vor der normalen Bevölkerung haben. Aus Verzweiflung wird schnell eine Revolution. Damit die Mistgabeln nicht aus dem Keller geholt werden, sind strenge Überwachung und Strafen gegen andersdenkende Menschen ein absolutes Muss.

Und so wird auch in Deutschland weiter für den Krieg getrommelt. Diesen Menschen zuzuhören bereitet friedliebenden Menschen schon fast körperliche Schmerzen, zeigt aber, dass unsere Herrscher bereit sind, für ihren persönlichen Gewinn, alle anderen zu opfern. *Sterben Sie für Unseren Profit* wäre also der Slogan, den Sie ehrlicherweise verwenden könnten.

Demokratie jedenfalls ist nichts weiter als ein PR-Slogan – ohne echten Inhalt.

Ob Sie es nun mitbekommen haben oder nicht: Es wird bereits Krieg gegen alle geführt. Ein Krieg im Innern, gegen jeglichen Dissens. Der Kriegskurs bedeutet auch, die Umkehr aller demokratischen Werte. Die Herrschaft der Angst wird durch neue Gesetze geregelt: digitale Identität ab 2027, digitaler Euro, Chatkontrolle, Digital Services Act, Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetz und neue Geheimdienstgesetze für MAD, BND und Verfassungsschutz, mit der Möglichkeit offensiv zu gehen und noch den letzten zu finden, der dem Narrativ widerspricht.

Zeitgleich halten die USA unter Außenminister Rubio eine Konferenz mit 60 Ländern ab, um die Antifa zu einer transnationalen Terrororganisation zu erklären. Hierbei geht es nicht nur um die Antifa, die mehr Haltung als Organisation ist, sondern auch um Aktivisten gegen die Überwachungsinfrastruktur, KI-Datencenter und Umweltaktivisten. Legitimer Protest wird somit zu Terror. Die Opposition auszuschalten und im Inneren zu militarisieren ist ein weiteres Kennzeichen des alten und neuen Faschismus.

Man versucht eine Art Moralverschiebung zu erreichen, indem man einen Kampf gegen Sprache, Geschichte, Identität und den gesunden Menschenverstand führt. Schulen, Unis, Büchereien, Museen und der Journalismus sollen bereinigt werden. Auf diesen Schlachtfeldern wird Gewalt normalisiert und Konformität belohnt. Demokratische Werte wie kritisches Denken, Solidarität und Gleichheit werden nur noch als Schwäche angesehen.

Die Frage ist also: Wer ist der nächste?

Oder in Anlehnung an Pfarrer Martin Niemöller: Als sie die Antifas holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Antifa. Als sie die Umweltbewegungen holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Umweltschützer. Als sie die Journalisten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Journalist. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Ihr
Tobias Augenbraun,
Chefredakteur Free21



Dieser Text wurde zuerst am 27.06.2026 auf www.globalbridge.ch unter der URL ‹https://globalbridge.ch/collage-des-neuen-deutschen-groessenwahns-menschen-die-uns-regieren-menschen-die-uns-in-den-krieg-fuehren/› veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, Global Bridge, CC BY-NC-ND 4.0



Die Bundesregierung und ihre Minister und Ministerinnen. Die Gesichter des neuen deutschen Größenwahns. (Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Guido Bergmann)

Der Sound des neuen deutschen Größenwahns:

Menschen, die uns regieren – Menschen, die uns in den **Krieg** führen?

Unsere Politiker und Militärs tun nichts, um einen kommenden Krieg gegen Russland mit aller Macht gerade noch zu verhindern. Sie reden ihn, im Gegenteil, auch noch munter herbei! Aus der Perspektive des Friedensgebotes unserer Verfassung folgt zwingend: Sollten diese Leute nicht wissen, was sie tun, so sind sie katastrophale Fehlbesetzungen. Wissen sie aber, was sie tun, sollte man sie schleunigst dorthin beordern, wo sie hingehören. In jedem Falle sind sie gemeingefährlich!

Autor: Dr. Leo Ensel



ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Post-sowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.

Nehmen wir uns mal einen Moment Zeit und überlegen wir uns, was das eigentlich für Menschen sind, von denen wir regiert werden – und von denen in höchstem Maße die Zukunft von uns allen abhängt! Schauen wir noch gar nicht auf ihre Taten – biblisch gesprochen: die Früchte, an denen wir sie ja spätestens erkennen werden –, hören wir uns einfach nur an, was und wie sie *reden*. Früher oder später werden sie sich entsprechend verhalten – wenn sie können!

Die Politiker …

Friedrich Merz, Bundeskanzler

„Frieden gibt‘s auf jedem Friedhof.“ – „Deutschland sollte die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine unterstützen.“ – „Angesichts der Bedrohungen unserer Freiheit und des Friedens auf unserem Kontinent muss jetzt auch für unsere Verteidigung gelten: Whatever it takes.“ – „Die Bundeswehr soll konventionell zur stärksten Armee Europas werden.“ – „Das

Publiziert auf Free21 am 25.08.2026, 6:00 Uhr

wird uns die Bereitschaft zu Aufbruch, Veränderung und, ja, auch zu Opfern abverlangen. Und zwar nicht eines Tages, sondern jetzt.“ – „Angesichts der russischen Bedrohung muss Deutschland eine ‚Sprache der Stärke‘ wählen.“ – „Wir haben Moskau ungeahnte Verluste und Kosten aufgezwungen.“ – „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ – „Nie wieder werden wir Deutsche allein gehen.“ (In einen Krieg.) – „Ich habe keine Veranlassung, Putin an irgendeiner Stelle Glauben zu schenken.“ – „Er ist ein Kriegsverbrecher. Es ist vielleicht der schwerste Kriegsverbrecher unserer Zeit, den wir zur Zeit im großen Maßstab sehen. Und wir müssen uns einfach darüber im Klaren sein, wie man mit Kriegsverbrechern umgeht. Da ist Nachgiebigkeit fehl am Platz.“ (Um Missverständnisse auszuschließen: Gemeint war der russische Präsident, nicht der Ministerpräsident eines befreundeten Landes im Nahen Osten!) – „Dieses Land befindet sich zur Zeit unter dieser Führung auf dem Tiefpunkt der tiefsten Barbarei.“ (Russland, nicht Deutschland!) – „Wenn Putin jetzt nicht gestoppt wird, dann macht er weiter. Und dann ist nicht nur die Ukraine in Gefahr.“ – „Wir stehen geschlossen hinter der Ukraine und unterstützen sie unerschütterlich bei der Verteidigung ihrer Freiheit, Souveränität und territorialen Integrität.“ – „Wir müssen den Druck auf Russland aufrechterhalten. Wir müssen ihn sogar erhöhen.“ – „Russland wird diesen Krieg nicht gewinnen.“

Johann Wadephul, Außenminister

„Unsere Analyse ist und wird auf absehbare Zeit bleiben, dass wir Sicherheit in Europa nur als Sicherheit vor Russland bekommen.“ – „Solange Putins Bomben fallen, werden wir weiter Druck auf Russland machen.“ – „Russland wird immer ein Feind und eine Gefahr für unsere europäische Sicherheit sein.“

Boris Pistorius, Verteidigungsminister

„Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.“ – „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im kompletten Frieden.“ – „Wir brauchen einen Mentalitätswandel in Deutschland.“ – „Russland hat eine Phase der Schwäche.“ – „Russland rüstet sich für einen weiteren Krieg.“ – „Deutschland muss wehrhaft und resilient sein.“ – „Die Bedrohungslage erlaubt keinen Aufschub.“ – „Alles, was aus Deutschland geliefert wird und Ziele im russischen Hinterland angreift, kann eingesetzt werden.“ (Von der Ukraine.)

Lars Klingbeil, Finanzminister

„Es kann und wird mit Russland keine Rückkehr zum Status quo vor dem Krieg gegen die Ukraine geben.“ – „Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren.“ – „Die Menschen in unserem Land sind bereit, Opfer zu bringen.“

Roderich Kiesewetter (MdB)

„Russland ist ein Terrorstaat.“ – „Russland führt längst Krieg gegen Europa – nicht nur gegen die Ukraine.“ – „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen, Russland muss ihn verlieren.“ – „Der Krieg muss nach Russland getragen werden. Nicht nur Ölraffinerien, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände.“ – „Warum machen wir so weiter wie bisher und ertragen sogar ein ‚Russisches Haus‘ im Herzen Berlins, statt diese Diktatur- und Terrorfiliale zu enteignen und zu schließen?“ – „Das strategische Ziel Europas muss die bedingungslose Kapitulation Russlands sein.“ – „Europa muss daher konsequent auf eine ‚Stunde Null‘ Russlands hinarbeiten. Diese muss mit einer Verfolgung und Ahndung der Kriegsverbrechen einhergehen, und sie sollte der Anfang eines Prozesses sein, in dem der russischen Bevölkerung die Tragweite der russischen Verbrechen verdeutlicht wird.“

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident

„Es geht nicht allein um das Territorium der Ukraine, es geht um den im doppelten Sinne gemeinsamen Grund unserer Werte und unserer Friedensordnung. Diese Werte zu verteidigen und für sie einzustehen, bedeutet aber auch die Bereitschaft, empfindliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Sind wir dazu bereit?“

Martin Jäger, Präsident des Bundesnachrichtendienstes

„Wir dürfen uns nicht zurücklehnen in der Annahme, ein möglicher russischer Angriff käme frühestens 2029. Wir stehen schon jetzt im Feuer. In Europa herrscht bestenfalls ein eisiger Friede, der punktuell jederzeit in heiße Konfrontation umschlagen kann. Wir müssen uns auf weitere Lageverschärfungen einstellen.“ – „Wir müssen unsere Gegner konfrontieren, wo immer dies nötig ist. Wir werden gezielt und konsequent höhere Risiken eingehen.“

Marc Rutte, NATO-Generalsekretär

„Europa wird kräftig zur Kasse gebeten werden – das sollte es auch – und es wird dein Sieg sein.“ (Mail an Donald Trump im Vorfeld des NATO-Gipfels 2025.) – „Together, we will make our Alliance stronger, fairer and more lethal.“

> „Die Heimatfront und die Frontlinie sind jetzt ein und dasselbe.“

„Russland bereitet sich auf eine langfristige Konfrontation vor.“ – „Wir sind Russlands nächstes Ziel.“ – „Wir müssen uns auf ein Ausmaß von Kriegen vorbereiten, wie sie unsere Großeltern und Urgroßeltern ertragen mussten.“

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionsvorsitzende

„Wir müssen Europa dringend wieder aufrüsten.“ – „Wir gehen sogar davon aus, dass die Verteidigungsinvestitionen in Europa bis 2028 die von den USA im letzten Jahr getätigten Investitionen übertreffen werden.“ – „Er ist ein Raubtier. Wir wissen aus Erfahrung, dass er nur durch starke Abschreckung in Schach gehalten werden kann.“ (Gemeint war Wladimir Putin.) – „Europa befindet sich in einem Kampf!“ – „Sie stellen sich auf die neue Realität eines vollumfänglichen Krieges hier auf europäischem Boden ein.“ (Zu Vertretern der Rüstungsindustrie im Rahmen des NATO-Gipfels 2025.)

Kaja Kallas, EU-Außenkommissarin

„Wir sollten Russlands Stärke nicht überschätzen und unsere eigene nicht unterschätzen.“ – „Schwäche provoziert ihn.“ (Putin) – „Die Niederlage Russlands wäre kein Nachteil. Das Land besteht aus vielen verschiedenen Nationen und nach dem Krieg könnten daraus separate Staaten entstehen. Es wäre vorteilhaft, wenn eine Großmacht deutlich an Größe verliert.“

Manfred Weber, EVP-Vorsitzender

„Wie wär's denn, wenn so eine Provokation kommt, und wir wären in der Lage, mit Cyberangriffen mal für einen Tag die Moskauer U-Bahn stillzustellen?"

Theo Francken, Verteidigungsminister Belgiens

„Putin sagte dasselbe, als Finnland und Schweden der Nato beitraten, als wir Panzer, Raketen und F-16 lieferten. Das war auch für Putin eine rote Linie, aber was tat er? Nichts. Er weiß: Wenn ich Atomwaffen einsetze, wird Moskau von der Landkarte gewischt. Dann ist das Ende der Welt nahe." (Zur Frage, ob die Frage der Lieferung amerikanischer Tomahawk-Marschflugkörper einen dramatischen Wendepunkt im Ukrainekrieg darstellen würde.)

… und ihre Militärs

Carsten Breuer, General (Generalinspekteur der Bundeswehr)

„Die Lage ist bitterernst." – „Wir müssen wieder über Krieg nachdenken. Das haben wir zu lange nicht gemacht. Wir haben es häufig anderen überlassen." – „Wir leben in einer dämmrigen Übergangszeit, in der es noch nicht Krieg, aber auch nicht mehr ganz Frieden ist." – „Kriegstüchtigkeit ist ein Prozess, den wir durchlaufen werden. Aber wir haben nicht endlos Zeit dafür." – „In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein."

Christian Freuding, Generalleutnant (Inspekteur des Heeres)

„Es war eine unglaublich erfüllende Aufgabe, daran mitzuwirken, die Ukrainer in ihrem Kampf zu unterstützen!" – „Für uns ist immer am Wichtigsten, dass dieser Krieg *echt* ist!" (Der in der Ukraine.) – „Wir müssen vorbereitet sein. Wir müssen kampfbereit sein." – „Wir brauchen Waffensysteme, die weit in die Tiefe des russischen Raumes reichen, die angreifen können: Depots, Führungseinrichtungen, Flugplätze, Flugzeuge. Auch Deutschland ist bereit, der Ukraine solche Waffensysteme zur Verfügung zu stellen." – „Ich will für ein Heer arbeiten, das bereit ist zum Kampf, das sich durchsetzt, das gewinnt." – „Ich will, dass wir hier mit dieser Brigade erfolgreich sind. Dass sie kriegstüchtig ausbilden und dass sie siegen können, wenn es darauf ankommt!" (Zur Panzerbrigade 45 in Litauen.) – „2029 ist kein deutscher Zeitplan. Es handelt sich um von der NATO bestätigte Geheimdienstinformationen."

> Alles für die Freiheit aufzugeben, das ist Freiheit!"

Jürgen-Joachim von Sandrart, Generalleutnant a.D.

„Wir haben keine Zeit. Wir können nicht mehr zehn Jahre darüber nachdenken und diskutieren, ob wir unsere Mentalität ändern wollen. Wir müssen gleichzeitig auch selber davon überzeugt sein, dass wir gewinnen, wenn wir uns verteidigen." – „Wir müssen die Entscheidung so früh wie möglich suchen. Wir müssen den Kampf zum Gegner tragen. Wir dürfen für Russland nicht berechenbar sein, sonst ist Abschreckung schwierig zu erreichen. Es darf keine roten Linien geben, die Russland einkalkulieren kann."

Christoph Huber, Brigadegeneral (Kommandeur der Panzerbrigade 45 in Litauen)

„Wir haben einen glasklaren Auftrag. Wir deutsche Soldaten haben einen Eid geschworen: Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen. Und das bedeutet, dass wir im Verteidigungsfall diesen Auftrag ohne Zweifel erfüllen." (Antwort auf die Frage, ob Bundeswehrsoldaten bereit wären, Russen zu töten.)

Christian Badia, General a.D.

„Die Nato ist kein defensives Verteidigungsbündnis und hat nur defensive Waffen. Wir müssen offensiv gehen."

Eberhard Zorn, General a.D.

„Es könnte heute Abend sein." (Ein Angriff Russlands.)

Holger Neumann, Generalleutnant (Inspekteur der Luftwaffe)

„Wir sind bereit, heute Nacht gegen Russland zu kämpfen!" (Just eine Woche vor dem 85. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion.) Im Falle eines (russischen) Angriffs würde die deutsche Luftwaffe „verheerende Luftschläge auf dem russischen Territorium durchführen." Konkrete Ziele: die Exklave Kaliningrad, die Militärflotte am Schwarzen Meer sowie die Atomwaffenstützpunkte auf der Kola-Halbinsel.

Und der Souverän?

Zur Erinnerung: Die Rede ist hier von einem möglichen Krieg gegen eine *Atommacht*, den man offenbar bereits als schicksalsgegeben hinnimmt, wenn nicht im Tiefsten sogar *will*! (Von Deeskalation, Kriegsverhinderung oder gar Diplomatie war hierzulande jahrelang nie etwas zu hören.) Es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass diese ebenso einwie ungebildeten Leute früher oder später genau das tun werden, was sie jetzt schon so vollmundig versprechen. Friedensgebot des Grundgesetzes? Der Eid, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden? – So what!

Klinische Beispiele eines neuen deutschen – nein: EU-europäischen – Größenwahns.

Der Souverän dieses Staates sollte diese Menschen schnellstmöglich entmachten, bevor sie irreversible Fakten geschaffen haben, die man sich nicht ausmalen mag!

Publiziert auf Free21 am 25.08.2026, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 01.07.2026 auf www.freie-medienakademie.de unter der URL ‹https://www.freie-medienakademie.de/medien-plus/lugen-in-zeiten-des-kriegs› veröffentlicht. Lizenz: Mirko Jähnert, Freie Akademie für Medien & Journalismus



Kreml und Bolschoi-Kamenny-Brücke am späten Abend (Bild: Andrey Korzun, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0)

Lügen in Zeiten des Kriegs

Der Ukraine-Konflikt ist ein Lehrbeispiel für Kriegspropaganda im 21. Jahrhundert. Jens Winkelmann prüft die zehn häufigsten Falschaussagen.

Autor: Mirko Jähnert



Mirko Jähnert ist Absolvent mehrer Kurse an der Freien Medienakademie und unterstützt Free21 als Researcher. Er ist an Themen wie Geopolitik, Geschichte und Medien interessiert und seine Artikel sind auf seiner Website zu lesen: https://re-zensiert.wordpress.com/

In den westlichen Leitmedien kommen zum Ukraine-Krieg fast ausschließlich sogenannte Experten zu Wort, die in einschlägig bekannten NGOs integriert sind und typische transatlantische Lebensläufe vorweisen, wie ich in einem früheren Text [1] aufgezeigt habe. Über die Mainstream-Kanäle verbreiten diese Transatlantiker politisch genehme Narrative zum Krieg – und was ständig wiederholt wird, bleibt in den Köpfen hängen. So werden Ausgaben in Milliardenhöhe zu Lasten der Menschen in den EU-Ländern gerechtfertigt. Die zehn häufigsten Falschaussagen hat der ehemalige Diplomat und heutige politische Aktivist Jens Winkelmann für die Freie Medienakademie analysiert.

1. Die Ukraine verteidigt Europa und unsere Werte

Diese Behauptung findet sich zum Beispiel in diesen beiden Texten: Zentrum Liberale Moderne [2] und Europäische Kommission [3].

Menschen haben Werte, Staaten Interessen. Und die USA und die EU haben handfeste geostrategische und wirtschaftliche Interessen in dieser rohstoffreichen Region. Ihre „Werte“ sind politische, wirtschaftliche und militärische Expansion und Ausschaltung eines Konkurrenten auf dem internationalen Rohstoffmarkt. Der Rest ist Propaganda (Soft Power).

2. Russland hat 2014 die Ukraine überfallen

Beispiele für diese Aussage: Zentrum Liberale Moderne [4] und Deutsche Welle [5].

Die Ereignisse 2014 sehe ich eher als einen Bürgerkrieg unter aktiver Beteiligung der russischen Seite zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Osten der Ukraine. Jeder Krieg hat eine Vorgeschichte. Hier war es aus meiner Sicht die Osterweiterung der Nato, die spätestens seit 1994 unter Präsident Clinton zum strategischen Programm der USA



Jens Winkelmann studierte Außenpolitik und machte 1985 seinen Abschluss als Diplom-Staatswissenschaftler. Er ist Mitglied in der Eurasien Gesellschaft und bei Attac in Berlin. Außerdem engagiert er sich als stellvertretender Vorstand des Fördervereins Institut für Medienverantwortung und als Teilnehmer des Arbeitskreises „Frieden" der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Auf X (@Jens7berlin) sowie auf LinkedIn (Jens Winkelmann) nimmt er zu tagespolitischen Entwicklungen Stellung.

erklärt wurde. Dabei hat man sich die politische und wirtschaftliche Schwäche Russlands in den 1990er Jahren zunutze gemacht. Bereits Mitte der 1990er Jahre haben US-Experten wie George F. Kennan davor gewarnt, dass diese Strategie unvermeidlich zu einem Krieg mit Russland führen wird:

Ich glaube, das ist der Beginn eines neuen Kalten Krieges. Ich denke, die Russen werden allmählich ziemlich negativ reagieren, und das wird ihre Politik beeinflussen. Ich halte das für einen tragischen Fehler. Es gab überhaupt keinen Grund für diesen Schritt. Niemand hat irgendjemandem gedroht. Bei dieser Expansion würden sich die Gründerväter dieses Landes im Grabe umdrehen.
(George F. Kennan)

Kern dieser Strategie war es, die Ukraine Schritt für Schritt aus dem russischen Einflussbereich herauszubrechen und die Nato unmittelbar an die russischen Grenzen heranzuführen. 2014 war eine Zeitenwende, jedoch boten die Abkommen Minsk 1 und Minsk 2 die Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern. Diese Chance wurde nicht genutzt.

3. Russland hat imperialistische Ziele

Das behaupten Monitor [6] oder auch Die Zeit [7].

Wenn wir davon ausgehen, dass sich Russland vor allem unter Katharina der Großen ausgedehnt und andere Völker in der Region unter russische Herrschaft gebracht hat, ja, dann darf man das als imperiale Machterweiterung bezeichnen. Imperial aber nicht in dem Sinne, wie das britische Weltreich im 19. Jahrhundert agierte oder wie die USA seit 1945 ihren hegemonialen Machtanspruch mit über 800 Militärstützpunkten weltweit durchsetzen. So gesehen verfolgt Russland bei allen internationalen Aktivitäten eher ein regionales Sicherheitskonzept an seinen heutigen Grenzen – mehr oder weniger erfolgreich.

4. Die Ukraine ist eine Demokratie und muss in die EU aufgenommen werden

So lesen wir es im Leitmedium Die Zeit [8] oder auch bei der Europäischen Kommission [9].

Man kann die Ukraine als eine oligarchisch strukturierte, präsidiale Autokratie bezeichnen, ähnlich wie in Russland. Der Krieg hat die autoritären Strukturen gefördert. Die von der EU und der Ukraine angestrebte EU-Mitgliedschaft ist für die Ukraine nach der zwangsweisen Herauslösung aus dem russischen Wirtschaftsbereich überlebenswichtig, für die EU aber vor allem strategisch von Bedeutung, um einen ungehinderten Zugriff auf einen erweiterten Markt zu erlangen und weiter zu expandieren. Zudem hat man eine langfristige Kompensation der Kriegskosten im Blick. Inwieweit die Ukraine mittelfristig die für eine Aufnahme in die EU notwenigen Kriterien erfüllt, steht in den Sternen.

5. Russland führt einen unprovozierten Angriffskrieg

Beispiele finden sich in diesem Statement der Nato [10] und hier: Europäisches Parlament [11].

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 war und ist völkerrechtswidrig. Im Kapitel VII der UN-Charta ist eindeutig festgelegt, ob eine Bedrohung des Weltfriedens vorliegt und welche Maßnahmen der Sicherheitsrat für notwendig erachtet. Die Vorgeschichte dieses Regionalkriegs ist allerdings komplex. Sowohl in der Charta von Paris (1990) als auch in der Russland-Nato-Akte (1997) wird explizit darauf hingewiesen, dass die Sicherheit eines Staates untrennbar mit der Sicherheit aller Teilnehmerstaaten verbunden ist. Die immer wieder geäußerte Versicherung, dass die Nato nicht vorhabe, Russland anzugreifen, widerspricht seit der Clinton-Doktrin Mitte der 1990er Jahre dem Sicherheitsverlangen Russlands. Jelzin hatte das mehrfach moniert, aber auch Politik- und Militärexperten aus den USA. Dieses Unsicherheitsgefühl speiste und speist sich nicht nur, aber hauptsächlich, aus den

Quellen:

[1] Mirko Jähnert (07.10.2025): „Transatlantik-Schlagseite". Freie Akademie für Medien & Journalismus. *<https://www.freie-medienakademie.de/medien-plus/transatlantik-schlagseite>*

[2] Ralf Fücks (30.03.2026): „Zwischenruf Ralf Fücks: Die Ukraine verteidigt das freie Europa – Botschaften unserer Ukraine-Konferenz". Zentrum Liberale Moderne. *<https://libmod.de/zwischenruf-ralf-fuecks-die-ukraine-verteidigt-das-freie-europa/>*

[3] Vertretung in Deutschland (20.05.2022): „EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen: Ukraine verteidigt beeindruckend unsere Werte". Europäische Kommission. *<https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20_de>*

[4] Julia Kazdobina (30.04.2024): „Warum der Donbas-Konflikt nie ein Bürgerkrieg war". Russland verstehen – LibMod. *<https://russland-verstehen.eu/de/warum-der-donbas-konflikt-nie-ein-buergerkrieg-war/>*

[5] Roman Goncharenko (24.02.2024): „Ukraine-Krieg: Russlands Aggression begann vor zehn Jahren". DW. *<https://www.dw.com/de/russlands-ukraine-krieg-zehn-jahre-und-kein-ende/a-68341800>*

[6] Redaktion Monitor (04.03.2022): „MONITOR vom 03.03.2022 | Imperialistische Großmachtphantasien: Putins aggressive Außenpolitik". ARD. *<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/putins-aggressive-aussenpolitik-100.html>*

[7] dpa (21.09.2022): „Vereinte Nationen: Olaf Scholz wirft Russland "blanken Imperialismus" vor". Die Zeit. *<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-09/un-vollversammlung-bundeskanzler-olaf-scholz-russland-ukraine-krieg-sicherheitsrat>*

[8] Dmitry Glukhovsky (01.03.2022): „Anti-russland". Die Zeit. *<https://www.zeit.de/kultur/2022-03/ukraine-demokratie-werte-westen-russland-krieg/seite-2>*

[9] Europäische Kommission (15.06.2026): „Die Ukraine auf dem Weg in die EU". Europäische Kommission. *<https://commission.europa.eu/topics/eu-solidarity-ukraine/ukraines-path-towards-eu-accession_de>*

[10] Auswärtiges Amt (10.07.2024): „Erklärung des NATO-Ukraine-Rats vom 11.07.2024". Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO. *<https://nato.diplo.de/nato-de/01-natostatements/2666476-2666476>*

[11] EU (22.02.2024): „EU-Russland-Beziehungen: die Ursachen der Spannungen". Europäisches Parlament. *<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20210128STO96606/eu-russland-beziehungen-die-ursachen-der-spannungen>*

Publiziert auf Free21 am 09.07.2026, 6:00 Uhr

geschichtlichen Erfahrungen Russlands und der Sowjetunion. Den USA ging es ja nicht nur darum, ihren wirtschaftlichen Einfluss auf die Länder Osteuropas auszudehnen, sondern dort vor allem antirussische Kräfte zu unterstützen und gegen Russland politisch und militärisch in Stellung zu bringen. Insofern kann man durchaus von einem provozierten und vorhersehbaren Krieg sprechen.

6. Die Ukraine kann diesen Krieg gewinnen

So schreiben es zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine [12] und die taz [13].

Nein, die Ukraine kann diesen Krieg ebenso wenig gewinnen wie Russland. Der Erschöpfungsgrad beider Länder ist nach über vier Jahren Krieg enorm. Die ständige Weiterentwicklung der Kriegstechnik in immer kürzeren Fristen findet ebenso schnell eine Antwort. Beide Länder werden Kompromisse machen müssen.

7. Russland ist wegen des Kriegs international isoliert

Diese Behauptung findet sich etwa im Focus [14] oder auf einer Seite des Auswärtigen Amtes [15].

Nein, im Gegenteil. Am Sankt Petersburger Wirtschaftsforum Anfang Juni nahmen rund 140 Länder teil, zum ersten Mal seit 2022 auch wieder offiziell deutsche Wirtschaftsvertreter. Russland hat Ressourcen, die die Welt braucht, und die Welt ist längst größer als der Westen. Im sogenannten globalen Süden sieht man den Ukrainekrieg eher als eine europäische Angelegenheit.

8. Russland führt einen hybriden Krieg gegen uns und wird in wenigen Jahren die Nato angreifen

Das finden wir bei ZDF heute [16] oder auch im Tagesspiegel [17].

Ich halte das für Propaganda, um den Menschen in der EU die eigene Aufrüstung schmackhaft zu machen. Hybride Kriege führen alle Staaten, sie sind keine Erfindung Russlands. Das Problem steckt in der Logik dieser Aussage: Was wollte Russland im Westen? Es verfügt selbst über die Rohstoffe, die das westliche Europa nicht hat. Militärisch ist Russland der Nato weit unterlegen. Ein Angriff wäre Selbstmord mit Ansage. Auch in der Geschichte findet sich kein Beispiel überregionaler Expansionsgelüste Russlands in Richtung Atlantik. Russland hat immer wieder betont, dass eine weitere Verringerung der Vorwarnzeit im Falle eines Angriffs nicht tolerierbar ist. Neuen Abrüstungsvereinbarungen im strategischen und Mittelstreckenbereich steht Russland nicht ablehnend gegenüber – im Gegensatz zu den USA.

9. Russland greift bewusst zivile Ziele an und möchte alles Ukrainische auslöschen

Beispiele: Deutsche Welle [18] und Redaktionsnetzwerk Deutschland [19]

Ich halte das für eine bewusste Falschaussage. Die relativ geringe Zahl an zivilen Opfern durch Angriffe auf ukrainische Städte beweist eher das Gegenteil. Oft liegen Militär-, Industrie- oder Energieeinrichtungen allerdings in urbanen Gebieten. Vor dem 24. Februar 2022 gab es in Russland durchaus Stimmen, vor allem von Hardlinern aus dem Militär, die eine Besetzung der gesamte Ukraine forderten und für möglich hielten. Dem lag eine grandiose Fehleinschätzung bezüglich der gewachsenen Stärke der ukrainischen Armee zugrunde. Die Ukraine ganz auszulöschen, ist völlig irreal. Das weiß man mit Gewissheit auch in der russischen Führung.

10. Putin will nicht verhandeln

So sagen es uns Die Zeit [20] oder auch die Deutsche Welle [21].

Im März 2022 war eine schnelle Beendigung des Kriegs möglich. Die Fakten sind bekannt. Mittlerweile hat sich der Krieg festgefahren und zeigt ähnliche Symptome wie der Erste Weltkrieg 1916 an der Somme in Frankreich. Das entscheidende Problem für eine schnelle Verhandlungslösung liegt einerseits im Personal und andererseits in den klar definierten Maximalforderungen beider Seiten. Diese gilt es aufzulösen und in technischen Verhandlungen zu verifizieren. Diplomatie muss dafür sorgen, dass beide Seiten ohne Gesichtsverlust vor ihren Völkern diesen Krieg beenden können. Einen anderen Weg gibt es aus meiner Sicht nicht. Sowohl Putin als auch Selenskyj müssen dafür einen von beiden Seiten akzeptierten Moderator für Verhandlungen suchen. Ist er gefunden, besteht Hoffnung. Dass beide Präsidenten das wollen, halte ich für nicht ausgeschlossen.

Quellen:

[12] Konrad Schuller (20.12.2025): „Die EU ist stärker als Russland“. FAZ. *<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/staerker-als-russland-warum-ein-sieg-der-ukraine-mit-hilfe-der-eu-moeglich-ist-110806152.html>*

[13] Anna Lehmann (18.09.2022): „SPD-Außenexperte über Waffenlieferungen: „Die Ukraine kann gewinnen““. taz. *<https://taz.de/SPD-Aussenexperte-ueber-Waffenlieferungen/!5882055/>*

[14] Deutsche Welle (26.06.2024): „Sechs Länder halten Putin die Treue Wer steht noch an Russlands Seite?“. Focus. *<https://www.focus.de/politik/ausland/russland-isoliert-putin-nur-noch-in-sechs-laendern-willkommen-das-sind-sie_id_260074524.html>*

[15] Außenministerin Annalena Baerbock im Interview mit der NOZ (11.10.2022): „„Putin ist einsam und isoliert wie nie““. Auswärtiges Amt. *<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/interview-aussenministerin-baerbock-noz-2557100>*

[16] ZDF (18.05.2025): „Russlands hybride Angriffe auf Deutschland im Rückblick“. ZDFheute. *<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/russland-sabotage-hybride-angriffe-100.html>*

[17] (07.11.2025): „Bundeswehr-General warnt: „Russland könnte Nato-Gebiet in kleinerem Maßstab schon morgen angreifen““. Tagesspiegel. *<https://www.tagesspiegel.de/internationales/bundeswehr-general-warnt-russland-konnte-nato-gebiet-in-kleinerem-massstab-schon-morgen-angreifen-14779061.html>*

[18] Joscha Weber, Witalij Kropman (29.08.2022): „Russlands Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine“. DW. *<https://www.dw.com/de/russlands-angriffe-auf-zivile-ziele-in-der-ukraine/g-62921304>*

[19] RND/dpa/AP (20.03.2022): „Selenskyj zieht Vergleich zu Nazi-Deutschland: Russland will Ukraine auslöschen“. RedaktionsNetzwerk Deutschland. *<https://www.rnd.de/politik/wolodymyr-selenskyj-russland-will-ukraine-ausloeschen-WGITJPQKT-FNGRIRKIBZPELXRFI.html>*

[20] Alice Bota (09.06.2026): „Ukraineverhandlungen: Warum Putin nicht verhandeln will“. Die Zeit. *<https://www.zeit.de/politik/2026-06/ukraine-verhandlungen-e3-russland-wolodymyr-selenskyj-wladimir-putin-5vor8>*

[21] Christian F. Trippe (21.02.2023): „Putin will und wird nicht verhandeln“. DW. *<https://www.dw.com/de/meinung-wladimir-putin-will-und-wird-nicht-verhandeln/a-64776663>*

Lizenz: Günther Burbach, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



Johann Wadephul trifft seine finnische Amtskollegin, die Außenministerin von Finnland, Elina Valtonen in Helsinki.

Was Wadephul in Helsinki **nicht sehen** wollte

Der Außenminister bestaunt finnische Bunker. Dabei läge die wichtigste Lehre Helsinkis nicht unter der Erde, sondern in der Diplomatie

Johann Wadephul stand in einer unterirdischen Zivilschutzanlage in Helsinki und zeigte sich beeindruckt. In Finnlands Hauptstadt gibt es Schutzräume für rund 900.000 Menschen, deutlich mehr als Helsinki Einwohner hat. Deutschland müsse daraus lernen, erklärte der Außenminister. „Ich glaube, wir müssen einfach komplett umdenken."

Wadephul besichtigte außerdem die mehr als 1.300 Kilometer lange finnisch-russische Grenze, einen Grenzzaun, ein Patrouillenschiff und eine Reserveoffiziersschule. Finnland bereitet sich auf einen möglichen Angriff Russlands vor. Deutschland, so die Botschaft des Besuchs, soll seine Bevölkerung ebenfalls stärker auf einen Krieg einstellen.

Bunker bauen, Reservisten ausbilden, Grenzen befestigen, Landminen beschaffen: Die europäische Politik hat ihre Vorstellungskraft offenbar vollständig auf die Vorbereitung des Ernstfalls gerichtet. Für die Verhinderung dieses Ernstfalls fällt ihr dagegen immer weniger ein.

Ausgerechnet in Helsinki hätte Wadephul eine andere Lehre finden können. Am 1. August 1975 unterzeichneten dort 35 Staaten die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. NATO-Staaten, Mitglieder des Warschauer Pakts sowie neutrale und blockfreie Länder verständigten sich mitten im Kalten Krieg auf gemeinsame Grundsätze.

Damals standen sich ebenfalls hochgerüstete Machtblöcke gegenüber. Beide

Autor: Günther Burbach



Günther Burbach ist Schlosser und Schweißer und hat anschließend eine Ausbildung zum Informatikkaufmann gemacht. Nach Jahren im Stahlbau arbeitete Burbach dann als Informatikkaufmann unter anderem bei der Telekom. Er schreibt unter anderem für den Lokalkompass der Funke-Mediengruppe.

Publiziert auf Free21 am 27.07.2026, 6:00 Uhr

Seiten verfügten über Atomwaffen, beide misstrauten einander, beide bereiteten sich militärisch auf den Krieg vor. Trotzdem begriffen die Regierungen, dass Sicherheit in Europa nicht allein gegen die jeweils andere Seite organisiert werden konnte. Sie musste zumindest teilweise gemeinsam ausgehandelt werden.

Ein Bunker ist keine Friedenspolitik

Zivilschutz ist nicht sinnlos. Schutzräume können Menschen bei konventionellen Luftangriffen vor Druckwellen, Trümmern und Glassplittern schützen. Außerhalb der unmittelbaren Zerstörungszone einer Kernwaffe können Keller und entsprechend ausgestattete Schutzräume außerdem die Strahlenbelastung durch radioaktiven Fallout verringern.

Finnland besitzt diese Anlagen nicht erst seit dem Ukraine-Krieg. Das Land hat aufgrund seiner Geschichte, seiner langen Grenze zu Russland und seiner Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte eine besondere Zivilschutzstruktur aufgebaut. Viele der unterirdischen Räume werden im Alltag als Schwimmbäder, Sporthallen oder Parkanlagen genutzt und können im Krisenfall umgerüstet werden.

Deutschland sollte über funktionierenden Katastrophen- und Bevölkerungsschutz verfügen. Dafür sprechen nicht nur militärische Gefahren, sondern auch mögliche Industrieunfälle, Stromausfälle, Naturkatastrophen und Angriffe auf kritische Infrastruktur.

Problematisch wird es dort, wo der Schutzraum die politische Strategie ersetzt. Wadephul präsentierte die finnischen Bunker nicht als eine von mehreren Vorsorgemaßnahmen. Sie wurden zum sichtbaren Ausdruck eines politischen Denkens, das einen Krieg mit Russland zunehmend als planbares Szenario behandelt.

Man baut Schutzräume, rechnet Fluchtwege aus, reaktiviert die Wehrpflichtdiskussion und erhöht die Rüstungsausgaben. Die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: Was geschieht, wenn die militärische Abschreckung versagt und NATO und Russland tatsächlich unmittelbar gegeneinander kämpfen?

Russland ist keine konventionelle Regionalmacht, die nach einer militärischen Niederlage die Waffen abgibt und einen Friedensvertrag unterschreibt. Es ist die größte Atommacht der Welt. Ein direkter Krieg zwischen Russland und der NATO wäre deshalb nie nur ein größerer Ukraine-Krieg. Er wäre eine Konfrontation zwischen nuklear bewaffneten Machtblöcken.

Wenn die Niederlage zur Existenzfrage wird

Russland änderte im November 2024 seine Nukleardoktrin. Die Bedingungen für einen möglichen Atomwaffeneinsatz wurden ausgeweitet. Berücksichtigt werden seitdem nicht nur Angriffe mit Kernwaffen. Auch bestimmte massive Angriffe mit konventionellen Waffen können nach der russischen Doktrin eine nukleare Reaktion auslösen, wenn sie aus Moskauer Sicht die Souveränität oder territoriale Integrität Russlands oder Belarus' entscheidend gefährden.

Je weiter ein direkter Krieg eskaliert und je stärker eine Seite eine existenzielle Niederlage befürchtet, desto größer wird das Risiko, dass sie zu äußersten Mitteln greift. Das gilt nicht nur für Wladimir Putin und Russland. Die gesamte nukleare Abschreckung beruht auf der Drohung, unter bestimmten Bedingungen eine Katastrophe auszulösen, die niemand mehr kontrollieren kann.

Aus meiner Sicht ist deshalb gerade die Situation besonders gefährlich, in der Putin und die russische Führung glauben, militärisch in die Ecke gedrängt zu werden. Das entschuldigt weder den russischen Angriff auf die Ukraine noch erteilt es Moskau ein Vetorecht über europäische Politik. Es beschreibt eine Gefahr, mit der verantwortliche Außenpolitik rechnen muss.

Man kann einen Gegner verurteilen und trotzdem mit ihm verhandeln. Diplomatie setzt kein Vertrauen voraus. Sie wurde erfunden, weil Staaten einander misstrauen und dennoch verhindern müssen, dass ihre Konflikte in einen Krieg münden.

Wer Verhandlungen nur noch als Belohnung für vorheriges Wohlverhalten versteht, hat den Zweck der Diplomatie nicht begriffen.

Wadephul erklärte vor seiner Reise, beim NATO-Gipfel in Ankara seien 140 Milliarden Euro für die Verteidigung der Ukraine zugesagt worden, damit Putin endlich begreife, dass der einzige Weg zum Frieden über ernsthafte Verhandlungen führe.

Das klingt zunächst nach Diplomatie. Tatsächlich wird aber nur beschrieben, wie Russland militärisch zu Verhandlungen gezwungen werden soll. Welches deutsche diplomatische Angebot auf dem Tisch liegt, welche Gesprächskanäle Berlin unterhält und welche überprüfbaren Zwischenschritte vorgeschlagen werden, bleibt offen.

Der Außenminister müsste genau an dieser Stelle tätig werden. Seine Aufgabe besteht nicht darin, Russland zu vertrauen. Sie besteht darin, die gefährlichsten Konfliktlinien zu erkennen und Gesprächsmöglichkeiten zu schaffen, bevor an diesen Linien geschossen wird.

Deutschland scheint sich jedoch aus der Rolle eines möglichen Vermittlers verabschiedet zu haben. Jeder Kontakt mit Moskau gerät unter Rechtfertigungsdruck. Wer Verhandlungen fordert, muss zunächst versichern, keine russische Position zu vertreten. Wer vor Eskalation warnt, wird schnell verdächtigt, sich von Putins Drohungen einschüchtern zu lassen.

Damit entsteht eine absurde Lage: Über die Vorbereitung eines möglichen Krieges darf ausführlich gesprochen werden. Über die politische Verhinderung desselben Krieges nur unter Vorbehalt.

Wadephuls Bunkerbegeisterung erweckt den Eindruck, Deutschland könne sich auf einen Krieg mit Russland vorbereiten wie auf eine schwere Naturkatastrophe. Es brauche genügend Schutzplätze, Vorräte, Warnsysteme und eine widerstandsfähige Bevölkerung, dann werde das Land die Krise überstehen.

Für begrenzte konventionelle Angriffe mag Zivilschutz tatsächlich viele Menschen retten. Ein umfassender Atomkrieg wäre eine andere Größenordnung.

Quellen:

- Auswärtiges Amt, 15. Juli 2026: Außenminister Wadephul reist nach Finnland

Offizielle Darstellung der Reise, der russischen Bedrohung und der finnischen Zivilschutzanlagen. *<https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/finnland-node/wadephul-finnland-2778202>*

- Handelsblatt, 16. Juli 2026: Wadephul fordert komplettes Umdenken beim Zivilschutz

Bericht über Wadephuls Bunkerbesuch und seine Forderungen für Deutschland. *<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/russische-bedrohung-wadephul-fordert-komplettes-umdenken-beim-zivilschutz/100240698.html>*

- ZDF, 15. Juli 2026: Finnland wirbt bei Wadephul um Verständnis

Bericht über Bunker, Grenzsicherung und die geplante finnische Beschaffung von Antipersonenminen. *<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/wadephul-finnland-landminen-100.html>*

- OSZE: Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975

Originaldokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. *<https://www.osce.org/helsinki-final-act>*

- Kreml, 19. November 2024: Russische Grundsätze der nuklearen Abschreckung

Offizielle Mitteilung zur Unterzeichnung der geänderten russischen Nukleardoktrin. *<https://en.kremlin.ru/events/president/news/75598>*

- Arms Control Association, Dezember 2024: Russia Revises Nuclear Use Doctrine

Einordnung der erweiterten Voraussetzungen für einen möglichen russischen Kernwaffeneinsatz. *<https://www.armscontrol.org/act/2024-12/news/russia-revises-nuclear-use-doctrine>*

- Internationales Komitee vom Roten Kreuz, 5. März 2025: Folgen von Atomwaffen übersteigen jede humanitäre Hilfskapazität

Bewertung der medizinischen, humanitären und infrastrukturellen Folgen eines Kernwaffeneinsatzes. *<https://www.icrc.org/en/statement/humanitarian-impacts-nuclear-weapons-are-beyond-capacity-any-humanitarian-organization-to-address-effectively>*

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Schutz bei Explosionen

Informationen zum Schutz vor Druckwellen, Trümmern und Glassplittern. *<https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Schutz-suchen/Schutz-vor-Explosion/schutz-vor-explosion_node.html>*

- Bundesamt für Strahlenschutz: Gebäude schützen im radiologischen Notfall

Hinweise zur Schutzwirkung geschlossener Gebäude und innen liegender Räume bei radioaktiver Belastung. *<https://www.bfs.de/DE/themen/ion/notfallschutz/verhalten/aufenthalt-haus/aufenthalt-haus.html>*

Bei einem einzelnen Angriff könnten Schutzräume außerhalb der unmittelbaren Zerstörungszone Überlebenschancen erhöhen. Bei einem umfassenden Schlagabtausch zwischen Russland und der NATO wären jedoch nicht nur einzelne Stadtviertel betroffen. Militärstützpunkte, Flugplätze, Kommandozentralen, Verkehrsknoten, Häfen und industrielle Anlagen würden zu möglichen Zielen. Die Folgen würden nicht an den Ausgängen der Bunker enden.

Was finden die Überlebenden dort vor? Funktionierende Krankenhäuser? Trinkwasser? Strom? Landwirtschaft? Eine Verwaltung, die Lebensmittel verteilt? Straßen, über die Hilfe kommt?

Ein Schutzraum kann die erste Druckwelle abhalten. Er kann keine zerstörte Gesellschaft ersetzen.

Abschreckung ohne Ausweg

Die Befürworter des gegenwärtigen Kurses werden einwenden, nur militärische Stärke halte Russland von einem Angriff ab. Abschreckung gehört tatsächlich zur Realität einer Welt mit Atomwaffen. Einseitige Wehrlosigkeit garantiert keinen Frieden.

Aber Abschreckung allein enthält keinen politischen Ausweg. Sie funktioniert nur, solange alle Seiten die Signale der jeweils anderen richtig verstehen, technische Systeme fehlerfrei arbeiten und politische Führungen unter enormem Zeitdruck rational entscheiden. Schon ein Irrtum über einen Raketenstart, ein fehlgeleitetes Flugzeug oder ein Angriff auf falsch eingeschätzte Infrastruktur kann eine Reaktionskette auslösen.

Je weniger direkte Kommunikation besteht, desto gefährlicher wird dieses System.

1975 kannten die Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki diese Gefahr. Die Sowjetunion war keine Demokratie, der Warschauer Pakt kein Friedensverein und die NATO nicht bereit, sich selbst aufzulösen. Trotzdem wurden Gespräche über Grenzen, militärische Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte möglich.

Der Erfolg bestand nicht darin, dass die Gegensätze verschwanden. Er bestand darin, Regeln für den Umgang mit ihnen zu schaffen.

Heute wird gemeinsame Sicherheit häufig als naive Idee behandelt. Sicherheit soll wieder dadurch entstehen, dass die eigene Seite stärker, schneller und abschreckender wird. Die andere Seite reagiert nach derselben Logik. Das Ergebnis ist nicht doppelte Sicherheit, sondern doppelte Aufrüstung.

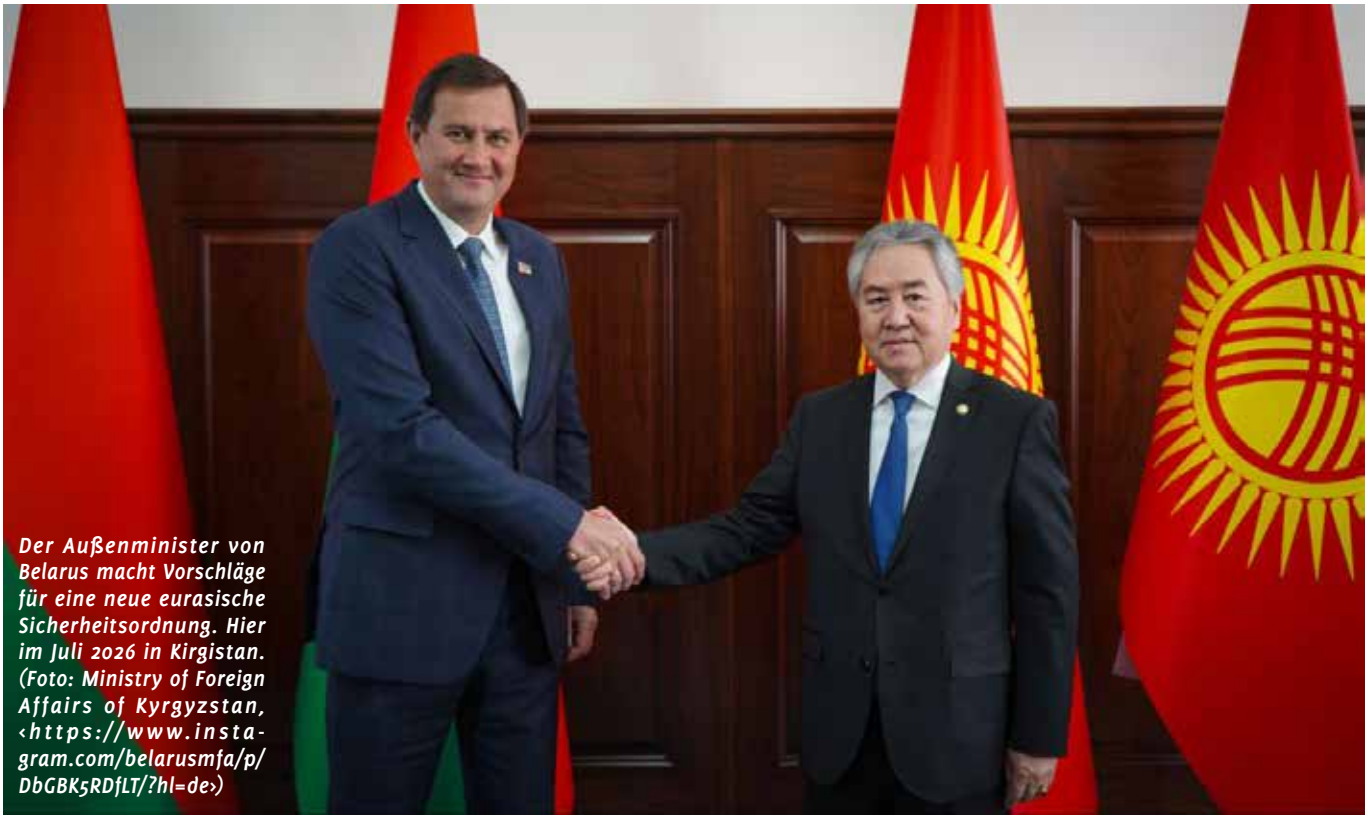
Die falsche Lehre von Helsinki

Die kleinere Lehre lautet: Finnland besitzt mehr Schutzräume als Deutschland. Die große lautet: Wer einen Krieg zwischen Atommächten verhindern will, braucht neben Verteidigungsfähigkeit funktionierende Diplomatie, Rüstungskontrolle, Krisenkommunikation und politische Auswege, die nicht erst nach der vollständigen Niederlage einer Seite beginnen.

Bunker können Folgen begrenzen. Diplomatie soll verhindern, dass diese Folgen überhaupt eintreten. Ein deutscher Außenminister, der in Helsinki nur Beton, Grenzzaun und Reserveoffiziere sieht, hat am historischen Ort der europäischen Entspannung nicht weit genug zurückgeblickt. Wadephul hätte dort fragen müssen, wie ein neuer Helsinki-Prozess aussehen könnte, angepasst an eine Zeit, in der das Vertrauen zerstört ist und die militärische Eskalation immer näher rückt. Stattdessen bringt er die Botschaft mit nach Hause, Deutschland müsse schneller Schutzräume bauen.

Vielleicht werden wir sie eines Tages benötigen. Wenn dieser Tag kommt, ist die Außenpolitik allerdings bereits gescheitert.

Publiziert auf Free21 am 27.07.2026, 6:00 Uhr



Der Außenminister von Belarus macht Vorschläge für eine neue eurasische Sicherheitsordnung. Hier im Juli 2026 in Kirgistan. (Foto: Ministry of Foreign Affairs of Kyrgyzstan, ‹https://www.instagram.com/belarusmfa/p/DbGBK5RDfLT/?hl=de›)

Verpasst Europa den Zug in die **Zukunft?**

Dieser Text wurde zuerst am 26.06.2026 auf www.globalbridge.ch unter der URL ‹https://globalbridge.ch/verpasst-europa-den-zug-in-die-zukunft/› veröffentlicht.
Lizenz: © Ralph Bosshard, Global Bridge

Derzeit ist eine diplomatische Offensive der eurasischen Länder in Gang, die auf die Umsetzung der chinesischen Initiative für globale Governance und der belarussischen Charta für die Sicherheit Eurasiens abzielt. Nach den Sommerferien geht möglicherweise die Post ab und Europa könnte in die Zuschauerrolle abgedrängt werden. Regeln bald schon chinesische und belarussische Diplomaten die drängenden Konflikte unserer Zeit?

Autor: Ralph Bosshard

Oberstleutnant iG., war Berufsoffizier der Schweizer Armee, u.a. Ausbilder an der Generalstabsschule und Chef der Operationsplanung im Führungsstab der Armee. Nach der Ausbildung an der Generalstabs-Akademie der russischen Armee in Moskau diente er als militärischer Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der OSZE, als Senior Planning Officer in der Special Monitoring Mission to Ukraine und als Operationsoffizier in der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE. Zivilberuflich ist Ralph Bosshard Historiker (Magister, Universität Zürich).

Vor wenigen Tagen stellte die chinesische Regierung unter der Bezeichnung „More Just and Equitable Global Governance: China's Principles, Proposals and Actions" das neuste Whitepaper zu ihrer Global Governance Initiative (GGI) vor, die sich als chinesischer Lösungsansatz zur Reformierung und Verbesserung des globalen Regierungssystems unter der Kernrolle der Vereinten Nationen versteht [1]. Die GGI wurde 2025 von Präsident Xi Jinping initiiert und wird mittlerweile von fast 160 Ländern und Organisationen unterstützt [2]. Damit ist aus chinesischer Sicht die Zeit reif, das Dokument in die UNO-Generalversammlung zu tragen [3].

Konzertiertes Vorgehen?

Kein Zufall wird es sein, dass der belarussische Außenminister Maxim Ryzhenkov vor wenigen Wochen der indonesischen Zeitung Jakarta Globe ein Interview gab [4], in welchem er Werbung machte für die „Eurasische Charta der Vielfalt und Multipolarität im XXI. Jahrhundert", welche er im vergangenen

Oktober ins Zentrum der Minsker Sicherheitskonferenz gestellt hatte. Die Konferenz selbst und die Idee zu einer Charta geht schon auf die Amtsvorgänger Ryzhenkovs, Wladimir Makei und Sergei Aleinik zurück [5].

Weitere Aktualität bekommen die eurasischen Initiativen gerade in diesen Tagen durch die Vermittlungstätigkeit zweier Teilnehmer der Minsker Sicherheitskonferenz, nämlich Katar und Pakistan, im Krieg zwischen den USA, Israel und dem Iran, die zwar auf dem Bürgenstock in der Schweiz stattgefunden haben, in welchen aber die beiden Vermittler die Inhalte bestimmen durften [6]. Katar und Pakistan waren schon auf den bisherigen Internationalen Minsker Konferenzen zur Eurasischen Sicherheit mit ihren Botschaftern vertreten gewesen und hatten dabei klargemacht, dass sie sich an multilateralen Diskussionen über die Gestaltung einer neuen Sicherheitsarchitektur und eines Dialogs im eurasischen Raum beteiligen werden, der niemanden ausschließt [7].

Pekings Einsatz für den Globalen Süden

Die GGI wurde 2025 von Präsident Xi Jinping initiiert und findet bereits bei fast 160 Ländern und Organisationen Unterstützung. Sie stellt einen chinesischen Lösungsansatz zur Reformierung und Verbesserung des globalen Regierungssystems unter der Kernrolle der Vereinten Nationen dar [8].

Die GGI reagiert auf eine Phase tiefgreifender Krisen. Zu den Kernproblemen gehören einerseits geopolitische Krisen, wie der nunmehr im fünften Jahr stehende Ukraine-Konflikt, anhaltende Konflikte im Nahen Osten sowie die wirtschaftliche Fragmentierung. Unilateralismus, Protektionismus und Abkopplung schaden dem Welthandel, sodass nahezu 80% der UN-Nachhaltigkeitsziele für 2030 stagnieren oder gar Rückschritte verzeichnen. In der Tat: Der globale Fortschritt bei der Umsetzung der Agenda 2030 wird von den Vereinten Nationen aktuell als ernüchternd und in weiten Teilen als unzureichend bewertet. Zehn Jahre nach der Verabschiedung der Agenda zeigen die offiziellen UN-Fortschrittsberichte, dass die Weltgemeinschaft drastisch hinter ihren Zielvorgaben hinterherhinkt. Ohne eine massive Beschleunigung wird bis 2030 kein einziges der 17 Ziele vollständig erreicht werden. Nur rund 35% der Unterziele sind weltweit auf Kurs oder verzeichnen moderate Fortschritte, ca. 47% der Indikatoren bewegen sich viel zu langsam oder stagnieren und bei 18% der Ziele ist sogar ein Rückschritt zu verzeichnen: Die Situation ist heute schlechter als im Basisjahr 2015 [9].

Schuld daran sind nach Auffassung Pekings unter anderem nahezu ungehemmte Machtpolitik und exklusive Blockbildungen, welche das Völkerrecht verdrängen. Zudem blockieren einige Industrienationen notwendige Reformen der UN, des IWF und der Weltbank, wodurch der Globale Süden stark unterrepräsentiert bleibt. China positioniert sich als proaktiver Gestalter, indem es neue Regeln für die Bereiche Künstliche Intelligenz, für den Cyberspace, die Tiefsee und den Weltraum fordert. Ferner verweist Peking auf seine Vermittlertätigkeit zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie zwischen palästinensischen Fraktionen. Im Vordergrund stehen für Peking aber Themen von Wirtschaft und Entwicklung: ein weiteres Vorantreiben der Belt and Road Initiative (BRI), der Global Development Initiative (GDI) und ganz generell die Unterstützung des Globalen Südens.

Schlechte Noten für westliche Dominanz

Die Aussagen des belarussischen Außenministers Ryzhenkov klingen ganz ähnlich und können als regionale Umsetzungsidee dessen gelesen werden, was das chinesische Papier auf globaler Ebene fordert. Er zieht ein ungnädiges Fazit aus 35 Jahren westlicher Dominanz nach dem Zerfall des sogenannten Ostblocks und der Sowjetunion: Eine erfolgreiche und unabhängige Entwicklung eurasischer Länder sei seit jeher durch die Einmischung externer Akteure verhindert worden. Das habe aber schon zuvor begonnen, konkret von den Anfängen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE in den frühen Siebzigerjahren bis hin zu den US-

Quellen:

[1] Siehe More Just and Equitable Global Governance: China's Principles, Proposals and Actions, auf der Homepage des chinesischen Staatsrats, 17.06.2026, online unterhttps://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202606/17/content_WS6a326192c6d00ca5f9a0bab7.html.

[2] Diese Zahl nannten das chin. Außenministerium und regierungsnahe Medien. Siehe „Chinesisches Außenministerium: Globale Verwaltungsinitiative erweitert praktischen Weg zu Schaffung von Gemeinschaft der Menschheit mit geteilter Zukunft", bei CGTN, 17.06.2026, online unter https://german.cgtn.com/2026/06/17/ARTI1781689273246277. „Was steckt hinter der Vitalität der Global Governance Initiative?", ebd. 18.06.2026, online unter https://german.cri.cn/2026/06/18/ARTI1781748976172497. Weltweit wollen 60 Staaten die Initiative aktiv fördern.

[3]Siehe Bill Jones: Russia and Belarus to Present a Call for Eurasian Charter at Upcoming UN General Assembly, bei Executive Intelligence Review, 22.06.2026, online unter https://eir.news/2026/06/news/russia-and-belarus-to-present-a-call-for-eurasian-charter-at-upcoming-un-general-assembly/.

[4] Siehe Maxim V. Ryzhenkov: A Eurasian Charter of Diversity and Multipolarity in the XXI Century, bei Russia in Global Affairs No. 4 2025 October/December 2025, 01.08.2025, online unter https://eng.globalaffairs.ru/articles/eurasia-multipolarity-ryzhenkov/. Vgl. „Интервью Министра иностранных дел Беларуси М. Рыженкова индонезийскому изданию The Jakarta Globe" (Interview des belarussischen Außenministers M. Ryzhenkov mit der indonesischen Zeitung The Jakarta Globe), auf der Homepage des belarussischen Außenministeriums, online unter https://www.mfa.gov.by/press/smi/c371ad208f393e2f.html, in russischer Sprache. Siehe auch „Q&A: Belarus FM Maxim Ryzhenkov on Building a Multipolar Eurasian Security System„, bei The Jakarta Globe, 21.05.2026, online unter https://jakartaglobe.id/news/qa-belarus-fm-maxim-ryzhenkov-on-building-a-multipolar-eurasian-security-system.

[5] Vgl. „Europa in der Krise – es ist Zeit für Bescheidenheit", bei Global Bridge, 03.12.2023, online unter https://globalbridge.ch/europa-in-der-krise-es-ist-zeit-fuer-bescheidenheit/. Vgl. „Zweite eurasische Sicherheitskonferenz in Minsk angesichts anhaltenden Strebens der USA nach militärischer Dominanz" bei Zeitfragen Nr. 2, Januar 2025, online unter https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2025/nr-2-21-januar-2025/zweite-eurasische-sicherheitskonferenz-in-minsk-angesichts-anhaltenden-strebens-der-usa-nach-militaerischer-dominanz. „Minsker Sicherheitskonferenz: den Pragmatikern eine Chance geben!", bei Global Bridge, 09.11.2025, online unter https://globalbridge.ch/minsker-sicherheitskonferenz-den-pragmatikern-eine-chance-geben. „Höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel", bei Zeitfragen Nr. 26, Dezember 2025, online unter https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2025/nr-26-9-dezember-2025/hoechste-zeit-fuer-einen-paradigmenwechsel.

Dominanzstrategien nach dem Kalten Krieg. Der aktuelle Konflikt im Nahen Osten im Jahr 2026 bestätige diese Annahme auf tragische Weise und stelle den jüngsten Beweis dafür dar, dass externe Mächte die eurasische Sicherheit nicht handhaben können. In der Tat, den Beweis des Gegenteils sind EU und NATO bis dato schuldig geblieben.

Die Muster westlichen „Krisenmanagements" waren stets dieselben: einseitige Interpretationen von Völkerrecht, Missachtung der UNO, unilaterale Interventionen und hinterher fruchtlose Versuche der Erstellung eines spannungsarmen Endzustands aufgrund Ignoranz lokaler Gegebenheiten [10]. Die Architekten dieser Politik haben weder aus den Krisen und Kriegen auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan noch aus der Ukraine gelernt. Die eurasischen Staaten können daraus eigentlich nur eine Schlussfolgerung ziehen: Eurasien darf sich keinesfalls auf externe Hüter der Sicherheit verlassen, sondern benötigt dringend eigene Lösungen für eurasische Probleme. Die Tatsache, dass nun Katar und Pakistan erfolgreich im Iran-Krieg vermitteln, dürfte in Minsk große Genugtuung ausgelöst haben.

Europa muss seine Zukunft im kooperativen Handeln innerhalb Eurasiens suchen, fordert Ryzhenkov. Bisher ließ sich allerdings nur eine Minderheit europäischer Staaten auf der Minsker Sicherheitskonferenz vertreten: Ungarn, Serbien und die Schweiz. Ein weiteres Fernbleiben von den Verhandlungen hat für Europa zur Folge, dass es kein Mitspracherecht bei der Definition der künftigen Regeln des Kontinents besitzen wird. Das könnte schon in wenigen Jahren höchst relevant werden, denn Ryzhenkov deutet die Schaffung einer neuen Institution an, welche der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit OSZE möglicherweise schon bald den Rang abläuft. Wo das Sekretariat einer neuen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Eurasien ihren Sitz haben wird, ist noch unklar. Was das für die OSZE aber bedeutet, wird man sich in Wien, Warschau, Den Haag und Kopenhagen mit Besorgnis ausmalen [11]. Die OSZE scheiterte, weil sie von westlichen Staaten instrumentalisiert wurde. Eines der großen Ziele Ryzhenkovs wird darin bestehen, seine neue Organisation als regionale Sicherheitsorganisation im Sinne der UNO Charta zu etablieren. Der formelle Verhandlungsprozess soll bereits im kommenden September während der 81. UN-Generalversammlung in New York gestartet werden. Ein endgültiger Text soll auf einem Gipfeltreffen der eurasischen Staats- und Regierungschefs vor Ende 2027 verabschiedet werden.

Gemeinsame Ideen – unterschiedliche Ebenen

Inhaltlich könnte man bei einem Vergleich der Aussagen der Chinesen und der Belarussen schon fast von einer gemeinsamen Argumentationslinie sprechen, allerdings auf unterschiedlichen Ebenen. Gemeinsamkeiten sind die Kritik an einer westlich dominierten Ordnung, die Multipolarität als Leitprinzip, der Vorrang von Souveränität, die Ablehnung von Blockkonfrontation, sowie Sicherheit als gemeinsame, unteilbare Aufgabe.

Während China eine umfassende Vision der Weltordnung entwirft, konzentriert Ryzhenkov sich auf den eurasischen Kontinent. Unterschiedliche Sichtweisen zeichnen sich auch bei der Rolle der Vereinten Nationen ab: China sieht diese im Zentrum und fordert ausdrücklich den Erhalt des UN-zentrierten Systems und eine Stärkung der UN, die einer Reform bedürfe. Was diese beinhalten könnte, wird in westeuropäischen Hauptstädten und besonders in Berlin weitere Sorgen bereiten, denn es ist absehbar, dass der deutsche Anspruch auf eine ständige Vertretung im UN-Sicherheitsrat auf den Widerspruch zahlreicher asiatischer und afrikanischer Staaten stoßen wird, die Kraft ihrer Bevölkerungszahl und angewachsener wirtschaftlicher Stärke mindestens einen ebenbürtigen Anspruch auf einen solchen haben. Da passt es zeitlich äußerst schlecht, dass Deutschland in der kürzlich stattgefundenen Wahl für einen der zehn nicht-permanenten Sitze im UN-Sicherheitsrat eine deutliche Abfuhr erfahren hat [12].

Quellen:

[6] Siehe Philipp Scholkmann: Gespräche auf dem Bürgenstock; Iran und USA legen Grundstein für Verhandlungen – das Wichtigste, bei SRF, 22.06.2026, online unter https://www.srf.ch/news/international/nahost/gespraeche-auf-dem-buergenstock-iran-und-usa-legen-grundstein-fuer-verhandlungen-das-wichtigste. „News kompakt: Positive Signale bei USA-Iran-Gesprächen", bei Deutsche Welle, 22.06.2026, online unter https://www.dw.com/de/news-kompakt-positive-signale-bei-usa-iran-gespraechen-schweiz-wahlen-kolumbien-aethiopien-hitze/a-77652198.

[7] Siehe „Делегации более 40 государств и 7 международных организаций примут участие в конференции по евразийскойбезопасности в Минске" (An der Konferenz zur eurasischen Sicherheit in Minsk werden Delegationen aus mehr als 40 Ländern und sieben internationalen Organisationen teilnehmen), auf der Homepage der belarussischen Nachrichtenagentur Belta, 27.10.2025, online unter https://belta.by/politics/view/delegatsii-bolee-40-gosudarstv-i-7--mezhdunarodnyh-organizatsij-primut-uchastie-v-konferentsii-po-745219-2025/, in russischer Sprache. Sieh auch „Participation of Chargé d'Affaires in the activities of the 3rd Minsk International Conference on Eurasian Security", auf der Homepage der Botschaft von Katar in Belarus, 28.10.2025, online unter https://minsk.embassy.qa/en/media/news/detail/1447/05/08/participation-of-chargé-d%27affaires-in-the-activities-of-the-3rd-minsk-international-conference-on-eurasian-security. „Итоги III Минской международной конференции по евразийской безопасности: взгляд молодых аналитиков"(Ergebnisse der III. Internationalen Minsker Konferenz zur eurasischen Sicherheit: Die Sicht junger Analysten), auf der Homepage des Белорусский институт стратегических исследований БИСИ (Belarussisches Institut für strategische Studien), 04.11.2025, online unter https://bisr.gov.by/uchastie-v-meropriyatiyakh/itogi-iii-minskoy-mezhdunarodnoy-konferencii-po-evraziyskoy-bezopasnosti, in russischer Sprache. Vgl. „Ambassador Joins II Eurasian Security Conference in Minsk" auf der Homepage des pakistanischen Botschaft in Minsk, online unter https://mofa.gov.pk/press-releases/ambassador-joins-ii-eurasian-security-conference-in-minsk?mission=minsk.

[8] Siehe das Konzeptpapier auf der Homepage des chinesischen Außenministeriums: „Concept Paper on the Global Governance Initiative" vom 01.09.2025, online unter https://www.fmprc.gov.cn/eng/xw/wjbxw/202509/t20250901_11699912.html. Vgl. Gu Bin: The Global Governance Initiative and New Multilateralism, bei China-US Focus, 09.10.2025, online unter https://www.chinausfocus.com/foreign-policy/the-global-governance-initiative-and-new-multilateralism. Azhar Azam: Global Governance Initiative lays groundwork for inclusive global system, bei China's Diplomacy in the New Era, 18.09.2025, online unter https://en.chinadiplomacy.org.cn/2025-09/18/content_118084927.shtml.

Quellen:

[9] Siehe „Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht 2025“ der Vereinten Nationen auf deren Homepage, online unter https://www.un.org/german/sites/default/files/2025-12/SDG-Bericht-2025.pdf. Siehe auch „Eine positive Zukunftserzählung für alle“ auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 13.02.2024, online unter https://dgvn.de/meldung/eine-positive-zukunftserzaehlung-fuer-alle. „Reduzierung von Armut und Ungleichheit in der Agenda 2030“, bei Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, online unter https://www.giz.de/de/projekte/reduzierung-von-armut-und-ungleichheit-der-agenda-2030.

[10] Der Verfasser hat an zahlreichen Übungen in Akademien und Kommandostellen der NATO und der EU teilgenommen, welche dieser Form des Krisenmanagements gewidmet waren.

[11] Neben dem Sekretariat der OSZE und den zentralen Entscheidungsgremien (wie der Ständige Rat und das Forum für Sicherheitskooperation) befindet sich auch das Büro des Beauftragten für die Freiheit der Medien in Wien. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) hat seinen Sitz in Warschau, der Apparat des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten (HKNM) in Den Haag. Der Sitz der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV OSZE) befindet sich in Kopenhagen. Vgl. die Homepage der OSZE unter https://www.osce.org/de/node/108302.

[12] Bei der kürzlich durchgeführten Wahl der neuen, nicht-ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrats verfehlte Deutschland die notwendige Zweidrittelmehrheit deutlich. Das war ein Novum: Zum ersten Mal überhaupt scheiterte Deutschland mit einer Bewerbung um einen der nicht-ständigen Sitze im UN-Sicherheitsrat. Bisher hatte es den Einzug noch jedes Mal geschafft, wenn es sich darum beworben hatte. Siehe „Deutschland scheitert bei Wahl in UN-Sicherheitsrat“, auf der Homepage der Vereinten Nationen, online unter https://unric.org/de/deutschland-scheitert-bei-wahl-in-un-sicherheitsrat/. Konstantin Furrer: Deutschland scheitert krachend bei Wahl zu UN-Sicherheitsrat, bei Deutsche Presse-Agentur, 04.06.2026, online unter https://www.20min.ch/story/new-york-deutschland-scheitert-krachend-bei-wahl-zu-un-sicherheitsrat-103576890. Hans-jürgen Mai: Wahl um Sitz im UN-Sicherheitsrat. Kein Platz für Deutschland, bei taz.de, 03.06.2026, online unter https://taz.de/Wahl-um-Sitz-im-UN-Sicherheitsrat/!6184085/. „Deutschland scheitert erstmals bei Wahl zum UN-Sicherheitsrat“, bei Die Zeit, 03.06.2026, online unter https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-06/oesterreich-in-den-un-sicherheitsrat-gewaehlt-deutschland-scheitert. „Deutschland scheitert erstmals bei Wahl zum UN-Sicherheitsrat“, bei Frankfurter Allgemeine, 03.06.2026, online unter https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/deutschland-scheitert-bei-wahl-zu-un-sicherheitsrat-200895640.html.

[13] Siehe „Peking ergreift die Initiative im Ukraine-Konflikt“, bei Global Bridge, 27.02.2023, online unter https://globalbridge.ch/peking-ergreift-die-initiative-im-ukraine-konflikt/.

Enger Fahrplan im Herbst

Es können wenig Zweifel daran herrschen, dass China, Belarus und Russland hinsichtlich dieser Initiativen abgesprochen haben, was alleine schon gegen Meldungen in deutschsprachigen Medien spricht, wonach es zwischen diesen Staaten zu einem Zerwürfnis gekommen sei. Wenn die chinesischen und belarussischen Ideen im kommenden Herbst in der UNO wirklich den Anklang finden, den Peking und Minsk sich derzeit erhoffen, dann werden drei Viertel der Staaten weltweit sich mit den Regeln anfreunden, welche vorerst im Umgang der eurasischen Staaten untereinander Gültigkeit haben, aber als Prinzipien einer neuen Weltordnung zur Diskussion. Die Staaten Eurasiens hätten dann innerhalb von knapp drei Jahren die globalen Mehrheitsverhältnisse umgedreht und Westeuropa wäre dann noch der Sprengel, in welchem die regelbasierte Ordnung gilt, von welcher bislang niemand so richtig weiß, was sie konkret bedeutet. Und sollte den neuen Eurasiern das gelingen, dann ist es vielleicht an der Zeit, den chinesischen Friedensplan für die Ukraine aus dem Jahr 2023 wieder aus der Schublade zu holen [13].

Nach den Sommerferien wird der Fahrplan eng getaktet sein: Während der Verhandlungen in der UN-Generalversammlung im September kann sich der Westen weiterhin in Arroganz üben, den Verhandlungen fernbleiben, die Vierte Minsker Sicherheitskonferenz im November boykottieren und zuschauen, wie er von einer neuen globalen Ordnung eingezäunt wird. Oder aber er kann sich im Oktober neu besinnen und eine angemessene Vertretung in Minsk sicherstellen. Die Teilnehmerliste der vierten Sicherheitskonferenz in Minsk wird zeigen, in welche Richtung es geht.

Publiziert auf Free21 am 23.08.2026, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 15.6.2026 auf www.thomasmayer.org unter der URL ‹https://www.thomasmayer.org/texte/politische-texte/religionskrieg-gegen-komplementaermedizin#c2641› veröffentlicht. Lizenz: Thomas Mayer, CC BY-ND 4.0



Symbolbild: Pixabay, Pexels, CCo

Religionskrieg gegen Komplementärmedizin

Bundestag will anthroposophische Medizin und Homöopathie als Kassenleistung verbieten

Ende Juni 2026 wollen die Regierungsparteien die Krankenkassenleistungen für homöopathische und anthroposophische Therapien verbieten. Es geht um etwa 50 Millionen Euro. Das ist ein weiterer starker Schlag gegen die Komplementärmedizin zu Gunsten der Pharmakonzerne. Homöopathische Medikamente sind nachweislich wirksam, billig und weitgehend nebenwirkungsfrei. Das ist auch durch viele wissenschaftliche Studien belegt. Dasselbe gilt für anthroposophische Therapien. Das geplante Finanzierungsverbot bevormundet die Patienten, widerspricht jeglicher Vernunft und ist eine grobe Verletzung des Verfassungsgrundsatzes der staatlichen Neutralität. Es geht hier um einen Religionskrieg, mit dem der transhumanistische Materialismus als dominierende Weltreligion durchgesetzt werden soll.

Autor: Thomas Mayer

ist Bürgerrechtler, Meditationslehrer und Autor (www.thomasmayer.org). In seinem Buch „Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg – Um was es wirklich geht“ hat er die Hintergründe des Ukraine-Krieges umfassend dargestellt, auch die Mitschuld der Ukraine und der NATO. 600 Seiten, Euro 28,-, ISBN 978-3-89060-863-1. Infos zum Buch: https://kurzelinks.de/h10a

Bislang konnte jede Krankenkasse selbst wählen, ob sie Homöopathie und anthroposophische Medizin erstattet oder nicht. Für viele Menschen, die auf Komplementärmedizin setzen, war das in den letzten Jahrzehnten ein Grund, die Krankenkasse zu wechseln. Doch die Regierungsparteien wollen nun die Homöopathie und Anthroposophische Medizin aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen streichen. Bis Ende Juni 2026 soll die Entscheidung im Bundestag gefällt werden.

Ein Verbot dieser Kassenleistungen bedeutet, dass die Mehrheit der an diesen bewährten Medikamenten und therapeutischen Maßnahmen interessierten Menschen sich diese nicht mehr leisten kann. Homöopathische und anthroposophische Verfahren und Arzneimittel sind beliebt und ausdrücklich erwünscht. Sie werden nach einer aktuellen Allensbach Umfrage (2023) von rund 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland geschätzt und genutzt [1]. Eine Forsa-Umfrage (2021) kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Schon

mehr als jeder zweite Befragte verfügt über eigene Erfahrungen. Gut 2/3 der Anwender sind zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit der Verträglichkeit und Wirksamkeit der Homöopathie [2]. Warum sollen diese zufriedenen Patienten vom Staat bevormundet werden?

Protest gestartet

Gegen das geplante Verbot regt sich Widerstand. Dieser wird organisiert von dem Aktionsbündnis „www.weils-hilft.de“. Über 100.000 Unterschriften sind schon gesammelt. 2024 konnte das Aktionsbündnis einen ähnlichen Vorstoß von Lauterbach zur Streichung der Krankenkassenleistungen noch verhindern. Die Unterschriftenaktion läuft bis zum Abschluss des parlamentarischen Verfahrens. Eine Beteiligung ist hier möglich: www.weils-hilft.de/deine-stimme-jetzt



Screenshot: https://www.weils-hilft.de/

Homöopathie und Komplementärmedizin wirkt

Jeder regelmäßige Nutzer von homöopathischen Medikamenten hat seine eigenen positiven Erfahrungen. Schon diese Zufriedenheit der Patienten beweist die Wirksamkeit. Praxisberichte von homöopathischen Ärzten gibt es auf der Webseite des „Deutsche Zentralvereins homöopathischer Ärzte e.V. (DZVhÄ)“ [3].

Die Medikamente sind in der homöopathischen und anthroposophischen Medizin Teil eines Gesamtprozesses. Andere therapeutische Maßnahmen und vor allem die Gespräche mit den Ärzten, zum Beispiel über die biographische und seelische Bedeutung der Erkrankung, sind genauso wichtig. Aufgrund der individuellen komplexen Umstände ist es nicht einfach, die Wirksamkeit von homöopathischen Medikamenten auch statistisch und mit Vergleichsgruppen nachzuweisen. Es ist aber trotzdem möglich.

In einem Konsenspapier von zehn Professoren zur Homöopathie sagt Prof. Dr. med. André-Michael Beer von der Ruhr-Universität Bochum: „Es liegen genügend Studien für akute und chronische Erkrankungen vor, die eine Wirksamkeit der homöopathischen Therapie über Placebo belegen.“ [4]

Das „Institut für Komplementäre und Integrative Medizin“ an der Universität Bern pflegt eine im Internet zugängliche Datenbank mit mehr als 460 randomisierten kontrollierten Studien und mehr als 170 nicht-randomisierten Studien zu einer Vielzahl von Diagnosen [5]. Randomisiert heißt, dass es in der Studie eine zufällig ausgewählte Vergleichsgruppe gab. Der Verein Gesundheit aktiv hat weitere Studien zu anthroposophischen Therapien und anderer Komplementärmedizin zusammengetragen [6].

In einem im Oktober 2023 veröffentlichen „Systematischen Review“ wurden alle sechs Homöopathie-Metaanalysen, in denen Studien zusammengefasst wurden, methodisch sehr aufwendig nach aktuellen wissenschaftlichen Standards ausgewertet. Die wichtigsten Aussagen dieses Systematischen Reviews sind:

- Fünf der sechs Metaanalysen enthalten eine Effektschätzung für alle eingeschlossenen Studien.
- Alle diese fünf Metaanalysen zeigen signifikant positive Resultate der Homöopathie im Vergleich zu Placebo.
- Die methodische Qualität der Homöopathie-Studien ist ähnlich wie bei anderen klinischen Studien, mit gleichem Design und bewertet nach gleichen Kriterien. [7]

Die Wirksamkeit der Homöopathie ist auch in der Tiermedizin nachgewiesen. Zum Beispiel reduziert Homöopathie nachweislich Durchfall bei Ferkeln um das 6-fache. [8] Und die Grundlagenforschung an Pflanzen zeigt: Mit Arsen vergiftete Wasserlinsen, im Volksmund auch Entengrütze genannt, wachsen nach homöopathischer Behandlung wieder [9]. Studien dazu sind in angesehenen internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht.

Wissenschaft wird mit Füßen getreten

Trotz dieser Ergebnisse hält sich in der Öffentlichkeit die Falschinformation, dass die Wissenschaft der Homöopathie ihre Wirksamkeit abspräche. Um diese öffentliche Diskreditierung der Homöopathie aufrecht zu erhalten, wird vor allem die Propaganda-Methode ständiger Wiederholung angewandt. Wenn Menschen eine Unwahrheit oft genug hören, dann halten sie sehr viele irgendwann für wahr und vertreten diese Unwahrheit selbst lautstark. Gegen eine solche langfristig angelegte und sich selbst stei-

Publiziert auf Free21 am 13.07.2026, 6:00 Uhr

gernde Propaganda kommen redliche Wissenschaftler mit ihren Studien in Fachzeitschriften nicht an.

Eine weitere Methode ist, dass zur behaupteten Unwirksamkeit der Homöopathie als Quellen Studien angegeben werden, die gar nicht zu diesem Ergebnis gekommen sind. Da in der Regel Quellenangaben nicht kontrolliert werden, fällt dieser Betrug nicht auf. Dazu hat eine Gruppe junger Menschen ein prägnantes Video erstellt mit dem Titel „Homöopathie: Quellenlage und Berichterstattung". [10]

Absurd wird diese ganze Diskussion zuletzt, da es für eine Vielzahl der in Deutschland zugelassenen Medikamente und Therapien keine verlässlichen Wirksamkeitsstudien gibt.

Um die Gesundheitskosten zu senken, müssten Homöopathie und anthroposophische Therapien gefördert werden

Homöopathische und anthroposophische Medikamente können vergleichsweise preiswert hergestellt werden und sind fast immer deutlich billiger als allopathische Mittel. Deshalb sind die Ausgaben der Krankenkassen dafür sehr gering. 2022 wurden rund 6,6 Millionen Euro für homöopathische Medikamente erstattet, also 0,01% der Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen, die insgesamt 50 Milliarden Euro betrugen [11]. Das Verbot von Homöopathie bringt den Krankenkassen also so gut wie nichts. Es schadet aber den bevormundeten Patienten und den homöopathischen Ärzten und Herstellern. Wer profitiert davon? Wenn homöopathische Medikamente nicht mehr bezahlt werden, werden umso mehr teurere allopathische verschrieben. Die Profiteure sind also die Pharmakonzerne.

Da der Bundestag nicht nur homöopathische Medikamente, sondern ein breites Spektrum komplementärmedizinischer Therapien finanziell austrocknen will, wird ein bedeutender Konkurrent der Pharmakonzerne beseitigt. Das stärkt das Oligopol der Pharmakonzerne in ihrem Zugriff auf die öffentlichen Gelder.

Zu dieser verordneten „Marktbereinigung" gehört auch, dass die Honorare für Psychotherapeuten im April 2026 deutlich gekürzt wurden, obwohl eine krasse psychotherapeutische Unterversorgung besteht und Patienten oft viele Monate oder Jahre warten müssen. [12]

Wenn es darum ginge, die Kosten der Krankenkassen zu senken, dann müsste eine große Offensive für homöopathische und anthroposophische Medizin gestartet werden. Da dies aber auf Kosten der Marktanteile der Pharmakonzerne gehen würde, findet das nicht statt.

Die Krankenkasse Securvita führte eine Langzeitstudie durch, die sehr interessante Ergebnisse brachte. Ich zitiere aus der Mitteilung von Securvita [13]:

„Ausgewertet wurden dafür die Daten von 15.700 Versicherten, die mindestens drei Jahre lang regelmäßig bei homöopathischen Kassenärzten in Behandlung waren. Die Studie belegt, dass die Gruppe der Homöopathie-Nutzer bei wirtschaftlich bedeutenden Parametern wie Krankenhausaufenthalten, Arzneimittelverbrauch und Krankentagen gesundheitliche Vorteile gegenüber einer konventionell behandelten Vergleichsgruppe hatten.

Kinder erhielten beispielsweise seltener Antibiotika. Besonders auffällig erwies sich dies bei Kleinkindern ab der Geburt: Mit homöopathischer Behandlung sank die Zahl der mit Antibiotika behandelten Kleinkinder im dreijährigen Untersuchungszeitraum um 16,7 %, während sie in der Vergleichsgruppe um 73,9 % stieg. Kleinkinder mit Allergien, Neurodermitis und Asthma profitierten gegenüber der Vergleichsgruppe besonders von der homöopathischen Behandlung.

Auch bei erwachsenen Patienten zeigten sich deutlich positive Effekte im Sinne sinkender Morbidität und damit einhergehender Verbesserung der Lebensqualität. So verringerte sich beispielsweise bei krebskranken Patienten und Mehrfacherkrankten der Einsatz von Schmerzmitteln im Verlauf der homöopathischen Behandlung, während er in der Vergleichsgruppe wuchs.

Die Analyse von Krankenhausdaten zeigte ebenfalls Vorteile der homöopathischen Behandlung: So ging beispielsweise die Zahl der Krankenhauseinweisungen bei Erwachsenen mit Depressionen im Lauf der homöopathischen Behandlung um 9,8 % zurück. Im Vergleich dazu stiegen die Hospitalisierungen in der konventionell behandelten Vergleichsgruppe um fast 32,6 %.

Bestätigt wurde dies auch durch die Arbeitsunfähigkeitszeiten, die durch Depressionen ausgelöst wurden und wirtschaftlich sehr relevant sind. Sie gingen im Verlauf der Homöopathie-Behandlung um 16,8 % zurück, während die Fehlzeiten bei den rein schulmedizinisch behandelten Patienten um 17,3 % stiegen."

Soweit die klaren Ergebnisse der Untersuchung von Securvita. Wenn es den Regierungsparteien also wirklich um Gesundheitskosten ginge, müssten Homöopathie und anthroposophische Therapien gefördert werden. Doch darum geht es den Regierungsparteien nicht, denn sie dienen nicht dem Volk, sondern anderen Herren.

Die Deformation der Parteiendemokratie – Lügen ohne Ende



Die Pharmaindustrie gibt ca. 91 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus. (Symbolbild: rawpixel.com, PxHere, CC0)

Die beschriebene Wirksamkeit und die großen Vorteile der Komplementärmedizin ist den Politikern der Regierungsparteien natürlich bekannt. All diese Informationen sind öffentlich zugänglich und wurden von den verschiedenen Fachverbänden den Politikern oftmals zugetragen. Doch Vertreter der CDU, SPD, FDP, Grüne und Linke tun immer so, als ob sie davon nichts gehört

haben. Stattdessen wiederholen sie laufend die Phrase der nicht nachgewiesenen Wirksamkeit der Komplementärmedizin.

Wie ist das zu erklären? Es ist schwer sich vorzustellen, dass diese Politiker zu dumm sind, einfache Informationen zu verstehen. Vermutlich geht es um seelische Deformation. Diese Politiker wissen, dass es falsch ist, aber sie lügen und schämen sich nicht einmal dafür. Eine solche seelische Deformation wird durch das System der bestehenden Parteiendemokratie bewirkt. In diesem System geht es um Machtkalkül, Privilegien und Fraktionszwänge, nicht um Wahrheit oder das Wohl der Bürger. Wie das in der Praxis funktioniert kann zum Beispiel im Buch „Inside Bundestag“ von Joana Cotar, die acht Jahre Bundestagsabgeordnete war, nachgelesen werden [14]. Sie sagte in einem Interview: „Der Berliner Elfenbeinturm ist viel höher als gedacht. Und obwohl mir schon vor meinem Einzug durchaus bewusst war, dass die Mehrheit der Politiker den Bezug zu den Bürgern verloren hat und dass es ihnen vor allem um den eigenen Machterhalt geht, traf mich die Realität brutal.“ [15] In ihrem Buch schreibt sie:

> „Um dabei zu bleiben, muss man sich anpassen, gehorchen und folgen – da gehen die Ideale schnell verloren und das Gewissen gleich mit.“

Es geht dann nur noch darum, wiedergewählt zu werden, durch Intrigen, innerparteiliche Schlammschlachten und durch Konformismus. Richtschnur ist nicht die Wahrheit, sondern ob etwas der eigenen Karriere dient.

Wenn die Fraktionsleitung sagt, dass Komplementärmedizin ausgetrocknet werden soll, schadet es einem, sich dagegen zu stellen. Wenn die Pharmaindustrie Regierung, Bundestag, Medien und Universitäten weitgehend durchdrungen haben und hier den Ton angeben, schadet es einem, sich dagegen zu stellen. Dann wiederholt man lieber die vorgegebenen Phrasen.

Politiker sind umringt von unzähligen Lobbyisten. Die Pharmaindustrie gibt nach Schätzungen allein in der EU jährlich 91 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus [16]. Dieses Geld ist für die Pharmaindustrie gut investiert, denn ihnen fließen durch staatliche Beschlüsse sichere und reichliche Einnahmen zu.

Geld ist genug da

Es geht um die Streichung von Krankenkassenleistungen von etwa 50 Millionen Euro. Damit gehen nicht nur Leistungen für die Patienten verloren, sondern Therapeuten, Ärzte, Kliniken und Pharmazeuten sind in ihrer Existenz bedroht. Es sei nicht genug Geld da, heißt es.

Das ist Hohn und Spott. Um es in Relation zu bringen: Die Pharmaindustrie gibt allein für Lobbyismus in Brüssel 90 Millionen Euro aus. Die deutschen Parteien erhalten jedes Jahr etwa 250 Millionen Euro Parteienfinanzierung. Die Erweiterung des Bundeskanzleramtes in Berlin kostete bislang ca. 800 Millionen Euro. Der Betrieb des Bundestages kostet jährlich etwa eine Milliarde Euro. Damit die ukrainische Regierung Krieg gegen die in Volksabstimmungen zu Russland übergetretenen ehemaligen ukrainischen Regionen führen kann, bekam sie 2026 von den EU-Ländern 90 Milliarden Euro zugesprochen. Das Bundesministerium für Gesundheit bestellte ab 2020 vier Milliarden Schutzmasken, die nicht verwendet wurden. Diese kosteten etwa vier Milliarden Euro, für die Entsorgung in Müllverbrennungsanlagen wurden nochmal acht Millionen Euro ausgegeben, so der Bundesrechnungshof. [17] Vier Milliarden sind 80 mal 50 Millionen. Damit hätte also die Komplementärmedizin 80 Jahre lang im bestehenden Umfange finanziert werden können. In dieser Art könnte man seitenlang weitere Beispiele aufschreiben.

Es fehlt nicht an Geld, sondern es geht um Bösartigkeit gegenüber Menschen, die selbstverantwortlich mit ihrer Gesundheit umgehen wollen. Diese sollen zwar für die Krankenkassen bezahlen, aber nicht das erhalten, was sie benötigen. Es geht um eine Diskriminierung ganzheitlich denkender Menschen.

Parteienoligarchie in den Diensten der Pharmakonzerne

Demokratie heißt „Herrschaft des Volkes“. Das einzige Land in Europa, das sich zu Recht als Demokratie bezeichnen kann, ist die Schweiz. Nur in der Schweiz kann das Volk in Volksentscheiden direkt entscheiden. Es findet tatsächlich „Herrschaft des Volkes“ statt. In den Gemeinden, Kantonen und im Bund können die Bürgerinnen und Bürger durch Unterschriftensammlungen Volksentscheide einleiten. Alle drei Monate werden dem Volk mehrere Themen zur Entscheidung vorgelegt.

Dagegen werden Gesetze in Deutschland und in der EU ausschließlich von den regierenden Parteien beschlossen. Das Volk hat überhaupt nichts zu sagen. Von „Herrschaft des Volkes“ keine Spur. Man kann als Bürger lediglich protestieren, hat dabei als Bittsteller jedoch sehr ungleiche Möglichkeiten. Die regierenden Politiker brauchen nur zu einer Sitzung gehen und die Hand heben, während die Bürger sehr viel Zeit, Kraft und Geld aufwenden müssen, um einen sichtbaren öffentlichen Protest zu erzeugen. Wenn ein Protest so groß wird, dass die regierenden Parteien Sorge haben, dass es sich auf das Ergebnis der nächsten Wahl auswirkt, reagieren sie vielleicht. Meistens warten sie dann aber mit dem Vorhaben nur einige Zeit, um zu sehen, ob es beim nächsten Versuch nochmal eine so große öffentliche Aufregung gibt. Wenn nicht, dann wird es beschlossen. Die Arroganz der Macht ist integraler Bestandteil der Parteienoligarchie. Genau das erleben wir an dem geplanten Verbot der Krankenkassenleistungen. Diese schwächt die Komplementärmedizin und räumt einen Konkurrenten der Pharmaindustrie aus dem Weg. 2024 hatte es Lauterbach versucht, der Protest war aber zu groß. Also zwei Jahre warten, ein neuer Anlauf und durch die Fußball-WM ist die öffentliche Aufmerksamkeit absorbiert. So funktioniert Parteienoligarchie.

Anders lief es in der Schweiz. In der Schweiz sammelte 2005 die Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“ rund 140.000 Unterschriften. Die gesetzlichen Krankenkassen sollten die anthroposophische Medizin, traditionelle chinesische

Publiziert auf Free21 am 13.07.2026, 6:00 Uhr

Medizin [TCM], Homöopathie, Phytotherapie (Pflanzenheilkunde) und Neuraltherapie weiterhin finanzieren. Zur Volksabstimmung kam dann ein Vorschlag des Berner Parlamentes mit dem die Volksinitiative zufrieden war und deshalb zurückgezogen wurde. Am 17. Mai 2009 stimmten 67 Prozent der Abstimmenden dafür, dass Art. 118a in die Schweizer Bundesverfassung aufgenommen wird: „Komplementärmedizin: Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin."

Dadurch wurde die Finanzierung der Komplementärmedizin durch die gesetzlichen Krankenkassen in der Schweiz gesetzlich gesichert. Die Berner Regierung stellt fest [18]: *„Pro Jahr beziehen rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung Leistungen der ärztlichen Komplementärmedizin. Die Kosten dafür betragen jährlich rund 18 Millionen Franken. Gemessen an den Gesamtkosten der obligatorischen Krankenversicherung – 2024 waren es rund 42,2 Milliarden – ist der Anteil der Komplementärmedizin marginal (rund 0,04 Prozent)."* Man sieht: Komplementärmedizin ist sehr beliebt und sehr billig.

Die Krankenkassen übernehmen nur Leistungen von Ärzten. Für die Leistungen von nicht-ärztlichen Therapeuten und Naturheilpraktikern gibt es in der Schweiz eine Zusatzversicherung. Diese kostet je nach Ausgestaltung zwischen CHF 20 und CHF 60 pro Monat. In einer Studie des Erfahrungs Medizinischen Register (EMR) gaben 61 Prozent der Befragten an, eine entsprechende Zusatzversicherung abgeschlossen zu haben. [19] *„Die Mehrheit der Befragten nutzt Komplementärmedizin insbesondere bei Rücken- und Nackenschmerzen, Muskel- und Gelenkbeschwerden sowie Allergien. 88 Prozent sehen Komplementärmedizin als sinnvolle Ergänzung zur Schulmedizin oder bevorzugen sie sogar. 87 Prozent beurteilen den Behandlungserfolg als mindestens genügend, ein Drittel sogar als sehr erfolgreich. Dabei berichten viele auch von weitergehenden Effekten wie einer gesteigerten Gesundheitswahrnehmung, besserem Umgang mit Beschwerden oder einer allgemein bewussteren Lebensweise."*

Es geht nicht um Vernunft, sondern um einen fanatischen Religionskrieg

Wir haben gesehen: Komplementärmedizin wird von einer Mehrheit der Bevölkerung positiv gesehen, sie leistet einen wichtigen Beitrag bei der Gesundung, ist preiswert, umweltschonend und ist bei richtiger Anwendung nebenwirkungsfrei. Warum nur wollen die Parteien – alle außer AfD und BSW – Komplementärmedizin einschränken? Das hört sich nach reinem Irrsinn an.

Verständlich wird das erst, wenn man das Ganze in einem größeren Rahmen ansieht. Es geht natürlich in erster Linie um die Interessen der Pharmakonzerne, die andere Gesundheitskonzepte und Konkurrenten bekämpfen. Es gibt aber noch eine größere Dimension dahinter, der fanatische Religionskrieg der Materialisten und Transhumanisten.

Die Homöopathie wurde Anfang des 19. Jahrhunderts vom deutschen Arzt Dr. Samuel Hahnemann entwickelt. Es ist eine wichtige Errungenschaft des Landes der Dichter und Denker. Doch die Homöopathie wurde zum Feindbild der Materialisten, da diese es nicht ertragen können, dass eine nicht mehr materiell vorhandene Substanz eine Wirkung haben kann. In der Homöopathie werden Substanzen in potenzierter Form eingesetzt. Bei diesem pharmazeutischen Verfahren wird eine Substanz wiederholt stufenweise verdünnt und verschüttelt. Der Verdünnungsgrad kann so stark sein, dass die Ausgangssubstanz chemisch-analytisch nicht mehr nachgewiesen werden kann. Durch die Potenzierung wird aber die Qualität, Struktur und die geistige Information der Substanz stärker wirksam. Diese Wirksamkeit nimmt sogar mit der Anzahl der Potenzierungen zu.

Das regt die Materialisten auf und trifft sie in ihrem Kern. Denn sie haben die Materie zu ihrem Gott gemacht und glauben daran – abergläubisch und oftmals fanatisch. Ich nehme hier bewusst den Begriff „Religion", denn der Materialismus ist nichts anderes als eine Weltreligion, auch wenn er sich nicht als solche bezeichnet. Das Glaubensbekenntnis besteht unter anderem darin, dass es nur Materie gäbe, der Mensch nur aus Ma-

Quellen:

[1] IfD Allensbach: Homöopathie: Nutzung und Wertschätzung in der Bevölkerung. Allensbacher Kurzbericht März 2023: https://www.dzvhae.de/neu_2020/wp-content/uploads/2023/05/2023_03_15_Allensbach-Homoeopathie.pdf

[2] Repräsentative Forsa-Umfrage 2021 zur Nutzung der Homöopathie in Deutschland: https://www.presseportal.de/pm/59441/5009130

[3] „Warum Homöopathie". Deutscher Zentralverein homöopathischer Ärzte. *<https://www.dzvhae.de/homoeopathie/warum-homoeopathie/>*

[4] Gesundheitsökonomie & Qualitätsmanagement 2021; 26(05): 245-247 DOI: 10.1055/a-1587-2308: „Konsens: 10 Experten – 10 Statements – Homöopathie in der medizinischen Versorgung". Thieme. *<https://www.thieme-connect.de/products/ejournals/html/10.1055/a-1587-2308>*

[5] „Mehr als Placebo". Akademie Wissenschaftliche Homöopathie. *<https://www.akademie-wissenschaftliche-homoeopathie.org/feldversuch-bei-pflanzen-mehr-als-placebo/>*

[6] **Institut** für Komplementäre und Integrative Medizin: „Datenbanken zur Forschung in der Homöopathie". Universität Bern. *<https://www.ikim.unibe.ch/forschung/uebersichten_zum_stand_der_forschung/homoeopathie/datenbanken_zur_forschung_in_der_homoeopathie/index_ger.html>*

[6] „Studien". Weil's Hilft!. *<https://www.weils-hilft.de/informieren/studien>*

[7] Hamre HJ, Glockmann A, von Ammon K, Riley DS, Kiene H. Efficacy of homoeopathic treatment: Systematic review of meta-analyses of randomised placebo-controlled homoeopathy trials for any indication. Syst Rev. 2023;12(1):191. Published 2023 Oct 7. doi:10.1186/s13643-023-02313-2. *<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/37805577/>*

[8] (28.04.2023): „HRI-Studien-Monitor Nr. 5/2023 – Homöopathie reduziert Durchfall bei Ferkeln um das 6-fache". Homeopathy Research Institute. *<https://www.hri-research.org/de/2023/04/hri-studien-monitor-nr-5-2023-homoeopathie-reduziert-durchfall-bei-ferkeln-um-das-6-fache/>*

[9] https://www.akademie-wissenschaftliche-homoeopathie.org/feldversuch-bei-pflanzen-mehr-als-placebo/

[10] Soziale Dreigliederung (14.02.2024): „Homöopathie: wer lügt hier eigentlich?". YouTube. *<https://www.youtube.com/watch?v=EElx8Y6k930>*

[11] Faktenpapier des DZVhÄ: *<https://www.dzvhae.de/neu_2020/wp-content/uploads/2024/06/DZVhAe_Aerztl-Hom_Die-Fakten.pdf>*

[12] (16.03.2026): „Wegen Honorarkürzung | Psychotherapeuten sehen Versorgung in NRW gefährdet". WDR. *<https://www1.wdr.de/wirtschaft/therapieplatz-kassenpatient-psychotherapeut-honorar-kuerzung-1-100.html>*

[13] Pressemitteilung der Securvita (15.09.2020): „Studie belegt: Homöopathie ist wirtschaftlich und wirksam". Hufelandgesellschaft. *<https://www.hufelandgesellschaft.de/die-hufelandgesellschaft/aktuelles/detail/versorgungsstudie-belegt-homoeopathie-ist-wirtschaftlich-und-wirksam>*

[14] (16.02.2026): „Inside Bundestag". Joana Cotar. *<https://joanacotar.de/buch/>*

[15] Fritz Goergen (15.02.2026): „Wie Joana Cotar in acht Jahren Bundestag ihr Vertrauen in die Demokratie verlor". Tichys Einblick. *<https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/buecher/joana-cotar-inside-bundestag/>*

[16] arznei-telegramm (07.05.2012): „Pharmaindustrie gibt bis zu 91 Mio. € im Jahr für Lobbyismus in der EU aus". Arznei-Telegramm. *<https://www.arznei-telegramm.com/de/4472/pharmaindustrie-gibt-bis-zu-91-mio-im-jahr-fuer-lobbyismus-in-der-eu-aus>*

terie bestünde und auch das vielfältige Leben sowie das seelisch-geistige Erleben und das Bewusstsein nur biochemische Vorgänge seien. Die Materie sei das Einzige und alles Bestimmende. Was aber die Materie in Wirklichkeit ist und wie daraus Leben und Bewusstsein entstehen soll, bleibt unklar.

Materialisten reden oft von Wissenschaft. Wenn es aber wissenschaftliche Ergebnisse gibt, die nicht in ihren Glaubenskanon hineinpassen, werden diese ignoriert – wie die Ergebnisse zur Wirksamkeit der Homöopathie. Christian Morgenstern brachte diese Seelenart auf den Punkt: „Also schließt er messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf."

Der Materialismus dominiert heute über die Parteien unsere Staaten. Diese sind nicht mehr neutral. Die Neutralität des Staates gehört eigentlich zu den Grundprinzipien moderner Demokratien.

Doch tatsächlich sind unsere Staaten von den Wirtschafts-Interessen lobbystarker Pharmakonzerne durchsetzt und sie haben die Religion eines fanatischen transhumanistischen Materialismus zur Staatsreligion erkoren.

In diese sollen sich alle einfügen. Das wird auch mit Gewalt durchgesetzt.

Dieser Religionskrieg kann natürlich nur stattfinden, weil wir Einheitsstaaten haben und keine gegliederten Gesellschaften. Gegenwärtig kann der Staat in alle Gebiete des Lebens eingreifen, wenn die Regierungsparteien und die dahinterstehenden Interessengruppen das wollen. Dieser Einheitsstaat ist eine schlimme gesellschaftliche Krankheit und hat immer die Tendenz in den Totalitarismus.

Richtiger und menschengemäßer ist es die Kompetenzen des Staates auf das eigentliche Rechtsleben stark zu beschränken. Die Gesundheitspflege gehört nicht zum Rechtsleben. Gesundheitspflege ist die Aufgabe der Patienten, Ärzte, Therapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen. Per Gesetz sollten die Krankenkassen nur zu einer Grundversorgung verpflichtet werden und ansonsten weitgehende Freiheiten erhalten, um unterschiedliche Profile anzubieten, entsprechend der Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Per Gesetz sollte nur geregelt werden, wie Krankenhäusern von Städten, Landkreisen und anderen Anbietern betrieben werden können. Per Gesetz sollte aber niemals die konkrete medizinische Behandlung bestimmt werden. Wir Menschen brauchen nicht von Politikern bevormundet und gegängelt werden. Das ist eine Entwürdigung.

Salamitaktik

Wir müssen aber damit rechnen, dass hier noch einiges auf uns zu kommt. Denn das Verbot der Erstattung von Komplementärmedizin ist nur ein Baustein unter vielen Maßnahmen, die nach dem Prinzip der Salamitaktik umgesetzt werden.

In Frankreich durften die Krankenkassen ab 2021 nicht mehr für Homöopathie bezahlen. Im Februar 2024 beschloss das Pariser Parlament ein Gesetz, das eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorsieht, wenn man von einer „wissenschaftlich befürworteten Behandlung einer Krankheit abrät und damit Menschen in Gefahr bringt". Dieses Gesetz könnte dafür genutzt werden, um gegen Ärzte vorzugehen, die eine alternative Behandlung zum Beispiel mit Homöopathie empfehlen. Mit diesem Gesetz könnten auch Menschen eingesperrt werden, wenn sie von den umstrittenen mRNA-Impfstoffen abraten. [20]

In Deutschland gab es früher bei den Landes-Ärztekammern 3-jährige berufsbegleitende intensive Ausbildungen in Homöopathie. Die Ärzte konnten sich dann offiziell als Homöopath bezeichnen. Aber seit 2022 haben fast alle Landes-Ärztekammern diese Zusatzausbildungen gestrichen. Wenn junge Ärzte diesen Titel nicht mehr erwerben können, werden sie weniger Interesse daran entwickeln. Das kann auf Dauer ein Ende der ärztlichen Homöopathie bedeuten.

2026 soll nun die Finanzierung der Homöopathie verboten werden. Was kommt als nächstes? Zum Beispiel die Abschaffung des Berufsstandes der Heilpraktiker? Karl Lauterbach hat das auch schon als Ziel ausgesprochen.

Ein fanatischer Religionskrieg war in der Geschichte immer schrecklich. Es ist gut sich darauf innerlich vorzubereiten.

Ein Lichtblick: Anders ist es in Indien. Dort ist die Homöopathie sehr weit verbreitet, regulärer Bestandteil der staatlichen Gesundheitspolitik und integrierter Bestandteil der universitären Ärtzeausbildung. Jährlich schließen in Indien etwa 12.000 Studierende ihre Ausbildung in der homöopathischen Medizin ab. [21]

Quellen:

[17] Bericht (28.03.2024): „Schutzmasken: weit über Bedarf beschafft, kaum Nutzen". Bundesrechnungshof. *<https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2024/maskenbeschaffung.html>*

[18] BAG: „Ärztliche Komplementärmedizin". Bundesamt für Gesundheit BAG. *<https://www.bag.admin.ch/de/arztliche-komplementaermedizin>*

[19] (21.04.2025): „KAM-Barometer 2024: Zwei Drittel nutzen Komplementärmedizin". Medinside. *<https://www.medinside.ch/kam-barometer-2024-zwei-drittel-nutzen-komplementaermedizin-20250421>*

[20] Norbert Häring (16.02.2024): „Macron-Regierung lässt Gesetz verabschieden, das Abraten von wissenschaftlich befürworteten Behandlungen mit Gefängnisstrafe belegt". Geld & Mehr. *<https://norberthaering.de/news/lutte-contre-les-derives-sectaires/>*

Thomas Oysmüller (15.02.2024): „Frankreich: mRNA-Kritik künftig strafbar". tkp. *<https://tkp.at/2024/02/15/frankreich-mrna-kritik-kuenftig-strafbar/>*

[21] Martina Maierhofer (10.09.2022): „Homöopathie in Indien: Ein wichtiger Bestandteil des Gesundheitssystems". Initiative Homöopathie hilft. *<https://homoeopathiehilft.at/hv/homoeopathie-indien/>*

Publiziert auf Free21 am 13.07.2026, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 18.07.2026 auf www.caitlinjohnstone.com.au unter der URL <https://caitlinjohnstone.com.au/2026/07/18/theyre-launching-a-new-cointelpro-for-the-21st-century/> veröffentlicht. Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0



(Foto: Wayne Hsieh, Flickr, CC BY-NC 2.0)

Sie starten ein neues **COINTELPRO** für das 21. Jahrhundert

Die Trump-Regierung hat einen erneuten Kreuzzug gegen „radikalen linken Terrorismus“ angekündigt [1], was zunächst einmal ganz Okay klingt, wenn man nicht weiß, was der Begriff „Terrorismus“ bedeutet: „Verhalten, das den Zielen des westlichen Imperiums zuwiderläuft“.

Die Vereinigten Staaten haben beispielsweise Sanktionen gegen die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese verhängt, weil sie auf die israelischen Gräueltaten im Gazastreifen aufmerksam gemacht hatte [2]. Dieser Schritt wurde mit der Behauptung gerechtfertigt, die Menschenrechtsexpertin habe „ihre Unterstützung für den Terrorismus zum Ausdruck gebracht“. Im Vereinigten Königreich hat die Polizei Personen wegen Terrorismusvorwürfen festgenommen, nur weil sie Schilder mit der Aufschrift „Ich bin gegen Völkermord, ich unterstütze Palestine Action“ hochhielten [3].

Diese Einstufung hat nichts mit tatsächlichen Terrorakten zu tun, wie sie sich der durchschnittliche Westler unter diesem Begriff vorstellt. Im Jahr 2024 hob die US-Regierung ihr Kopfgeld in Höhe von 10 Millionen Dollar auf den ehemaligen Al-Qaida-Führer Ahmed al-Sharaa (alias Abu Mohammad al-Jolani) auf [4], da er Washingtons Pläne für einen Regimewechsel in Syrien unterstützte, wo er nun amtierender Präsident ist. Man kann buchstäblich ein Anführer des berüchtigtsten Terrornetzwerks der Welt sein und dennoch erleben, wie diese Einstufung sich in Luft auflöst, sobald man beginnt, die geostrategischen Ambitionen des Imperiums zu unterstützen.

Das Weiße Haus gab am Donnerstag bekannt, dass es „eine beispiellose globale Offensive gegen die grenzüberschreitende Bedrohung durch radikalen linken Terrorismus“ gestartet habe [5], in deren Rahmen „der radikale linke Extremismus mit derselben Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit bekämpft wird, die die Welt seit langem dem dschihadistischen Terrorismus entgegenbringt“.

Der Journalist Ken Klippenstein berichtet, dass laut geleakten Dokumenten aus dem Außenministerium unter Marco Rubio zu den Gruppen, gegen die im Rahmen der neuen Anweisungen vorgegangen werden soll [6], „gewalttätige linksradikale und anarchistische Netzwerke sowie andere gewalttätige extremistische Akteure“ gehören, ebenso wie „gewalttätige proiranische und antisemitische Netzwerke“ und „militante Anti-Tech- und Ökoterrorismus-Bewegungen“.

Autor: Caitlin Johnstone



über sich selbst: Schurkenjournalistin. Bogan Sozialistin. Anarcho-psychonautin. Guerilla-Dichterin. Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:

www.caitlinjohnstone.com

Quellen:

[1] Patrick Martin (16.07.2026): „Rubio, Miller host fascist conference at State Department". World Socialist Web Site. <*https://www.wsws.org/en/articles/2026/07/17/aysg-j17.html*>
[2] Tom Bateman (10.07.2025): „US sanctions UN expert Francesca Albanese, critic of Israel's Gaza offensive". BBC. <*https://www.bbc.com/news/articles/c70rllxr0kyo*>
[3] Alex Partridge, Ruth Comerford (29.09.2025): „Arrests at protest supporting Palestine Action near Labour conference". BBC. <*https://www.bbc.com/news/articles/cx201l257l4o*>
[4] Abigail Williams, Andrea Mitchell (20.12.2024): „U.S. to lift $10M bounty on de facto Syrian leader's head". NBC News. <*https://www.nbcnews.com/investigations/us-lift-10-million-bounty-de-facto-syrian-leaders-head-rcna185076*>
[5] Weißes Haus (16.07.2026): „Trump Administration Unleashes Global Campaign to Crush Radical Left Terrorism". The White House. <*https://www.whitehouse.gov/releases/2026/07/trump-administration-unleashes-global-campaign-to-crush-radical-left-terrorism/*>
[6] Ken Klippenstein (16.07.2026): „Leak: Rubio's WMD Scandal Is "Far-Left Terrorism"". Ken Klippenstein Substack. <*https://www.kenklippenstein.com/p/leak-rubios-wmd-scandal-is-far-left*>
[7] Presidential Memoranda (25.09.2025): „Countering Domestic Terrorism and Organized Political Violence". The White House. <*https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/09/countering-domestic-terrorism-and-organized-political-violence/*>
[8] Ken Klippenstein (27.09.2025): „Trump's NSPM-7 Labels Common Beliefs As Terrorism "Indicators"". Ken Klippenstein Substack. <*https://substack.com/@kenklippenstein/p-174704382*>
[9] Amy Goodman, Ken Klippenstein (08.12.2025): „"Domestic Terrorism": Leaked DOJ Memo Targets "Anti-Americanism, Anti-Capitalism, Anti-Christianity"". Democracy Now!. <*https://www.democracynow.org/2025/12/8/ken_klippenstein_fbi_domestic_terrorism_nspm7*>
[10] Melinda Haas (17.07.2026): „The Trump administration's global campaign against 'radical left terrorism' is built on a national security memo without congressional approval". The Conversation. <*https://theconversation.com/the-trump-administrations-global-campaign-against-radical-left-terrorism-is-built-on-a-national-security-memo-without-congressional-approval-287276*>
[11] Ken Klippenstein (16.07.2026): „Stephen Miller says NSPM-7 will lead to the debanking, defunding and disruption of left-wing "political terrorists that are operating in our country."". X. <*https://x.com/kenklippenstein/status/2077782705274601752*>
[12] FBI Domestic Intelligence Activities (25.08.1967): „COINTELPRO". What Really Happened. <*https://www.whatreallyhappened.com/RANCHO/POLITICS/COINTELPRO/COINTELPRO-FBI.docs.html*>
[13] „COINTELPRO". Wikipedia. <*https://en.wikipedia.org/wiki/COINTELPRO*>
[14] Lauren Mccauley (08.03.2016): „45 Years After COINTELPRO, FBI Still Thinks 'Dissent is the Enemy'". Common Dreams. <*https://www.commondreams.org/news/2016/03/08/45-years-after-cointelpro-fbi-still-thinks-dissent-enemy*>
[15] FBI Director Kash Patel (16.07.2026): „Secretary Rubio hosted the Ministerial on the Resurgence of Political Terrorism – under President Trump's leadership this @FBI has been proud to support this important work through National Security Presidential Memorandum (NSPM) 7, focusing federal law enforcement to investigate and disrupt organizations engaging in political violence and terrorism. The FBI is aggressively and successfully targeting the financial networks funding their operations and holding them accountable with our partner agencies – we simply follow the money. ". X. <*https://x.com/FBIDirectorKash/status/2077817662831484944*>
[16] Caitlin Johnstone (10.07.2026): „It's Been Ten Years. It's Time To Admit Bernie Sanders Was Wrong.". Caitlin's Newsletter. <*https://www.caitlinjohnst.one/p/its-been-ten-years-its-time-to-admit*>

Grundlage für diesen Schritt ist ein als NSPM-7 bekanntes Memo des Weißen Hauses [7] – eine Anweisung, vor der Kritiker seit Monaten warnen [8], da sie gefährlich autoritäre Auswirkungen hat [9] und keine Zustimmung des Kongresses [10]. Mit den Worten von Trumps Berater Stephen Miller weist die NSPM-7

> zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte alle unsere Strafverfolgungs- und Geheimdienste an, zusammenzuarbeiten, um diese in unserem Land operierenden politischen Terroristen zu zerschlagen, zu identifizieren, ihnen die Finanzmittel zu entziehen, ihnen den Zugang zu Bankdienstleistungen zu verwehren, sie festzunehmen und strafrechtlich zu verfolgen." [11]

Diese Formulierung erinnert stark an den Wortlaut eines FBI-Memos aus dem Jahr 1967 [12], in dem die Ziele des von J. Edgar Hoover ins Leben gerufenen Programms COINTELPRO [13] beschrieben werden, nämlich „die Aktivitäten von nationalistischen, hasserfüllten Organisationen und Gruppierungen schwarzer Aktivisten aufzudecken, zu stören, in die Irre zu führen, zu diskreditieren oder auf andere Weise zu neutralisieren".

Zwischen 1956 und 1971 führte das FBI im Rahmen von COINTELPRO verdeckte Operationen durch, um schwarze Bürgerrechtsgruppen, die Kommunistische Partei der USA, Organisationen von Vietnamkriegsgegnern und feministische Gruppen zu unterwandern und zu zerschlagen, mit dem Ziel, jede bedeutende linke politische Bewegung in den Vereinigten Staaten auszumerzen. Natürlich haben die Bundesbehörden solche Programme nie ganz eingestellt – von Gruppen wie „Occupy Wall Street" und „Black Lives Matter" war bekannt, dass sie Ziel polizeilicher Überwachung und Unterwanderung waren [14]. Aber es ist klar, dass die Rechten im Weißen Haus etwas weitaus Aggressiveres anstreben, und FBI-Direktor Kash Patel scheint total begeistert von der Chance zu sein, ein J. Edgar Hoover des 21. Jahrhunderts zu werden.

„Minister Rubio war Gastgeber des Ministertreffens zum Thema ‚Wiederaufleben des politischen Terrorismus' – unter der Führung von Präsident Trump ist das FBI stolz darauf, diese wichtige Arbeit durch das National Security Presidential Memorandum (NSPM) 7 zu unterstützen, das die Strafverfolgungsbehörden des Bundes darauf ausrichtet, Organisationen zu ermitteln und zu zerschlagen, die politische Gewalt und Terrorismus ausüben", erklärte Patel auf Twitter im Zusammenhang mit der jüngsten Eskalation [15].

Es scheint also, als würden die Vereinigten Staaten für die 2020er Jahre ein wiederbelebtes COINTELPRO ins Auge fassen, diesmal mit Polizeidrohnen und KI-gestützter Massenüberwachung. Je feindseliger die Amerikaner gegenüber der Kriegstreiberei der USA werden, je mehr sie den Staat Israel satt haben, je mehr sie davon überzeugt sind, dass ihre Regierung sich nicht um sie kümmert, und je unzufriedener sie damit sind, was der ungezügelte Kapitalismus mit ihren Bankkonten, ihrer Gesellschaft und ihrer Welt anstellt, desto mehr reagieren ihre Herrscher mit der eisernen Faust der Tyrannei.

Und was das Ganze besonders bedrohlich macht, ist, dass man weiß, egal welche Maßnahmen auch immer von den Republikanern beschlossen werden, diese auch dann bestehen bleiben, wenn die Demokraten an der Macht sind. Denn wie wir hier schon oft diskutiert haben, ist es die Aufgabe der Demokratischen Partei, einen Linksruck in den Vereinigten Staaten zu verhindern [16]. Dies wird eines der vielen, vielen Male sein, bei denen die Republikaner etwas Böses getan haben und die Demokraten es einfach stillschweigend im Hintergrund weiterlaufen ließen, um die Interessen des kapitalistischen Imperiums zu schützen. Denn das ist ihre Aufgabe.

Doch die Tatsache, dass dies überhaupt geschieht, sollte Hoffnung wecken, nicht Verzweiflung. Die Machthaber des Imperiums verschärfen den Autoritarismus nicht, weil es einfach ist und ihnen Spaß macht; sie tun es, weil sie es müssen. Sie wissen, dass sie ihren Einfluss verlieren, und sie wissen, dass sie zahlenmäßig weit unterlegen sind gegenüber den einfachen Menschen, die sich einfach nur eine bessere Welt für ihre Kinder wünschen.

Sie haben Angst. Und sie haben Angst, weil sie verlieren.

Also gebt nicht auf.

Publiziert auf Free21 am 16.08.2026, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 28.06.2026 auf www.breakthroughnews.org unter der URL ‹https://breakthroughnews.org/2026/06/28/un-report-concludes-israel-is-deliberately-targeting-gazas-children/› veröffentlicht.
Lizenz: Ana Vračar, Breakthrough News, CC BY-NC-ND 4.0



Ein Sanitäter trägt ein verwundetes palästinensische Kind in Gaza 2023. (Foto: Fars Media Corporation, Wikimedia Commons, CC BY 4.0)

UN-Bericht schlussfolgert:

Israel **greift absichtlich Kinder** im Gazastreifen an

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der UN-Kommision kommt zu dem Schluss, dass die israelischen Streitkräfte als Teil einer Strategie, die darauf abzielt, die Zukunft des palästinensischen Volkes zu zerstören, gezielt palästinensische Kinder angreift.

Autor: Ana Vračar



Ana Vračar ist Reporterin für Gesundheitsthemen bei „People's Health Dispatch", einem vierzehntägig erscheinenden Bulletin, das von „People's Dispatch" und der „People's Health Movement" herausgegeben wird. Sie ist Regionalkoordinatorin von PHM Europe und Co-Vorsitzende des PHM-Lenkungsausschusses.

„Das überwältigende Ausmaß und die hohe Zahl der in Gaza getöteten und verletzten Kinder sind weltweit beispiellos in der Geschichte der modernen Konflikte", bestätigte diese Woche erneut ein neuer Bericht der unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete [1]. Der Bericht untermauert auf der Grundlage früherer Beweise und neuen Zeugenaussagen, die Warnungen von Palästinensern und internationalen Aktivisten, dass die israelischen Streitkräfte gezielt palästinensische Kinder ins Visier nehmen – als Teil einer Strategie, „die Zukunft der Palästinenser im Gazastreifen zu zerstören."

„Das ist eine sehr ernste Schlussfolgerung", sagte der australische Rechtsexperte Chris Sidoti, ein Mitglied der Kommission, während einer Pressekonferenz am 26. Juni. Doch die umfassende Anwendung von Folter und anderer erniedrigender Behandlungen, Angriffe auf Schulen und Waisenhäuser sowie auf Infrastruktureinrichtungen, die für ein menschenwürdiges Leben der Kinder notwendig sind – beispielsweise Krankenhäuser – während des Völkermordes in Gaza, lassen nur wenig Raum für Zweifel.

Der Bericht beschreibt detailliert, auf welche Weise die israelischen Besatzungstruppen seit dem 7. Oktober 2023 Kindern im Gazastreifen Schaden zugefügt haben. Dies beinhaltet sowohl das Töten und Verletzen von Kindern durch Massenbombardierungen und willkürliche Angriffe sowie das direkte anvisieren durch Scharfschützen und Quadcopter.

Diese Angriffe wurden nicht eingestellt, obwohl die sogenannte Waffenruhe im Oktober letzten Jahres in Kraft trat. Seitdem wurden über Hundert Kinder im Gazastreifen getötet [2]. Zusammen mit der Behinderung von Hilfslieferungen und Wiederaufbau, kreieren diese Aktionen weiterhin eine grauenvolle Umgebung für die Bewohner, vor allem für Kinder.

> „Alles ist so, wie im Oktober 2025", fügte Sidoti an. „Der [Gaza Friedens] Plan sollte als gescheitert gelten."

Die Kommission zitiert Dutzende Beispiele von leidenden Kindern. Auf der Liste steht auch der 6 Jahre alte Hind Rajab, der bei einem israelischen Angriff auf das Auto der Familie und den Krankenwagen, der zu Hilfe kam, getötet wurde [3]. Es zeigt auch, dass kleine Kinder Zeugen davon werden, wie ihre Familien erschossen oder entführt werden. Im Dezember 2023 warfen laut Bericht israelische Soldaten vier Handgranaten in ein Haus in Gaza City, das dreißig Personen beherbergte. Während des Angriffs erlitt ein Fünfjähriger schwerwiegende Verletzungen, einschließlich des herausquellens innerer Organe durch eine offene Bauchwunde (abdominale Evisceration). Er musste ohne medizinische Versorgung evakuiert werden. „Er verlor in der Schule das Bewusstsein, während er von einem Arzt behandelt wurde, der mit Windeln und Klebeband, die herausgerutschten Eingeweide wieder in den Bauchraum zurück schob."

Keine „normal großen" Babys im Gazastreifen

Interviews mit internationalen Gesundheitsfachkräften, die freiwillig in Krankenhäusern im Gazastreifen tätig sind, enthüllten außerdem das Ausmaß der Verletzungen, die Kinder erlitten. Von Kopf- und Brustwunden bis hin zu Augen- und Hörschäden. Der Bericht warnt, dass „mindestens 21.000 Kinder im Gazastreifen neu zu Kriegsversehrten gemacht wurden und ungefähr 40.500 Kinder ‚kriegsbedingte' Verletzungen erlitten".

Das bedeutet, dass Zehntausende Kinder eine lange, oft lebenslange, Rehabilitation benötigen, aber wegen systematischer Zerstörung der Gesundheits-Infrastruktur durch die israelischen Streitkräfte, es unwahrscheinlich ist, dass sie diese erhalten [4]. Die Auswirkungen werden Kinder mit bereits bestehenden chronischen Erkrankungen, Neugeborene und Schwangere gleichermaßen zu spüren bekommen. „Im Oktober 2024 wird berichtet, dass es dreimal so wahrscheinlich für Frauen im Gazastreifen ist, bei der Geburt zu sterben oder eine Fehlgeburt zu erleiden als vor dem 7. Oktober 2023.", so der Bericht.



Kind vor den Trümmern eines Hauses in Gaza. (Foto: hosnysalah, Pixabay Content License)

Publiziert auf Free21 am 12.08.2026, 6:00 Uhr

Im Juni 2025 sind ein Drittel der Geburten im Gazastreifen Frühgeburten, untergewichtig oder benötigen Intensivpflege, darunter Babys, die in der 32. Woche geboren werden und nur 0,9 Kilogramm wiegen. „Ärzte haben berichtet, dass sie keine ‚normal großen' Babys mehr im Gazastreifen sehen."

„Israel zielt direkt darauf ab, die langfristige Gesundheit von Säuglingen zu beeinträchtigen", erzählte eine Kinderkrankenschwester der Kommission. „Es gibt keinen Grund, warum wir keine Medikamente nach Gaza bringen können, um Schwangeren und Babys zu helfen, also macht es keinen Sinn, außer wenn wir annehmen, dass diese bestimmte Gruppe gezielt ins Visier genommen wird, weshalb es zu einer höheren Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen kommt."

Erschwerende Faktoren für die Gesundheit von Kindern sind extreme Temperaturen und Unterernährung, verschlimmert durch Bedingungen, die von Israel am Boden verursacht werden: zerstörte Häuser, sanitäre Infrastruktur und Behinderung von Hilfslieferungen. Die Notfallmedizinerin Dr. Mahmooda Syed, die auf derselben Konferenz wie Sidoti sprach, bezeichnete in ihrer Ansprache Infektionskrankheiten, an denen Kinder mit einem durch Hunger geschwächten Immunsystem erkranken als „künstlich herbeigeführte Zustände".

Sie hob hervor, dass alles, von grundlegender Hygiene bis zum Verabreichen von Insulin in der jetzigen Situation unmöglich ist. Ein ähnlicher Punkt wurde vom Al Mezan Center for Human Rights am 25. Juni aufgeworfen, wobei sie die Ausbreitung von Insekten und Nagetieren infolge der Aktionen Israels hervorhoben [5]. Das Center warnte, dass „sich Krankheiten und ernsthafte Gefahren für die öffentliche Gesundheit, wegen des Mangels an sauberem Wasser, Hygieneartikeln und grundlegenden Versorgungsleistungen, in Lagern für Vertriebene und Wohngebieten ausgebreitet haben."

Der Bericht behandelt Fälle von Haut- und Haarproblemen sowie verschlechterter Mundgesundheit. Solche „künstlich herbeigeführten Zustände" werden für Kinder mit geschwächtem Immunsystem oft lebensgefährlich. Ein Fall eines 12 Jahre alten Mädchens mit Zöliakie, das unter schwerer Unterernährung litt, nachdem der Zugang zu glutenfreien Lebensmitteln wegen Israels Blockade 2025 eingeschränkt wurde. Im Bericht heißt es, dass sie „über einen Zeitraum von sechs Monaten, ein Drittel ihres Körpergewichts verlor, was zu gebrechlichen Gliedmaßen, Durchfall, Müdigkeit und einem geschwächten Immunsystem führte." Das Kind starb „aufgrund eines septischen Schocks infolge einer einfachen Infektion."

„Ich konnte keine Operation beenden, weil jedes Mal, wenn die Kinder zurück in den OP gebracht wurden, unter der Kleidung, ihre Wunden mit Maden befallen und von Sepsis betroffen waren", wird eine weitere medizinische Fachkraft zitiert. „Diese Kinder hatten aufgrund von Unterernährung kein Immunsystem. Kinder haben sich einfach nicht erholt."

Der Bericht schlägt, wegen des starken Anstiegs von Gewalt gegen palästinensische Kinder in der West Bank, begangen vor allem von israelischen Siedlern, über den Gazastreifen hinaus Alarm. Der Bericht dokumentiert Dutzende Angriffe durch Siedler und israelische Streitkräfte. Die Angriffe beinhalten: Tötungen, Verstümmelung und sexuelle Gewalt – und setzen Kinder ständiger Angst und Traumata aus.

„Mit dem ins Visier nehmen von Kindern, untergräbt Israel die strukturellen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft, schwächt die demographische Vitalität und die Möglichkeit des palästinensischen Volkes insgesamt, zur Aufrechterhaltung und Ausübung des Rechts, ihre Zukunft als Volk selbst zu bestimmen", schlussfolgert die Kommission. Sie empfiehlt Regierungen dringend spezifische Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich eines kompletten Stopps des Waffenhandels mit Israel, einer Kappung von Finanzströmen an illegale Siedlungen und Ermittlungen gegen Personen, die bekanntermaßen an Angriffen auf Gaza teilgenommen haben – angefangen mit ihren eigenen Bürgern.

Quellen:

[1] Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory (18.06.2026): „"The essence of childhood has been destroyed": Israel's deliberate targeting of Palestinian children in the Occupied Palestinian Territory since 7 October 2023 – Report (A/HRC/62/CRP.2)". United Nations. *<https://www.un.org/unispal/document/coi-report-23jun26/>*

[2] unicef (13.01.2026): „During Gaza's Ceasefire, Children Keep Being Killed". UNICEF. *<https://www.unicef.org/press-releases/during-gazas-ceasefire-children-keep-being-killed>*

[3] Aseel Saleh (22.10.2025): „HRF urges ICC to issue warrants for 24 Israeli soldiers accused of the murder of Hind Rajab and her rescuers". Breakthrough News. *<https://breakthroughnews.org/2025/10/22/hrf-urges-icc-to-issue-warrants-for-24-israeli-soldiers-accused-of-the-murder-of-hind-rajab-and-her-rescuers/>*

[4] Ana Vračar (27.01.2026): „Researchers warn of "de-healthification" in Palestine as infections spread in Gaza". Breakthrough News. *<https://breakthroughnews.org/2026/01/27/researchers-warn-of-de-healthification-in-palestine-as-infections-spread-in-gaza/>*

[5] Al Mezan (25.06.2026): „Israel Continues Its Genocidal Campaign, Obstructs Humanitarian Aid, and Pushes Gaza Toward an Unprecedented Health Catastrophe". Al Mezan Center for Human Rights. *<https://mezan.org/en/post/46868>*

Dieser Text wurde zuerst am 10.06.2026 auf www.znetwork.org unter der URL <https://znetwork.org/znetarticle/trumps-cuba-strategy-constitutes-economic-genocide/> veröffentlicht. Lizenz: Danny Shaw, C.J. Polychroniou, Z Network, CC BY-NC-ND 4.0



Auftaktkundgebung am 17.06.13 vor dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin: YES WE CAN: Obama die rote Karte zeigen – US-Politik die Grenzen aufzeigen!" (Foto: Uwe Hiksch, Flickr, CC BY-NC-SA 2.0)

Trumps **Kuba-Strategie** kommt einem wirtschaftlichen Völkermord gleich

Autor: Danny Shaw

Danny Shaw lehrt Lateinamerika- und Karibikstudien sowie Race, Ethnizität, Klasse und Gender an der City University of New York. Er hat einen Master-Abschluss in Internationalen Beziehungen von der School of International and Public Affairs der Columbia University. Er spricht fließend Spanisch, Haitianisch-Kreyol, Portugiesisch und Kapverdisches Kreol und verfügt über gute Französischkenntnisse. Er ist in der nationalen Führung der ANSWER-Koalition (Act Now to Stop War and End Racism) tätig, um junge Menschen vom Militär und vom Gefängnisindustriekomplex fernzuhalten.

Seit der Eisenhower-Regierung (Januar 1953 bis 1961; Anm. d. Red.) unterliegt Kuba einem US-Handelsembargo, obwohl es Präsident John F. Kennedy (Januar 1961 bis November 1963; Anm. d. Red.) war, der ein umfassendes Embargo für den gesamten Handel mit Kuba verhängte. Und während jede nachfolgende Regierung seitdem versucht hat, dem kubanischen Volk wegen seiner Unterstützung einer revolutionären Regierung Leid und Not zuzufügen, ist es die Trump-Regierung, die den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes auf der Insel zur obersten Priorität gemacht hat, indem sie die Sanktionen gegen die Insel ausweitete, Treibstofflieferungen blockierte und Kuba mit militärischen Maßnahmen drohte. Kuba steht in der Tat am Abgrund und wird dies wahrscheinlich nicht überleben, da die unmenschlichen und kriminellen Handlungen der zweiten Trump-Regierung die Insel in eine tiefe humanitäre Krise gestürzt haben.

Im folgenden Interview spricht Danny Shaw über Trumps Politik der Isolierung Kubas, nachdem er sich aus erster Hand ein Bild von den auf der Insel herrschenden Verhältnissen gemacht hat, und analysiert die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos auf die Bevölkerung. Danny Shaw ist Wissenschaftler im Bereich Lateinamerika- und Karibikstudien (bis 2024 an der City University of New York; Anm. d. Red.) und ein langjähriger Unterstützer der kubanischen Revolution. Vor kurzem reiste er durch Kuba, wo er für *The Grayzone* die erschütternden Zustände dokumentierte, die nach der Verhängung einer Energieblockade durch die Trump-Regierung herrschten.

Publiziert auf Free21 am 11.07.2027, 6:00 Uhr

C. J. Polychroniou: *US-Präsident Donald Trump hat die Monroe-Doktrin durch eine Reihe energischer Maßnahmen in der westlichen Hemisphäre wiederbelebt, darunter den Angriff auf Venezuela, der zur Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro führte, sowie Militärschläge gegen Fischereiboote in der Karibik. Es mag nicht ganz klar sein, was die Kanonenbootdiplomatie der Trump-Regierung antreibt, doch Kuba, das das vielleicht längste Wirtschaftsembargo der modernen Geschichte erdulden musste, steht als Nächstes auf der Abschussliste des Möchtegern-Diktators.*

Danny, kannst du etwas zu den politischen Maßnahmen sagen, die die zweite Trump-Regierung ergriffen hat, um Kuba weiter zu isolieren und dabei die Wirtschaft des Landes und seine Bevölkerung zu strangulieren?

Danny Shaw: Am 29. Januar ergriff die Trump-Regierung – die wahre Presseabteilung der Milliardärsklasse mit globaler Reichweite, wie wir von Caracas bis Teheran gesehen haben – Maßnahmen, um die kubanische Wirtschaft vollständig lahmzulegen. Die Drohungen gegen jedes Land, das Öl an Kuba verkaufte oder weiterhin Handel mit Kuba trieb, verschärften einen bereits seit langem andauernden, illegalen und einseitigen Wirtschaftskrieg. Washington und seine rechten Handlanger auf dem gesamten amerikanischen Kontinent gingen zudem gegen kubanische medizinische Missionen von Honduras bis Jamaika vor, die Kuba dringend benötigte Devisen einbrachten und vor allem marginalisierten Bevölkerungsgruppen in ganz Amerika und der Welt medizinische Versorgung ermöglichten. Ecuador und Costa Rica wiesen die kubanischen Botschafter aus. Die Trump-Regierung hat der Welt klargemacht: Jeder Versuch, die kubanische Regierung zu unterstützen, wird strafrechtlich streng verfolgt. Konkret bedeutet dies, dass Kuba isolierter und verzweifelter ist als je zuvor.

Wir müssen Trumps Energieblockade im Kontext einer Wirtschaftsblockade betrachten, die Kuba seit 1991 – dem Jahr, in dem die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks zusammenbrachen – am Leben hält. Über Nacht halbierten diese Maßnahmen die durchschnittliche Kalorienzufuhr der Kubaner. In regelmäßigen Abständen, sowohl unter demokratischen als auch unter republikanischen Präsidenten, hat die US-Regierung mit chirurgischer Präzision in die kubanische Wirtschaft eingegriffen. Mit einer Strategie von chirurgischer Präzision, die an die Maßnahmen im Gazastreifen erinnert, hat das Außenministerium Geldüberweisungen unterbunden, den Tourismus zum Erliegen gebracht und jedes ausländische Unternehmen bestraft, das Geschäfte mit Kuba tätigte. Der 29. Januar war ein weiterer Wendepunkt in dieser immer noch andauernden „Sonderperiode“, die sich nun für viele kubanische Familien als Todesurteil erweist. Nun gehen das FBI und das Heimatschutzministerium gegen diejenigen von uns vor, die humanitäre Hilfe nach Kuba gebracht haben.

Jedes Wort, das ich äußere – einschließlich meiner Zitate von hungrigen und entmutigten Kubanern – muss im Kontext eines 67 Jahre andauernden Krieges gegen ein Land gesehen werden, das danach strebt, sich von imperialistischer Herrschaft zu befreien. Als Ethnograf, seit 2014 als Analyst für internationale Angelegenheiten beim kubanischen und venezolanischen Fernsehen und als jemand, der seit über drei Jahrzehnten fließend kubanisches Spanisch spricht, habe ich viel engen Kontakt zu Kubanern, ihren Meinungen und ihren Kämpfen gehabt. Wir müssen auf das ursprüngliche Memorandum [1] des Außenministeriums (der USA; Anm. d. Red.) zurückgreifen, das am 6. April 1960 von Lester Mallory, stellvertretender Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, verfasst wurde:

> „…daraus folgt, dass unverzüglich alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um das

Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen. Wird eine solche Politik beschlossen, so sollte dies das Ergebnis einer positiven Entscheidung sein, die eine Vorgehensweise nach sich zieht, die zwar so geschickt und unauffällig wie möglich ist, aber dennoch den größtmöglichen Schaden anrichtet, indem sie Kuba Geld und Versorgungsgüter vorenthält, die Geld- und Reallöhne senkt und Hunger, Verzweiflung sowie den Sturz der Regierung herbeiführt.“

Ich habe die Denkweise der herrschenden Klasse ausführlich zitiert, weil genau das in Kuba seit mindestens 1991 geschieht. Die US-amerikanische Strategie, „Hunger“ und „Verzweiflung“ zu schüren, hat dieses faszinierende, historische Experiment des Widerstands und einer Volksregierung vollständig zerschlagen. Was ich im Februar, März und April dieses Jahres in Kuba erlebt habe, war apokalyptisch.

C. J. Polychroniou: *Die Trump-Regierung hat in Venezuela einen Führungswechsel erzwungen, doch es ist umstritten, ob es dabei auch zu einem Regimewechsel gekommen ist. Was Kuba betrifft, scheint der Plan jedoch auf einen Regimewechsel abzuzielen, obwohl die dortige Regierung nichts unternimmt, was die Vereinigten Staaten bedrohen könnte. Warum strebt Trump einen Regimewechsel in Kuba an und zu welchem Zweck? Wessen Interessen dient er damit wirklich?*

Danny Shaw: Trump ist die ultimative Ablenkung. Wie bei allen Milliardären, die in ihrer eigenen Blase leben, hat er keine Konsequenzen für seine Lügen, Drohungen und sein allgemeines Clowns-Gehabe zu befürchten. Doch hinter dem bombastischen, arroganten Milliardär stehen die wahren globalen Machthaber, eine kleine Gruppe von 2.800 Milliardären, die das Schicksal der Menschheit lenken wollen. Sie nutzen Trump als ihren Sprecher, um eine faschistische globale Agenda durchzusetzen, die vor 2016, als er erstmals an die Macht kam, noch als unmöglich galt.

Der Krieg gegen Kuba und alle Staaten, die irgendeine Form von Widerstand leisten – China, Nicaragua, Venezuela, Simbabwe, Palästina, Russland usw. – soll uns immer wieder vom „Ende der Geschichte“ überzeugen. Von der Vorstellung, dass es unvermeidlich sei, sich den Milliardären und künftigen Billionären zu beugen.

Die Mainstream-Medien stellen „Kuba“ seit langem als „gescheiterten sozialistischen Staat“ dar. Dies dient den ideologischen Interessen des Imperiums. So können sie diese „elende Insel“ – losgelöst

von jeglichem Kontext – präsentieren und auf CNN und Fox diesen schrecklichen Ort zeigen, aus dem die eigene Bevölkerung in Scharen flieht. Millionen Kubaner sterben und wandern aus. Schon vor dieser Krise, der extremsten aller Zeiten, schrumpfte [2] die kubanische Bevölkerung zwischen 2020 und 2024 um 1,4 Millionen. Die kapitalistischen Medien können diese Realität dann propagandistisch einer Illusion von extremem Überfluss und Exzess gegenüberstellen, die sie uns über ihre ideologischen Apparate vor Augen führen. Man denke an soziale Medien, Hollywood, die Mainstream-Medien usw.

Das andere Interesse, das die USA an Kuba haben, ist natürlich wirtschaftlicher Natur. Der kubanische Staat war bislang der oberste Entscheidungsträger in Fragen des Außenhandels und der Investitionen und stellte ein Hindernis für den ungehinderten Zugang von Privatkapital dar. Trump, seine Geschäftsfreunde und Vertrauten werden von Landkäufen, Mineraliengeschäften und dem Erwerb von Hotels an der Küste profitieren. Kuba verfügt seit langem über eine bedeutende Tourismuswirtschaft, aus der sie Kapital schlagen können.

Das sind also einige ihrer Beweggründe. Aber ich finde Ihre Frage interessant – eine Frage, über die ich mir schon seit Jahrzehnten Gedanken mache.

Ehrlich gesagt müsste das Imperium nur einen Schlag austeilen, und schon würde die kubanische Regierung stürzen. Was die Fähigkeit angeht, für das kubanische Volk zu sorgen und es zu verteidigen, ist die kubanische Regierung schon vor langer Zeit gestürzt, wohl schon 1991.

Das Privateigentum ist in Kuba mittlerweile auf dem Vormarsch, und das wohl schon seit 1991. Welche Führung dort auch immer an der Macht ist – auch wenn sie täglich patriotische Erklärungen abgibt –, es ist nicht die Führung von Fidel, Che und Camilo, die wir westlichen Linken seit 1959 geliebt und verteidigt haben. Was ich in den vergangenen 31 Jahren gesehen habe, war ein Volk, das sich selbst überlassen war. Das Ethos und die allgemeine Mentalität in Kuba sind nicht die historischen Slogans der Revolution „Patria o Muerte“ und „Venceremos“ („Vaterland oder Tod“ und „Wir werden siegen“), es sind vielmehr das „Gesetz des Dschungels“ und „Jeder für sich“.

Während linke Touristen an einem verklärten, überholten Bild dieses Museums des Sozialismus festhalten, herrscht in Kuba bereits eine andere Mentalität vor, insbesondere unter den beiden Generationen, die in der „Sonderperiode“ geboren wurden. In der Provinz Sancti Spiritus wohnte ich beispielsweise bei einer Familie, deren Lebensumstände relativ stabil waren. Der Vater war ein pensionierter Leichtathletiktrainer, die Mutter eine pensionierte Physiotherapeutin. Der Sohn spielt professionell Basketball in Brasilien und ist mit 2,10 Meter einer der größten Kubaner des Landes. Seit Jahren geben sie zwei älteren Nachbarn, Sonia und Francisco, einen Teller Essen. Das können sie sich nun nicht mehr leisten, da sie sich und ihre unmittelbare Familie kaum noch ernähren können. Sonia und Francisco sind nun hungrig und unterernährt. Sie werden bald sterben, zwei weitere anonyme Opfer dieser makabren US-Außenpolitik. Doch wer wird ihren Tod dokumentieren? Wer wird ihre Namen kennen? Die örtlichen Behörden werden lediglich vermerken, dass sie an Altersschwäche gestorben sind.

Und genau das passiert derzeit jeden Tag in Kuba. Aus dem weit verbreiteten Hunger ist eine massenhafte Unterernährung geworden, und mit jedem Tag, der verstreicht, gibt es mehr Todesfälle. Viele Kubaner berichten, dass in den historisch am stärksten vernachlässigten Gebieten wie Guantánamo und Las Tunas bereits Hungersnot herrscht.

Ich glaube also, dass die Möglichkeit, in Florida mit dem Finger auf andere zu zeigen und Gesetze zum „Gedenken an die Opfer des Kommunismus“ zu erlassen, den Interessen der Milliardäre dient. Das erklärt zum Teil, warum sie sadistisch darauf aus waren, in Kuba so viel Leid zu verursachen.

C. J. Polychroniou: *Wie Sie bereits erwähnt haben, waren Sie kürzlich in Kuba und haben die Insel bereist. Beschreiben Sie bitte die tatsächlichen Verhältnisse, die Sie dort vorgefunden haben.*

Danny Shaw: Lassen Sie mich Ihnen einen tieferen Einblick in die Klassenwidersprüche geben, die in Kuba schon seit langem zutage treten.

Eines der ersten Dinge, die einem Kuba-Besucher auffallen werden: Der Privatsektor wächst, während die Bevölkerung Hunger und Durst leidet. Es ist wichtig klarzustellen, dass Marco Rubio, Trump und die Architekten der Verschärfung des Wirtschaftskriegs gegen Kuba gleichzeitig den privaten Sektor stärken. So dürfen die Inhaber privater Unternehmen, die MIPYMEs [Micro, pequeñas y medianas empresas, also Mikro-, Klein- und Mittelständische Unternehmen; Anm. d. Red.], Benzin, Generatoren, Lebensmittel usw. importieren. Es sind die kubanischen Massen, die völlig abgeschnitten sind, während ein aufstrebender Wirtschaftssektor seine wirtschaftliche Macht auf der Insel weiter festigt und dabei als Brückenkopf für Miami und Washington fungiert. Doch um Zugang zu diesen privaten Geschäften zu erhalten, muss man Dollar oder große Bündel kubanischer Pesos besitzen. 99 Prozent der Kubaner haben weder das eine noch das andere. Die privaten MIPYMEs bieten zwar auch qualitativ hochwertigere Lebensmittel an, doch das sind private Privilegien-Inseln oder „Little Miamis“, die sich nur sehr wenige Kubaner leisten können.

Vier Tage nachdem die Guerilla am 1. Januar 1959 in Havanna die Macht übernommen hatte, fragte Fidel Castro eine Menschenmenge von Zehntausenden in Camagüey [3]: „Wie können wir dies unsere Heimat nennen, wenn die Heimat uns nichts gibt?“ Heute wird diese heldenhafte Rede, die aus dem Kampf gegen Imperialismus und Diktatur entstanden war, von den Kindern, Enkeln und Urenkeln jener Generation von Kubanern verbreitet. Sie fragen: „Warum werden wir aus unserem eigenen Land ausgeschlossen?“

Kubanische Kinder haben derzeit insgesamt betrachtet weniger Zugang zu Spielzeug und Lebensmitteln, als ich es in ganz Haiti erlebt habe, seit ich 1998 zum ersten Mal dort war. Einige meiner Freunde in Kuba haben mich gefragt, ob es für sie eine Möglichkeit gibt, nach Haiti zu fliehen. Haitianische Medizinstudenten, die ich in Santiago kannte, und andere Haitianer waren gezwungen, aus Kuba zu fliehen und in ihre umkämpfte Heimat zurückzukehren, weil die Lage in Kuba so schlimm ist. Wenn Haiti als

Publiziert auf Free21 am 11.07.2027, 6:00 Uhr

Maßstab für relativen Wohlstand dient, ist das der ultimative Indikator dafür, wie stark Kuba blockiert und wie verzweifelt die Lage dort ist.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse gelangen nicht vom Land in die Stadt. Jeden Tag nehmen Hunger, Unterernährung und die drohende Hungersnot zu. Das kubanische Volk sagt, es habe keine Stimme. Die Schwächsten – ältere Menschen, Kinder und Gefangene – sterben bereits. Es herrscht ein starkes Gefühl allgemeiner Hoffnungslosigkeit. Es gibt keine funktionierenden Verkehrsmittel. Doch während man auf Busse wartet, die niemals kommen, rasen importierte Autos aus Miami über die Autobahnen. Die Menschen sagen, das seien reiche Kubaner oder Regierungsbeamte. Die Menschen vertrauen ihrer Regierung nicht und sehen in ihr einen zentralen Akteur der Völkermordkampagne, der sie ausgesetzt sind.

Lass uns mal die Zahlen hinter der Hungersnot genauer betrachten, CJ. Denn wir alle konzentrieren uns auf US-Drohnen, Bomben und Bodentruppen, aber die Invasion hat bereits begonnen. [4] Was sich in den kommenden Tagen und Monaten abspielen wird, ist die Konsolidierung der x-ten US-Intervention in die Angelegenheiten der Menschen in der Karibik, in Südamerika und auf der ganzen Welt. Und sie wird weiterhin viele Menschenleben auslöschen. Es ist keine Übertreibung wenn Kubaner sagen, dass ihr Land heute einem Gaza ohne Bomben gleicht.

Ein Liter Benzin kostet in Kuba mehr als 6000 Pesos (10 US-Dollar), eine Gallone also 40 US-Dollar. Das durchschnittliche Gehalt oder die durchschnittliche Rente eines Kubaners beträgt monatlich 2400 Pesos (4 US-Dollar). Eine Flasche türkisches Sonnenblumenöl zum Kochen kostet 1.500 (2,50 US-Dollar), ein Pfund Reis kostet 350 (0,60 US-Dollar), und die Stromrechnung – sofern überhaupt Strom vorhanden ist – beträgt 400 bis 500 Pesos (weniger als 1 US-Dollar pro Monat). Das heißt, dass allein diese Kosten das gesamte monatliche Einkommen eines Kubaners aufbrauchen.

In Kuba kann man, egal wie viel Geld man auf der Bank hat, nur 2 oder 3 Dollar abheben. Deshalb sieht man überall in Kuba lange Schlangen von Rentnern und Familienoberhäuptern, die den ganzen Tag vor den Banken warten und versuchen, an ihr Geld zu kommen. Kuba ist ein Land der Schlangen, der langen Schlangen.

Die Säuglingssterblichkeitsrate ist in Kuba um 148% gestiegen [5] (von 2018 bis 2025). Alexander Main, Direktor für internationale Politik beim CEPR, erklärt:

> „Die Politik von Trump, maximalen Druck auf Kuba auszuüben, hat vielen Babys das Leben gekostet … Es ist sehr wahrscheinlich, dass derzeit noch mehr Babys sterben, und zwar mit einer noch höheren Rate als im letzten Jahr – als Folge der aktuellen US-Treibstoffblockade gegen Kuba."

Viele Familien müssen mitten in der Nacht aufstehen, weil dies die einzige Zeit ist, in der sie für ein paar Stunden Zugang zu Strom haben. Die Zahlen zu Schlaflosigkeit, Depressionen und allen Indikatoren für psychische Gesundheit schießen in die Höhe. Der US-Terrorismus nimmt viele verschiedene Formen an.

Bis zum Erscheinen dieses Artikels werden die Hyperinflation und die Abwertung des kubanischen Pesos weiter zugenommen haben. Jeden Tag verliert der Peso gegenüber dem Dollar an Wert, was die Kaufkraft der Kubaner noch weiter schmälert. Seit 1995 erzählen mir Kubaner hinter vorgehaltener Hand, dass die Behörden sie sofort verhaften würden, wenn sie ihre Lebensrealität filmen oder versuchen würden, sich gegen die wirtschaftlichen Ungleichheiten auszusprechen.

Was ist, wenn man Kinder hat? Wie soll man sie ernähren? Kubanische Familien scheuen sich davor, Kinder zu bekommen, weil sie diese nicht ernähren können. Der Krieg gegen Kuba ist ein demografischer Krieg [6], ein Krieg zur Entvölkerung. Aus Sicht des Kapitals ist Kubas Bevölkerung überzählig und entbehrlich, insbesondere alte Menschen, die der Revolution im Allgemeinen treuer sind, weil sie sich noch daran erinnern können, wie es vor 1991 war. Ähnlich wie in Palästina und Haiti können ganze Bevölkerungsmassen vertrieben und ausgerottet werden. Warum sollte sich das Kapital dafür interessieren? Und warum sollte es die westliche Öffentlichkeit interessieren, die noch nie ein positives Wort über diese „Dreckländer" gehört hat, um den stets so eloquenten Trump noch einmal zu zitieren.

Religion, Alkohol- und Drogensucht [7] finden bei einer Bevölkerung, die diese düstere materielle Realität nicht überwinden kann, einen Nährboden. Alle Zutaten für einen ökonomischen Völkermord sind vorhanden. Die Kubaner, die ich in Las Tunas, Holguín oder Granma traf und mit denen ich Zeit verbrachte, machten sich keine Sorgen um imperialistische Drohnen oder Bomben. Sie sagten, die Bomben des Dursts und des Hungers seien schon lange ihr größter Feind. Der koloniale Tod kommt in vielen verschiedenen Formen daher.

C. J. Polychroniou: *Vertreter der kubanischen Regierung haben erklärt, dass das Land im Falle einer US-Invasion bis zum bitteren Ende kämpfen werde. Aber ist es realistisch zu erwarten, dass eine hungernde Nation im Falle einer groß angelegten Invasion der Insel durch die mächtigste und modernste Armee der Welt Widerstand leisten wird?*

Danny Shaw: Außenminister Bruno Rodríguez selbst erklärte [8]: „Es scheint, als habe die US-Regierung einen gefährlichen Weg eingeschlagen, einen Weg, der zu unvorstellbaren Folgen, zu einer humanitären Katastrophe, zu einem Völkermord führen könnte." Anschließend sagt er, was jeder Staatschef sagen muss, was aber schwer ernst zu nehmen ist: „Kuba wird sein Recht auf legitime Verteidigung bis zu den äußersten Konsequenzen ausüben, mit massiver Unterstützung der Bevölkerung." Solche kämpferischen Regierungserklärungen sind weit entfernt von der Stimmung in der Bevölkerung.

Wenn wir unsere Bewegung aus Aktivisten, Marxisten, Linken oder wie auch immer wir uns nennen, betrachten, tun wir so, als wäre es 1959 oder 1989, und als stünden Fidel und gut ausgebildete, ehrliche Revolutionäre noch immer an der Spitze des Staates. Wenn wir nicht ehrlich über diese Frage der Führung des kubanischen Staates und der Massen nachden-

ken können, machen wir uns dann nicht mitschuldig an der anhaltenden Unterdrückung und Aushungerung der heutigen mambisado (der Massen, die gegen Spanien für Kubas Unabhängigkeit gekämpft haben)? Beurteilen wir eine Revolution anhand der objektiven und subjektiven Bedingungen, mit denen die Menschen konfrontiert sind, oder anhand des jüngsten Interviews oder der jüngsten Rede von Díaz-Canel? Hat sich irgendeiner dieser Aktivisten, die Kuba verteidigen, jemals außerhalb des Hotels Nacional und außerhalb der von der Regierung gelenkten Führungen bewegt? Wenn wir die objektiven und subjektiven Bedingungen in Kuba falsch darstellen, machen wir uns dann nicht auf unsere eigene Weise mitschuldig am Krieg gegen Kuba, der nach Aussage der Kubaner sowohl auf eine interne als auch auf eine externe Blockade zurückzuführen ist?

Zu glauben, Kuba könne in irgendeiner Weise Widerstand leisten, ist lächerlich. Wie soll ein halbverhungertes, unbewaffnetes Volk dem größten Militär mit dem größten Budget – 1,5 Billionen Dollar – in der Geschichte der Welt Widerstand leisten? Die Kubaner sagten mir überwiegend, dass sie es so satt hätten, sich „durchzuschlagen", „zu überleben" und „Widerstand zu leisten". Abgesehen von einigen älteren Veteranen des heldenhaften Befreiungskriegs in Angola und jener Generation von Kämpfern traf ich fast keine Kubaner, die auch nur den geringsten Enthusiasmus für die Idee zeigten, sich gegen die Vereinigten Staaten zu wehren. In ganz Kuba herrscht völlige Demoralisierung. Übertriebene linke Vergleiche mit dem „Volkskrieg" in Vietnam unter der Führung von Ho Chi Minh und General Nguyen Vo Giap sind albern und unehrlich. Die Kubaner sehen ihre Regierung und Polizei als mitschuldig an allem, was geschieht. Warum sollten sie für einen Prozess sterben, an den sie schon lange nicht mehr glauben? Die westliche „Linke" hat keine Ahnung von den objektiven und subjektiven Verhältnissen in Kuba, weil wir uns unkritisch an der kubanischen Regierung orientieren. Der Privatsektor könnte in Kuba nicht auf dem Vormarsch sein, wenn es keine Absprachen mit hochrangigen Beamten gäbe. Die kubanische Bevölkerung nimmt wahr, dass Regierungsbeamte öffentlich das eine sagen, hinter den Kulissen aber nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Und wenn man sich die Aussagen dieser Generation von Castros [9] auf CNN anhört, ist das genau das, was sie sagen. Sie loben den Kapitalismus und positionieren sich so, dass sie sich an die unvermeidliche Rückeroberung der Insel anpassen können.

Die kubanische Führung und ihre linken Amtskollegen haben sich auf das eingelassen, was wir als „Hochpolitik" [10] bezeichnen können. Die spanische Forscherin für Kommunen in Venezuela, Cira Pascual Marquina [11], erklärt, dass wir unsere Schlussfolgerungen oft auf „institutionelle Erklärungen, Verhandlungen und geopolitische Reaktionen stützen – während wir das dichte Geflecht der alltäglichen politischen Praxis übersehen, das den Prozess stützt". Man betrachte den venezolanischen General Vladimir Padrino und seine gesamte Rhetorik vor dem 3. Januar über einen „Volkskrieg" in Venezuela, der sich allen Bemühungen der Trump-Regierung widersetzen würde. Welchen Widerstand gab es in Venezuela? Heute, sechs Monate nach der US-Besetzung Venezuelas, ist Padrino Landwirtschaftsminister.

All diese heldenhaft klingenden Reden verschleiern die Realität der kubanischen Massen und richten wohl mehr Schaden als Nutzen an. Als Anhänger der kubanischen Revolution habe ich Jahre, wenn nicht Jahrzehnte darauf gewartet, einige dieser Dinge öffentlich auszusprechen. Denn auch hier stehe ich auf der Seite von David, nicht von Goliath. Doch Wissenschaftler und Unterstützer Kubas müssen die ganze Wahrheit laut aussprechen. Meine Aufgabe ist es nicht, die Reden und Positionen der kubanischen Regierung nachzuplappern, wie es die Linke hier im Westen tut, sondern einer Bevölkerung eine Stimme zu geben, die in einem drohenden wirtschaftlichen Völkermord gefangen ist, eingeklemmt zwischen zwei Bürokratien. Hier [12] findet sich ein Essay eines kubanischen Studenten in Irland, der brillant einfängt, wie sich das kubanische Volk zwischen zwei konkurrierenden Rhetoriken gefangen fühlt, die beide seine Interessen ignorieren.

Quellen:

[1] U.S. Department of State (06.04.1960): „499. Memorandum From the Deputy Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs (Mallory) to the Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs (Rubottom)". Office of the Historian. *<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1958-60v06/d499>*

[2] (30.05.2025): „Cuba's Population Shrinks by 1.4 Million in Five Years". Belly of the Beast. *<https://www.bellyofthebeastcuba.com/news/cubas-population-shrinks-by-14-million-in-five-years>*

[3] PRIMER MINISTRO (04.01.1959): „DISCURSO PRONUNCIADO POR EL COMANDANTE FIDEL CASTRO RUZ, EN LA PLAZA DELA CIUDAD DE CAMAGÜEY, EL 4 DE ENERO DE 1959.". Cuba.cu. *<http://www.cuba.cu/gobierno/discursos/1959/esp/f040159e.html>*

[4] Danny Shaw (02.06.2026): „The Donroe Doctrine Strangles Cuba". Counterpunch. *<https://www.counterpunch.org/2026/06/02/the-donroe-doctrine-strangles-cuba/>*

[5] (06.05.2026): „Headlines May 06, 2026". Democracy Now!. *<https://www.democracynow.org/2026/5/6/headlines>*

[6] The Grayzone – Danny Shaw (17.03.2026): „Deprivation and depopulation: inside Cuba under US siege". YouTube. *<https://youtu.be/7eBpuUNUIKE?si=S6fA3OwfllIJIekQ>*

[7] Danny Shaw (28.05.2026): „Addiction Today in Cuba Post 1959, Cuban society knew a level of social peace foreign to most societies in South American & the Global South. The War on Cuba has ushered in a return of the hunger, thirst & despair that characterized Cuba before the Revolution. One direct consequence of the U.S. War on its neighbor has been the rise of alcoholism & addiction to "el kímiko." Marginalized Cubans smoke synthetic chemicals (like MDMB-4en-PINACA) or horse tranquilizer in a "papelito" (rolling paper) to forget about the material reality of scarcity that stalks & haunts them. In some areas of Cuba, "the Cuban crack," as I call it because of how cheap and accessible it is, is now a pandemic that has local youth in its grip.". Instagram. *<https://www.instagram.com/p/DY4oH8yRl9z/>*

[8] Meredith Deliso (07.05.2026): „Cuban foreign minister warns US on 'dangerous path' that could lead to 'bloodbath in Cuba'". abc News. *<https://abcnews.com/amp/International/cuban-foreign-minister-warns-us-dangerous-path-lead/story?id=132745941>*

[9] Patrick Oppmann, Abel Alvarado (30.03.2026): „'The majority of Cubans want to be capitalist': Why Fidel Castro's influencer grandson is for a deal with Trump". CNN. *<https://www.cnn.com/2026/03/30/americas/cuba-sandro-castro-interview-latam-intl>*

[10] Cira Pascual Marquina (30.04.2026): „What Cannot Be Unlearned: The Defense of the Bolivarian Revolution". Monthly Review Online. *<https://mronline.org/2026/04/30/what-cannot-be-unlearned-the-defense-of-the-bolivarian-revolution/>*

[11] siehe [10]

[12] Carlos Manuel Cejas (25.04.2026): „My country is not your talking point". Trinity News. *<https://www.trinitynews.ie/2026/04/my-country-is-not-your-talking-point/>*

[13] siehe [4]

[14] Juhakenson Blaise (15.08.2025): „Blackwater founder Erik Prince reveals details on 10-year contract with Haitian authorities". The Haitian Times. *<https://haitiantimes.com/2025/08/15/erik-prince-10-year-contract-with-haiti/>*

Publiziert auf Free21 am 11.07.2027, 6:00 Uhr

C. J. Polychroniou: *Der US-Imperialismus ist nie verschwunden, sondern ist unter der zweiten Trump-Regierung völlig außer Kontrolle geraten. Lässt sich das Ungeheuer zähmen?*

Danny Shaw: In Kuba ist Miami der Ort, an dem man am ehesten kubanisches Essen bekommt.

Es ist surreal. Nachdem ich einen Monat lang in Kuba mit Dehydrierung und Hunger zu kämpfen hatte, kehrte ich – wie andere Aktivisten und Freunde Kubas auch – zurück, um in Miami vom FBI festgenommen und verhört zu werden. Als ich nach meiner dritten Festnahme und Vernehmung in weniger als zwei Jahren freigelassen wurde, ging ich durch einen Flughafen, der mit Lebensmitteln und Konsumgütern aller Art überfüllt war. Der Kapitalismus ist die Anhäufung von Elend auf der einen Seite und Luxus auf der anderen. Die Donroe-Doktrin [13] bedeutet, dass der US-Imperialismus jeden Versuch Chinas, Russlands, des Irans usw., eine Multipolarität auf dem amerikanischen Kontinent aufzubauen, im Keim erstickt und jedes „schlechte Beispiel“ oder jeden „abtrünnigen Staat“, der sich seiner Hegemonie entzogen hat, erneut kolonialisiert. Eine Reform des US-Imperialismus ist unmöglich. Nur die Einheit der unterdrückten Völker, wie sie sich in multipolaren Projekten wie den BRICS+-Staaten ausdrückt, könnte das Imperium jemals besiegen. Das ist derzeit die einzige Hoffnung, dieses Ungeheuer zu besiegen, das widerständige Bevölkerungen weiterhin aushungern, bombardieren und einem Völkermord aussetzen wird, bis ihm ein Messer in den Hals gestoßen wird.

Ähnlich wie der Krieg gegen Haiti – zunächst durch den Einsatz paramilitärischer Banden ab 2018 und nun durch Erik Prince [14] und seine privaten Sicherheitsfirmen, um die einst widerständige Bevölkerung von Port-au-Prince und Latibonit (einem weiteren Departement oder einer Provinz Haitis) zu vertreiben – stellt dies das jüngste und intensivste Kapitel des Krieges gegen das kubanische Volk dar. Kubaner sterben schweigend, während Vertreter der US-Regierung davon sprechen, Kuba „Freiheit“ zu bringen, und Vertreter der kubanischen Regierung Reden über Kubas „historischen Widerstand“ halten. Was ich seit 1995 in Kuba erlebt und miterlebt habe, stellt einen andauernden wirtschaftlichen Völkermord an einer wehrlosen, mundtot gemachten Bevölkerung dar.



C.J. Polychroniou ist Politikwissenschaftler und Politökonom, Autor und Journalist, der an zahlreichen Universitäten und Forschungszentren in Europa und den Vereinigten Staaten gelehrt und gearbeitet hat. Derzeit liegen seine Forschungsschwerpunkte in den Bereichen US-Politik und politische Ökonomie der Vereinigten Staaten, europäische Wirtschaftsintegration, Globalisierung, Klimawandel und Umweltökonomie sowie der Dekonstruktion des politisch-ökonomischen Projekts des Neoliberalismus. Er hat zahlreiche Bücher und über tausend Artikel veröffentlicht, die in einer Vielzahl von Fachzeitschriften, Magazinen, Zeitungen und populären Nachrichten-Websites erschienen sind. Seine neuesten Bücher sind „Optimism Over Despair: Noam Chomsky On Capitalism, Empire, and Social Change“ (2017); „Climate Crisis and the Global Green New Deal: The Political Economy of Saving the Planet“ (mit Noam Chomsky und Robert Pollin als Hauptautoren, 2020); „The Precipice: Neoliberalism, the Pandemic, and the Urgent Need for Radical Change“ (eine Anthologie von Interviews mit Noam Chomsky, 2021); sowie „Economics and the Left: Interviews with Progressive Economists“ (2021).

Eigenanzeige

Sie wollen selbst aktiv werden und zur Aufklärung beitragen?

Free21

Werden Sie Aktiv-Abonnent: 6x im Jahr erhalten Sie 10 Exemplare des Free21-Magazins für 10 Euro/Ausgabe* inklusive Versand innerhalb Deutschlands.** Unsere Bitte: Geben Sie die übrigen Exemplare weiter oder "vergessen" Sie sie beim Arzt, im Bus oder beim Einkaufen und verbreiten Sie dadurch unabhängigen Journalismus!



* Erscheint 2-mtl. – 6x im Jahr, 10 Euro pro Ausgabe in Deutschland. Kündbar zum Monatsende.
** Innerhalb der EU und Schweiz 5 Euro Versandpauschale – 15 Euro/Ausgabe.

Jetzt bestellen!
www.free21abo.de

Dieser Text wurde zuerst am 17.02.2026 auf www.e-ir.info unter der URL ‹https://www.e-ir.info/2026/02/17/trumps-vision-for-greenland-and-the-emerging-world-order/› veröffentlicht. Lizenz: Erdem Lamazhapov, E-International Relations, CC BY-NC-ND 4.0

Trumps Vision für **Grönland** und die entstehende Weltordnung



Grönland Umriss mit amerikanischer Flagge als Illustration. (Lizenz: Marco Verch, CC-BY 2.0)

Präsident Donald Trumps erneuter Vorstoß, Kalaallit Nunaat – auch bekannt als Grönland – zu erwerben, lässt sich nicht ausreichend durch die unmittelbaren Vorteile erklären, die der Besitz dieses Landes den Vereinigten Staaten bringen würde. Vielmehr lässt sich diese Krise besser im Rahmen des politischen Projekts der Trump-Regierung erklären, das darauf abzielt, die Identität der Vereinigten Staaten als Großmacht in einer sich herausbildenden, nicht mehr auf Regeln basierenden internationalen Ordnung neu zu definieren.

Autor: Erdem Lamazhapov



Erdem Lamazhapov ist Doktorand am Fridtjof-Nansen-Institut und an der Universität Oslo. Er hat Veröffentlichungen zu den Ursprüngen der chinesischen Arktispolitik verfasst und untersucht, wie sich Chinas Status als Großmacht und seine Ambitionen auf sein Engagement in der Arktis auswirken. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Beziehungen zwischen China und Russland, wobei sein besonderes Augenmerk der Arktis und damit verbundenen Themen wie der „Polar Silk Road“ gilt.

In seiner Rede in Davos bekräftigte US-Präsident Donald Trump erneut seinen Wunsch, Kalaallit Nunaat zu erwerben, und führte an, dass die USA eine „Großmacht“ seien, „viel größer als die Menschen überhaupt begreifen“ [1]. Trump betonte zudem, dass die USA Grönland bräuchten, da es ein „Teil Nordamerikas an der nördlichen Grenze der westlichen Hemisphäre“ sei, was ein „zentrales nationales Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten von Amerika“ darstelle. Trump bekräftigte dieselbe Sicherheitslogik, die bereits einige Monate zuvor in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung vom November 2025 dargelegt worden war, in der die gesamte westliche Hemisphäre unter einem „‚Trump-Korollar‘ zur Monroe-Doktrin“ (Weißes Haus 2025, 5) zum Einflussbereich der USA erklärt wurde. Nur wenige Wochen später griff die Trump-Regierung in Venezuela ein. Der Diskurs der Trump-Regierung über Einflusssphären ist kein Nebenerzeugnis, sondern der Motor des neu entdeckten Expansionismus der USA in der Arktis.

Dieser Artikel untersucht zunächst die Bedeutung Grönlands für die USA vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit des Landes und seines sich wandelnden politischen Status. Anschließend wird dargelegt, dass eng gefasste, rein instrumentelle Erklärungen, die sich auf Sicherheit, Ressourcen und den Einfluss Chinas bzw. Russlands beschränken, unzureichend sind. Stattdessen wird eine Interpretation von Trumps „Grönland-Kampagne“ als Projekt zum Aufbau eines Einflussbereichs und zur Stärkung der innenpolitischen Legitimität vorgestellt, wobei auf die Literatur der Inter-

Publiziert auf Free21 am 14.08.2026, 6:00 Uhr

nationalen Beziehungen zu internationalem Status und staatlicher Mythenbildung zurückgegriffen wird. Abschließend wird untersucht, was die sich entwickelnde Saga um Grönland für die Zukunft Grönlands und für die Zukunft der internationalen Ordnung bedeutet.



Donald J. Trump, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, spricht am dritten Tag von Davos 2026. (Lizenz: Image: World Economic Forum/Benedikt von Loebell, Creative Commons 4.0)

Grönlands koloniales Erbe und die Vereinigten Staaten

Kalaallit Nunaat, auch Grönland genannt, ist ein autonomes Land innerhalb des Königreichs Dänemark, das auf der größten Insel der Welt mit einer Fläche von ca. 2,2 Millionen km² (836.330 Quadratmeilen) liegt. Die Krise, die sich um Grönland entfaltet, ist untrennbar mit seiner kolonialen Vergangenheit und Gegenwart verbunden. Aus kolonialer Sicht liegt der Wert der Insel in ihrem Territorium und ihren Ressourcen: ihrer Weite, ihrer Kargheit und ihrer strategischen Lage zwischen dem nordamerikanischen und dem europäischen Kontinent. Dabei wird übersehen, dass das Land 57.000 Grönländer beheimatet, von denen die Mehrheit indigene Inuit sind. Paläo-Inuit-Bevölkerungsgruppen waren die ersten Menschen, die um 2500 v. Chr. nach Grönland kamen, während die Vorfahren der heutigen Inuit im 13. Jahrhundert auf die Insel gelangten. Wie der Rest der Arktis wurde auch Grönland von einer europäischen Macht kolonialisiert; in diesem Fall übernahm Dänemark im 18. Jahrhundert die Kontrolle.

Die Bestrebungen der USA in Bezug auf Grönland sind nicht neu. Als Teil des nordamerikanischen Kontinents fällt Grönland unter die Monroe-Doktrin, ein 1823 erstmals verkündetes amerikanisches Prinzip, wonach die USA es nicht dulden würden, dass europäische Mächte neue Kolonien in der westlichen Hemisphäre errichten. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Monroe-Doktrin als expansionistisches und ausgrenzendes Prinzip neu interpretiert, „das dazu diente, den amerikanischen Interventionismus und letztlich das Imperium zu rechtfertigen“, und ebnete damit den Weg für die Anerkennung der USA als Großmacht (Murray 2019, 147). Die ursprüngliche Formulierung von 1823 bezog sich nicht ausdrücklich auf die Arktis. Im 19. Jahrhundert träumte US-Außenminister Seward, der 1867 den Kauf Alaskas aushandelte, davon, Grönland und Island dem jungen amerikanischen Imperium einzuverleiben, und nahm Verhandlungen auf, um sie von Dänemark zu erwerben. Ein Bericht des Außenministeriums kam 1868 zu dem Schluss, dass die USA „Island und Grönland, vor allem aber Letzteres“ aus „politischen und wirtschaftlichen“ Gründen erwerben sollten [2]. Damals wie heute war die Notwendigkeit, Grönland zu erwerben, durch eine feindliche externe Großmacht motiviert: das Vereinigte Königreich.

Die Vereinigten Staaten spielten weiterhin mit dem Gedanken, Teile Grönlands nach dem Prinzip der faktischen Besetzung zu kolonisieren, erkannten jedoch schließlich 1916 die dänische Souveränität über Grönland an [3], nachdem die Vereinigten Staaten die Dänischen Westindischen Inseln (die Jungferninseln) erworben hatten. Nur wenige Tage nach der Besetzung Dänemarks durch Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg erwogen US-Senatoren erneut den Kauf der Insel, wobei radikalere Stimmen eine vollständige Annexion befürworteten – doch der Gedanke, dass die Vereinigten Staaten illegal militärische Gewalt anwenden würden, um ihre Grenzen in das bereits besetzte Dänemark hinein auszudehnen, stand außer Frage. Stattdessen besetzten die Vereinigten Staaten mit Genehmigung des dänischen Ministers Kauffmann die Insel zu Schutzzwecken, während sie sie als „dänische Kolonie“ anerkannten. Die USA gaben die Kontrolle über Grönland nach der Befreiung Dänemarks auf, doch amerikanische Stützpunkte blieben gemäß dem Grönland-Verteidigungsabkommen von 1951 auf der Insel bestehen, da die Insel durch die NATO faktisch Teil der Sicherheitsarchitektur der USA und Nordamerikas blieb.

Bei der Übernahme von Grönland geht es nicht um engstirnige materielle Interessen

Der erneute Anspruch der USA auf Grönland ist eher ein Versuch, einen Einflussbereich wiederherzustellen, als eine konventionelle territoriale Eroberung zum Zwecke der Errichtung von Militärstützpunkten oder der Sicherung von Ressourcen. Trumps „‚Corollary‘ zur Monroe-Doktrin“ fordert die „amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre“ und zielt darauf ab, „Konkurrenten außerhalb der Hemisphäre die Möglichkeit zu verwehren, Streitkräfte oder andere bedrohliche Kapazitäten zu stationieren oder strategisch wichtige Ressourcen zu besitzen oder zu kontrollieren“. Dies steht in scharfem Kontrast zur bisherigen US-Politik, die aktiv darauf abzielte, den russischen Bestrebungen nach einem Einflussbereich in Eurasien entgegenzuwirken (Ferguson und Hast 2018). Diese Veränderung ist nicht nur rhetorischer Natur; es handelt sich um einen normativen Anspruch, wonach die USA ein Recht auf exklusiven Einfluss in der westlichen Hemisphäre hätten. Wie Hedley Bull (2002) argumentierte, werden Einflusssphären nicht nur als Tatsache, sondern auch als Rechtsanspruch anerkannt: Die Tatsache, dass andere Länder eine Einflusssphäre anerkennen, bedeutet nicht, dass sie diese als legitim akzeptieren. Es war die Politik der USA, weder die Einflusssphären anderer Länder anzuerkennen noch ihre eigene Einflusssphäre explizit zu erklären. Vor der ersten Trump-Regierung (2017–2021) beobachteten die USA chinesische Investitionen in Panama gelassen und halfen 2013 sogar bei der Vermittlung der Aufnahme Chinas als Beobachterstaat in den Arktischen Rat [4]. Als Reaktion auf den Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014 erklärte Präsident Obama, dass „die Zeiten von Imperien und Einflusssphären vorbei sind“ und

dass „größere Nationen nicht die Möglichkeit haben dürfen, kleinere zu schikanieren oder ihren Willen mit Waffengewalt durchzusetzen“ [5]. Dies änderte sich bereits 2019, als Trump zum ersten Mal vorschlug, Grönland im Rahmen eines „großen Immobiliengeschäfts“ von Dänemark zu kaufen, mit der Begründung, dass „es strategisch gesehen für die Vereinigten Staaten schön wäre“ [6].

Erstens ist der Erwerb Grönlands in der von Präsident Trump vorgeschlagenen Form für die Stärkung der Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht erforderlich. Trotz Donald Trumps Beteuerungen, dass die USA das Eigentumsrecht an Grönland „aus Gründen der strategischen nationalen Sicherheit und der internationalen Sicherheit“ benötigen, stellt die Verteidigung Grönlands derzeit kein militärisches Problem dar. Die Lage Grönlands ist zwar strategisch wichtig, doch die USA würden durch den Erwerb des Landes keine neuen Vorteile erlangen. Grönland ist für die USA wichtig, um Aktivitäten im Weltraum und in der Luft (potenzielle Raketenstarts) sowie U-Boote und andere Aktivitäten auf See durch die GIUK-Lücke (Grönland-Island-Großbritannien) zu überwachen. Die USA können ihre Bedürfnisse jedoch bereits über die NATO decken. Grönland ist durch die NATO und das North American Aerospace Defense Command (NORAD) bereits tief in die nordamerikanische Sicherheitsarchitektur eingebunden. Es waren die USA selbst, die sich 2003 dafür entschieden haben, ihre Stützpunkte in Grönland zu schließen, und später im Jahr 2020 die Pituffik Space Base wiedereröffneten. Die derzeitige Regierung hat betont, dass ihr Interesse an Grönland mit dem Bau eines „Golden Dome“ zusammenhänge, doch was Überwachung und Landesverteidigung angeht, gibt es für die USA noch Spielraum, ihre Präsenz über bestehende Strukturen auszubauen. Trumps ehemaliger Vizepräsident Mike Pence fasste die Situation wie folgt zusammen [7]: „Grönland ist für uns und unsere nationale Sicherheit von enormer Bedeutung. Aber die Tatsache, dass wir dort bereits zwei Militärstützpunkte haben und die Möglichkeit, weitere Verhandlungen zu führen, reicht uns völlig aus, um diesen Bedarf zu decken.“

Zweitens sind die Ressourcen nicht der Grund für das Interesse der USA an Grönland. Viele spekulieren, dass Grönland für die USA wegen seiner reichen Bodenschätze, insbesondere der Seltenen Erden, wichtig ist. In einer Anhörung im Senat erklärte Ted Cruz [8]: „Wenn die USA Zugang zu den Ressourcen Grönlands erhielten, könnte dies unsere Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten, insbesondere von China, das derzeit praktisch ein Monopol auf dem Markt für Seltene Erden hat, erheblich verringern.“ Diese Motivation wurde von Trump selbst zurückgewiesen, der argumentierte, dass „man, um an diese Seltenen Erden zu gelangen, durch Hunderte von Metern Eis muss“ und dies „nicht der Grund ist, warum wir es brauchen“ [9]. Seltene Erden gelten in den USA tatsächlich als kritische Mineralien. China kontrolliert große Teile der Wertschöpfungskette für Seltene Erden. In Grönland sind zwei Vorkommen bekannt, beide in Südgrönland. Eines davon ist die Kvanefjeld-Lagerstätte, die auch Uran enthält. Im Jahr 2021 verabschiedete Grönland ein Gesetz, das den Uranabbau verbietet, da Bedenken hinsichtlich der Boden- und Wasserverschmutzung bestehen. Radioaktiver Abfall muss nachhaltig entsorgt werden, was sehr anspruchsvoll ist. Gleichzeitig ist dieses Seltene Erden Vorkommen eines der größten bekannten, mit einer relativ hohen Konzentration. Es gibt noch eine weitere, die sogenannte Kringlerne-Lagerstätte, die von einem US-gestützten Bergbauunternehmen, Tanbreez, kontrolliert wird. Das Kringlerne-Vorkommen ist nicht radioaktiv, und Tanbreez bereitet sich auf den Beginn des Abbaus vor.

Drittens wurde argumentiert, dass der Erwerb Grönlands es den USA ermöglichen würde, der strategischen Herausforderung zu begegnen, die China und Russland für die Vereinigten Staaten in der Arktis darstellen. Trump argumentiert, dass Grönland „unverteidigt an einem strategisch wichtigen Ort zwischen den Vereinigten Staaten, Russland und China“ liege. Darüber hinaus stützt sich das Argument auf Trumps Behauptung, dass sich russische und chinesische Schiffe „überall“ rund um Grönland befänden [10]. Eine Version dieses Arguments tauchte erstmals in einer Rede des damaligen Außenministers Mike Pompeo während einer Sitzung des Arktischen Rates auf [11] – zu einer Zeit, als es tatsächlich chinesische Vorschläge für eine Polare Seidenstraße gab. Die Polare Seidenstraße wurde jedoch nach Russlands großangelegter Invasion in der Ukraine auf Eis gelegt (Lamazhapov et al. 2023). Und das letzte Mal war im Jahr 2018 ein chinesischer Forschungs-Eisbrecher in der Nähe von Grönland im Einsatz. Darüber hinaus wurde berichtet, dass nordische Diplomaten mit NATO-Sicherheitsfreigabe bestreiten, dass es Anzeichen für russische oder chinesische Schiffe oder U-Boote rund um Grönland gab [12]. Ebenso wurden Berichte über russische und chinesische Schiffe in der Nähe von Grönland vom Kommandeur des dänischen Joint Arctic Command [13] sowie vom grönländischen Ministerpräsidenten Jens-Frederik Nielsen dementiert [14]. China hat zwar seine Präsenz in der Arktis ausgebaut, doch dreht sich ein Großteil davon um epistemische, nicht um physische Präsenz (Eiterjord 2024). Diese epistemische Präsenz konzentriert sich auf die Gewinnung wissenschaftlicher, kartografischer und rechtlicher Erkenntnisse über die Arktis, was China wiederum einen „fernen“ Zugang zu der Region ermöglicht (Bennett und Eiterjord 2023).

Die russische und chinesische Präsenz in Grönland entspricht der Definition dessen, was Snyder (1991, 80) als „strategische Mythen“ bezeichnete, also als „vielschichtige, vielköpfige“ Begründungen, die eine Expansion rechtfertigen und die oft „aufrichtig geglaubt“ werden, aber häufig auch mit einer Überbewertung von Bedrohungen und Vorteilen einhergehen. Der Mythos ist nicht die Präsenz Russlands und Chinas an sich oder gar die von ihnen ausgehende Bedrohung – der Mythos ist vielmehr, dass die einzige politische Antwort ein übertriebener Expansionsdrang sei, der die Bedrohungen und Vorteile überbewerte. Selbst wenn die USA die Souveränität über Grönland erlangen würden, würde die traditionell weit gefasste Auslegung der Freiheit der Schifffahrt nach dem Seerecht den USA kaum Spielraum lassen, die Präsenz von Schiffen anderer Staaten in den Gewässern um Grönland herum zu kontrollieren. Darüber hinaus sind alle Versuche verschiede-

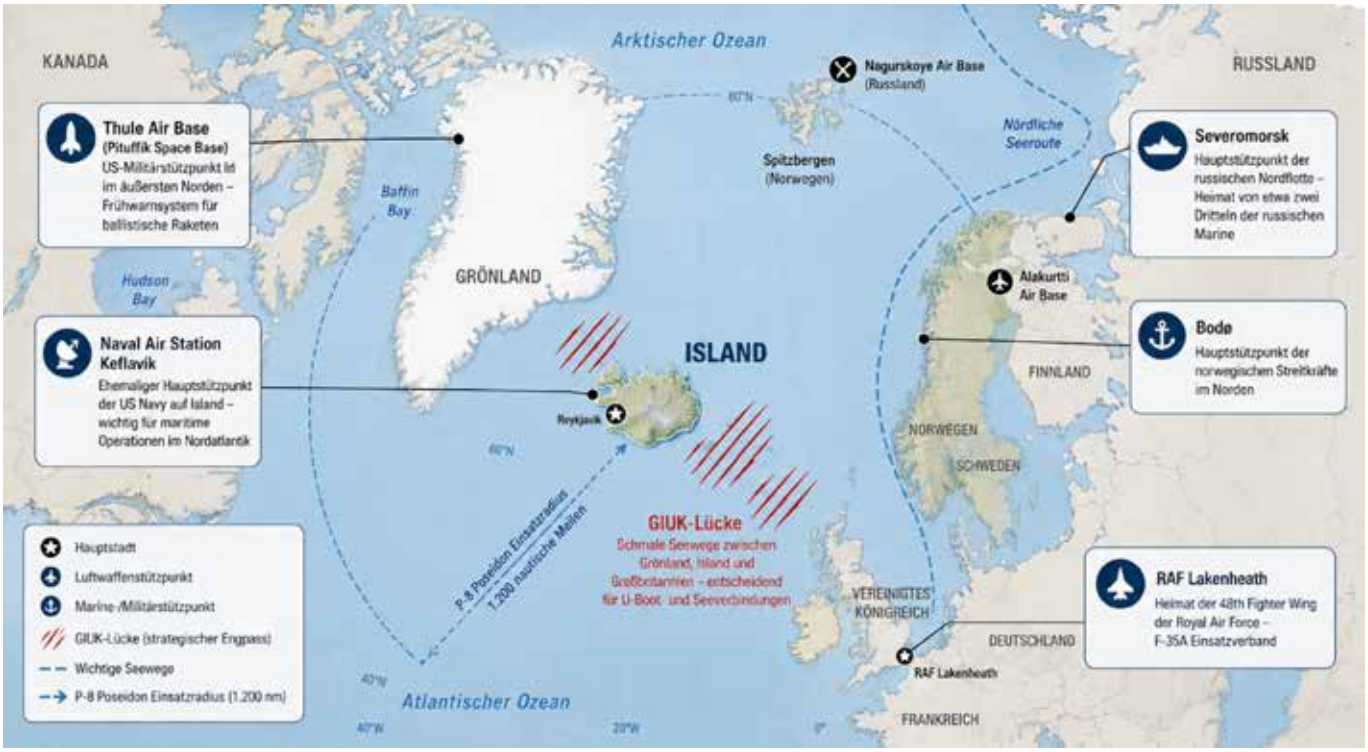
Publiziert auf Free21 am 14.08.2026, 6:00 Uhr

ner chinesischer Akteure, sich in Grönland zu etablieren, gescheitert. Chinesische Unternehmen, die in grönländische Minen investierten, sahen sich letztlich aufgrund von Bedenken seitens der USA, Dänemarks und Grönlands mit zahlreichen Hürden konfrontiert – was chinesische Investoren dazu veranlasste, sich zurückzuziehen oder von Investitionen in Grönland abzusehen (Andersson und Zeuthen 2024). Ebenso zog die China Communications Construction Company (CCCC) ihr Angebot für den Bau von Flughäfen in Grönland zurück, nachdem Kopenhagen erklärt hatte, dies könnte China Informationen über kritische Infrastruktur liefern, und sich bereit erklärte, den Bau der Flughäfen zu finanzieren (Shi und Lanteigne 2019).

Die Beringstraße stellt einen natürlichen Engpass für die Überwachung der chinesischen Machtprojektion in die Arktis dar. Wären die USA wirklich besorgt über die chinesische Präsenz in der Arktis, würde man sich intensiver mit den zunehmenden Aktivitäten Chinas und Russlands vor der Küste Alaskas auseinandersetzen. Beide Länder haben ihre gemeinsamen Manöver im Gebiet der Beringstraße verstärkt. Bereits die erste Trump-Regierung stellte Mittel für den Bau von Eisbrechern für die Küstenwache bereit, doch die USA haben diese nicht ausgeliefert. Nachdem die Trump-Regierung jedoch die Forschungsmittel gekürzt hatte, verlor die US-amerikanische National Science Foundation im Jahr 2025 tatsächlich den Mietvertrag für ihren einzigen Forschungs-Eisbrecher. In der Zwischenzeit führte China nördlich von Alaska seine größte Arktis-Expedition mit vier Forschungs-Eisbrechern durch. Ich habe bereits zuvor argumentiert, dass diese Expeditionen und sogar Militärübungen für China eine nach Status strebende Bedeutung haben (Lamazhapov 2025; Lamazhapov und Østhagen 2025). Wenn es bei der Grönland-Krise wirklich um strategische Bedenken ginge, wäre die Beringstraße der naheliegendste Ausgangspunkt. Um es klar zu sagen: Das Fehlen einer entschlosseneren Haltung in der Region der Beringstraße ist kein Beweis dafür, dass Sicherheitsbedenken irrelevant sind, aber die verhaltene Reaktion auf konkrete chinesisch-russische Aktivitäten in der Nähe von Alaska und die übertriebene Rhetorik rund um Grönland deuten darauf hin, dass die Insel einen besonderen symbolischen Platz in der geopolitischen Vorstellung der Regierung einnimmt.

Die gleiche Logik hinsichtlich der Eindämmung des chinesischen Einflusses gilt auch für Island. Abgesehen von vereinzelten Berichten von Thinktanks [15] wird derzeit kaum über Islands Rolle in den Verteidigungsstrategien der USA diskutiert. Tatsächlich pflegen China und Island eine wissenschaftliche Zusammenarbeit, und China betreibt dort sogar ein Forschungsobservatorium (Ingvarsdóttir und Hauksdóttir 2024). Die USA haben jedoch nicht die Annexion des Landes gefordert, obwohl es die gleiche Sicherheitslage wie Grönland aufweist. Stattdessen haben sich die USA für eine nüchterne Strategie einer fortgesetzten bilateralen Sicherheitspartnerschaft entschieden. Island wurde noch nicht in den Einflussbereich der USA einbezogen, und die USA haben keine Schritte unternommen, um die Souveränität über das Land zu erlangen.

Insgesamt leiden diese sicherheits- und ressourcenbasierten Erklärungen



Die strategische Lage von Grönland und Island. (Lizenz: erstellt mit ChatGPT)

unter einem Problem mangelnder Notwendigkeit: Sie können weder die Schärfe der Rhetorik der Regierung noch deren Beharren auf Eigentumsrechten im Gegensatz zu fortgesetztem Zugang erklären. Wenn die Sicherheitsinteressen der USA durch die bestehenden Vereinbarungen bereits gut gewahrt sind, wie lässt sich dann Trumps jüngstes Bestreben erklären, die Insel zu besitzen? Die Kampagne von 2025–2026 zur „Eroberung" Grönlands lässt sich am besten als ein Schritt interpretieren, der Einflusssphären als strukturierendes Element der Geografie wieder einführt und die amerikanische Identität in einer post-regelbasierten Ordnung neu definiert. Wie Murray (2019) argumentiert hat, geht es bei der Etablierung eines Einflussbereichs nicht nur um Sicherheitspolitik, sondern auch um den internationalen Status. Darüber hinaus unternehmen Staaten laut Pu Xiaoyu (2019, 27) oft große Anstrengungen in ihrem Streben nach internationalem Status und Prestige und sind bereit, materielle Kosten zu tragen, insbesondere aufgrund „eines innenpolitischen Kampfes um Legitimität". Anders ausgedrückt und wie Jack Snyder (1991, 20) feststellt: „Unter den Großmächten überwiegen bei den Kalkülen der nationalen Führer oft innenpolitische Zwänge gegenüber internationalen." Tatsächlich deutet Snyders Analyse darauf hin, dass „die innenpolitische Legitimitätskrise oft so gravierend ist, dass langfristige außenpolitische Konsequenzen außer Acht gelassen werden müssen".

Der symbolische Wert Grönlands für die USA

Snyder (1991) argumentierte, dass Großmächte sich immer wieder davon überzeugen, dass Sicherheit eine Expansion erfordere, und dass diese Überzeugung ein Mythos ist, der von der Innenpolitik geschaffen und aufrechterhalten wird, und keine objektive Notwendigkeit darstellt. Wie Snyder feststellt, „überwiegen innenpolitische Zwänge in den Kalkülen nationaler Führer oft die internationalen" (20) und „konkurrierende Bürokratien, militärische Fraktionen oder Interessengruppen" können durch Koalitionsgeschäfte eine expansionistische Politik hervorbringen, „die über das hinausgeht, was jede der Interessengruppen für sich allein angestrebt hätte" (41). Der Erfolg dieser Mythenbildung hängt davon ab, die Unterstützung wichtiger Koalitionspartner durch Zugeständnisse zu sichern, und abgesehen von Trumps eigener politischer Bewegung, „Make America Great Again" (MAGA), scheinen nicht viele andere politische Gruppen davon überzeugt zu sein. Der rhetorische Schwerpunkt lag daher auf dem, was ihnen der Besitz Grönlands bringen könnte: konzentrierte und nachhaltige Anstrengungen zur Bekämpfung Chinas für China-Falken [16], mehr Investitionen in die Verteidigung für den militärisch-industriellen Komplex [17], eine autarke Ressourcenbasis für Investoren [18] und sogar ein libertäres Technologiezentrum für das Silicon Valley [19].

Für MAGA ist die Wiederherstellung eines Einflussbereichs ein Schritt, der die Größe Amerikas unter Beweis stellen könnte. Der Besuch von Vizepräsident J.D. Vance in Grönland im April 2025 wurde in der „MAGA Minute" von der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, als „historisch" bezeichnet [20]. Trumps kompromisslose Haltung während der Verhandlungen ist eine direkte Reaktion auf die wahrgenommene Schwäche der USA unter den Regierungen Obama und Biden. Einige Republikaner kritisierten Obamas diplomatischen Ansatz als Zeichen von Schwäche und bezeichneten ihn als Obamas „Entschuldigungstour" [21]. Im Gegensatz dazu zielt Trumps politisches Image darauf ab, ein selbstbewusstes und entschlossenes Amerika zu vermitteln. Der Wunsch nach einer Stärkung des internationalen Status der USA und einer harten Außenpolitik ist unter den republikanischen Wählern nicht neu. Die Angst, schwach zu wirken, erklärt zum Teil, warum die Regierung bis Davos militärische Mittel zur Eroberung Grönlands nicht nur nicht ausschloss, sondern auch mit Vergeltungsmaßnahmen in Form von Zöllen gegen NATO-Verbündete drohte, sollten diese Truppen nach Grönland entsenden. Die US-Rhe-

Quellen:

[1] World Economic Forum, Donald J. Trump, „Davos 2026: Special Address by Donald J Trump, President of the United States of America", am 21.6.2026, *<https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-donald-trump-president-united-states-america/>*

[2] Hathi Trust, US State Department – Benjamin Mills Peirce (24.04.1868), „A report on the resources of Iceland and Greenland.", im Jahr 1868, *<https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=wu.89092544204&seq=13&q1=seward>*

[3] Office of the Historian, President of the United States of America, „Convention Between the United States and Denmark for the Cession of the Danish West Indies", 04.12.1917, *<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1917/d881>*

[4] The New York Times, Steven Lee Myers, „Arctic Council Adds 6 Nations as Observer States, Including China", am 15.05.2013, *<https://www.nytimes.com/2013/05/16/world/europe/arctic-council-adds-six-members-including-china.html>*

[5] The Guardian, Ian Traynor, „Obama and Merkel warn of tougher sanctions against Russia over Ukraine", am 04.06.2014, *<https://www.theguardian.com/world/2014/jun/04/obama-russia-dark-tactics-ukraine>*

[6] Trump White House, Donald J. Trump, „Remarks by President Trump Before Air Force One Departure", am 18.08.2019, *<https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-air-force-one-departure-12/>*

[7] Rev., CNN, „Mike Pence CNN Interview", am 06.05.2025, *<https://www.rev.com/transcripts/mike-pence-cnn-interview>*

[8] Congress, SENATE COMMITTEE ON COMMERCE, SCIENCE, AND TRANSPORTATION, „S.Hrg. 119-129 — NUUK AND CRANNY: LOOKING AT THE ARCTIC AND GREENLAND'S GEOSTRATEGIC IMPORTANCE TO U.S. INTERESTS", am 12.02.2025, *<https://www.congress.gov/event/119th-congress/senate-event/LC74590/text>*

[9] siehe [1]

[10] BBC, Sarah Smith, „Trump says US needs to 'own' Greenland to prevent Russia and China from taking it", am 09.01.2026, *<https://www.bbc.com/news/articles/c78vj5n7jg3o>*

[11] US Außenministerium, Michael R. Pompeo, „Looking North: Sharpening America's Arctic Focus", am 06.05.2019, *<https://2017-2021.state.gov/looking-north-sharpening-americas-arctic-focus/>*

[12] Financial Times, Richard Milne, „Nordic diplomats reject Donald Trump's claim of Chinese and Russian ships around Greenland", am 11.01.2026, *<https://www.ft.com/content/03b25686-bf20-470e-b8b3-06bc7f95cd62>*

Publiziert auf Free21 am 14.08.2026, 6:00 Uhr

torik ist ein Mittel zur Erzielung glaubwürdiger politischer Effekte, wobei das einzige glaubwürdige Maß für Souveränität die vollständige Unterordnung der NATO-Verbündeten ist.

In diesem Fall gibt es zahlreiche innenpolitische Anreize, die Größe Amerikas durch territoriale Expansion (über Grönland) zu demonstrieren, die rein rationale Abwägungen strategischer Notwendigkeit überwiegen. Insbesondere könnte eine Ausweitung des US-Territoriums Trumps Bedenken hinsichtlich seiner Legitimität tatsächlich zerstreuen. Trump gewann 2016 die Präsidentschaft, verlor jedoch die Volksabstimmung, was zu einer gewissen Unruhe rund um Trumps erste Amtszeit beitrug. Obwohl Trump 2024 die Volksabstimmung gewann, wurde seine Präsidentschaft durch das Erbe der Angriffe auf das Kapitol am 6. Januar überschattet. Zum Zeitpunkt seiner zweiten Amtseinführung lag Trumps Netto-Zustimmungsrate 11 Punkte unter der von Biden zum Zeitpunkt seiner Amtseinführung [22]. Die gesamte zweite Amtszeit war bislang von groß angelegten Protesten geprägt, wie den „No Kings"-Protesten und den Protesten gegen ICE. Darüber hinaus erlebte Trumps eigenes MAGA-Lager eine viel beachtete Spaltung [23].

Die Übernahme Grönlands könnte als Legitimitätsschub wirken, da sie starke Vorstellungen von Pioniergeist und Entdeckungsreisen weckt, die mit dem amerikanischen Exzeptionalismus verbunden sind. Donald Trump erklärte den 9. Oktober 2025 zum „Leif-Erikson-Tag" und feierte ihn als „den ersten Europäer, der jemals einen Fuß in die Neue Welt gesetzt hat", der über Grönland nach Amerika reiste, sowie als Vorfahren der „amerikanischen Geschichte – von den Pionieren, die den Wilden Westen erschlossen, bis zu den Apollo-11-Astronauten, die stolz die Stars and Stripes auf dem Mond hissten" [24]. Diese Wiederbelebung der amerikanischen Identität soll die innenpolitische Legitimität der Regierung stärken. Sie baut auf dem Diskurs des „Manifest Destiny" auf, um die Kontrolle über den nordamerikanischen Kontinent zu erlangen und die Grenze zu schließen. Wie Campbell (2008) schreibt: „Die Grenze ist ein mächtiges und wiederkehrendes Bild im amerikanischen politischen Diskurs", ja, „die Konstitution und Erneuerung der Identität des europäisch-amerikanischen Selbst wurde durch die Ausübung von Gewalt gegenüber dem indianischen Anderen ermöglicht". In diesem Drehbuch werden die Ansprüche der Inuit und Dänen zum Hintergrundrauschen einer im Wesentlichen US-amerikanischen Geschichte von Erkundung und Schicksal. In dieser Erzählung geht die Auslöschung der indigenen Souveränität mit dem Versprechen einer Erneuerung durch Herrschaft einher.

Auch wenn der Wunsch, eine Krise um Grönland heraufzubeschwören, möglicherweise durch das Bestreben der Trump-Regierung motiviert war, ihren internationalen Status und ihre Legitimität zu stärken, schließt dies nicht aus, dass Trump aufrichtig davon überzeugt ist, dass diese expansionistische Rhetorik der USA defensiver Natur ist. Tatsächlich ist es, wie Snyder (1991) feststellte, oft so, dass „staatliche Mythenmacher irgendwann an ihre eigene Propaganda glauben". Im Vordergrund des Vorstoßes zur Übernahme Grönlands stand die Sicherheitsinterpretation der USA hinsichtlich der chinesischen Bemühungen, in der Arktis Fuß zu fassen.

Kalaallit Nunaat wieder in den Mittelpunkt rücken

Die aktuelle Krise wird durch die zahlreichen Befürchtungen der USA verschärft, Grönland könnte sich dem Einflussbereich der USA entziehen. Kalaallit Nunaat ist kein passives Objekt des Wettstreits der Großmächte, sondern ein eigenständiger Akteur, und seit mehreren Jahrzehnten unternimmt Grönland schrittweise Schritte in Richtung Unabhängigkeit. Im Jahr 1953 wurde Grönland Teil des Königreichs Dänemark und erhielt eine Vertretung im dänischen Parlament. Dies hinderte den dänischen Staat jedoch nicht daran, seine Politik der Entmachtung der indigenen Bevölkerung fortzusetzen, einschließlich versuchter Experimente zur Zwangsassimilation von Inuit-Kindern und Verletzungen der reprodukti-

Quellen:

[13] Reuters, Jacob Gronholt-Pedersen und Janis Laizans, „Denmark's Arctic commander says focus is on Russia, not U.S., amid security concerns", am 16.01.2026, *<https://www.reuters.com/world/china/danish-general-says-there-are-no-chinese-or-russian-ships-near-greenland-2026-01-16/>*

[14] Berlingske, „Mette Frederiksen vil have Nato til at oprette styrkemål for Arktis", am 14.02.2026, *<https://www.berlingske.dk/internationalt/mette-frederiksen-vil-have-nato-til-at-oprette-styrkemaal-for-arktis>*

[15] The Heritage Foundation, Daniel Kochis und Brian Slattery, „Iceland: Outsized Importance for Transatlantic Security", am 21.06.2016, *<https://www.heritage.org/global-politics/report/iceland-outsized-importance-transatlantic-security>*

[16] The Hill, Filip Timotija, „Rubio on buying Greenland: 'This is not a joke'", am 30.01.2025, *<https://thehill.com/policy/international/5117893-marco-rubio-greenland-trump/>*

[17] RealClear Defense, Ryan. P. Burke, „Trump's Greenland Gambit Is a Masterclass in Statecraft", am 12.02.2025, *<https://www.realcleardefense.com/articles/2025/02/12/trumps_greenland_gambit_is_a_masterclass_in_statecraft_1090828.html>*

[18] Foreign Policy, Christina Lu, „Trump's Chaotic Agenda Has a Critical Through Line", am 26.02.2025, *<https://foreignpolicy.com/2025/02/26/trump-rare-earth-critical-mineral-resource-ukraine-greenland-canada/>*

[19] Reuters, Rachael Levy und Alexandra Ulmer, „Exclusive: Greenland 'Freedom City'? Rich donors push Trump for a tech hub up north", am 10.04.2025, *<https://www.reuters.com/world/europe/greenland-freedom-city-rich-donors-push-trump-tech-hub-up-north-2025-04-10/>*

ven Rechte indigener Kinder und Frauen. Diese schmerzhafte koloniale Vergangenheit bildet den Hintergrund für die Bestrebungen Grönlands nach voller Eigenstaatlichkeit. Die Grönländer erreichten 1979 erfolgreich die Selbstverwaltung. Grönland führte 1985 seine eigene Flagge ein. Im Jahr 2008 stimmte die Mehrheit der Grönländer für eine Ausweitung ihrer Selbstverwaltung, wodurch Kopenhagen gezwungen war, gemäß dem Selbstverwaltungsgesetz von 2009 die Zuständigkeit für alle Angelegenheiten außer Verteidigung und Außenpolitik an die grönländische Regierung zu übertragen. In Paragraf 21 des Gesetzes heißt es: „Die Entscheidung über die Unabhängigkeit Grönlands trifft das grönländische Volk." Tatsächlich haben aufeinanderfolgende grönländische Regierungen kleine, aber konsequente Schritte in Richtung Unabhängigkeit unternommen. So hat Grönland beispielsweise im Rahmen seiner Vorbereitungen auf die Unabhängigkeit eigene diplomatische Vertretungen in den wichtigsten diplomatischen Hauptstädten eingerichtet: Kopenhagen, Brüssel, Washington DC, Reykjavik und seit 2021 auch Peking. Den Grönländern ist es gelungen, die Interessen der USA und Chinas zu nutzen, um ihre Partner zu diversifizieren und ihre Verhandlungsposition gegenüber Kopenhagen zu stärken (Gad et al. 2018; Jacobsen 2020).

Die Lage, in der sich Grönland heute befindet, schränkt jedoch seinen Handlungsspielraum ein. In seiner Rede vor dem Kongress im Jahr 2025 wandte sich Trump an die Grönländer mit den Worten [25]: „Wir unterstützen nachdrücklich euer Recht, über eure eigene Zukunft zu entscheiden, und wenn ihr euch dafür entscheidet, heißen wir euch in den Vereinigten Staaten von Amerika willkommen … So oder so, wir werden es bekommen." Der Wunsch der USA, der Unabhängigkeit Grönlands zuvorzukommen, stellt Grönland im Wesentlichen vor die Wahl, entweder eine Assoziierung mit den USA freiwillig zu akzeptieren – wie auch immer diese aussehen mag – oder in dieser Angelegenheit überhaupt kein Mitspracherecht zu haben. Dies entspricht voll und ganz der Lehrbuchdefinition eines Einflussbereichs, der Trumps Vision einer post-regelbasierten Ordnung zu untermauern scheint, zu der auch exklusive Governance-Institutionen in Club-Manier wie der Friedensrat gehören.

Ich habe dargelegt, dass das Bestreben der Trump-Regierung, Kalaallit Nunaat zu „erobern", nicht durch konkrete Sicherheits- oder Ressourcenbedürfnisse motiviert ist, sondern vielmehr durch die Überzeugung, dass die Insel naturgemäß in den Einflussbereich der Vereinigten Staaten fallen sollte. Das soll nicht heißen, dass Grönland für die Sicherheit der USA unwichtig ist. Grönland ist in der Tat wichtig für die Sicherheitsbedürfnisse der USA, und diese werden durch bestehende Vereinbarungen weitgehend abgedeckt.

Allgemeiner betrachtet signalisiert diese Episode einen tiefergreifenden Wandel der internationalen Ordnung. Die liberale internationale Ordnung, die trotz all ihrer zahlreichen Mängel vom Geist der Zusammenarbeit getragen war, scheint sich ihrem Ende zu nähern. Die Vereinigten Staaten waren einst Hüter und Bereitsteller öffentlicher Güter und brachten den USA, dem übrigen Westen und Ländern wie China relativen Wohlstand, das eine Phase des „Friedens und der Entwicklung" genoss, die seinen Aufstieg ermöglichte. In der arktischen Geopolitik war diese kurze Phase als „Arktischer Exzeptionalismus" bekannt, was betonte, dass die Arktis trotz Meinungsverschiedenheiten in anderen Bereichen über starke und stabile Grundlagen für eine fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA verfügte. Wie Snyder (1991, 1) argumentierte, haben Großmächte eine „auffällige Neigung zu selbstverschuldeten Wunden", und die USA haben bereits erhebliche Reputationskosten erlitten. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die neue, nicht mehr auf Regeln basierende Weltordnung nur für kleine Nationen wie Kalaallit Nunaat eine Gefahr darstellen wird.

Quellen:

[20] The White House, „MAGA Minute, April 4, 2025", am ,04.04.2025, <*https://www.whitehouse.gov/videos/maga-minute-april-4-2025/*>

[21] The Wall Street Journal, Karl Rove, „The President's Apology Tour", am 23.04.2009, <*https://www.wsj.com/articles/SB124044156269345357*>

[22] Economist, „418 days into Donald Trump's term", am 14.03.2026, <*https://www.economist.com/interactive/trump-approval-tracker*>

[23] The New York Times, Robert Draper, „'I Was Just So Naïve': Inside Marjorie Taylor Greene's Break With Trump", am 29.12.2025, <*https://www.nytimes.com/2025/12/29/magazine/marjorie-taylor-greene-trump-maga-split.html*>

[24] The White House, THE PRESIDENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA, „Leif Erikson Day, 2025", am 09.10.2025, <*https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/10/leif-erikson-day-2025/*>

[25] Rev, PBS News, „Donald Trump Speaks to Congress", am 05.03.2025, <*https://www.rev.com/transcripts/donald-trump-speaks-to-congress*>

Publiziert auf Free21 am 14.08.2026, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 23.06.2026 auf www.truthout.org unter der URL ‹https://truthout.org/articles/the-fight-against-ai-data-centers-is-the-newest-frontier-of-global-class-warfare/› veröffentlicht. Lizenz: William I. Robinson, Truthout, CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild: evertonpestana, Pixabay Content License

Die neueste Front im **globalen Klassenkampf:**

Der Kampf gegen **KI-Rechenzentren**

KI vertieft die weltweiten Akkumulationsnetzwerke und läutet damit neue Klassen- und Machtverhältnisse ein.

Autor: William I. Robinson



William I. Robinson ist ein renommierter Professor für Soziologie an der University of California in Santa Barbara. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „Epochal Crisis: The Exhaustion of Global Capitalism“ (2026) ‹https://www.cambridge.org/core/books/epochal-crisis/A82A62362E386CB3F1F09073D4DB4344

Das unerbittliche Bestreben der „Big Tech“-Konzerne, den Bau von Rechenzentren auf alle Kontinente auszuweiten, hat eine wachsende Bewegung [1] des massiven Widerstands ausgelöst [2]. Von den Vereinigten Staaten bis nach Irland, von Chile bis nach Malaysia protestieren Graswurzelbewegungen gegen Wasserknappheit, explodierende Stromrechnungen, Luftverschmutzung und Lärmbelästigung sowie Umweltzerstörung. Hinter dem Boom der Rechenzentren steht die Revolution der künstlichen Intelligenz (KI). Der Kapital- und Energiebedarf für das Training von KI-Modellen und die Bereitstellung von Rechenleistung schießen in die Höhe. Die massive Zunahme der Rechenleistung erfordert wiederum enorme Mengen an Strom sowie Wasser zur Kühlung der Computer. Dieser Tsunami-artige Wandel im Energiebedarf hat zu einem weltweiten Landraub um Flächen für den Bau von Rechenzentren, um Energiequellen zur Versorgung dieser Zentren sowie um Seltene Erden und andere kritische Mineralien geführt, die für KI-Technologien benötigt werden.

Der Boom bei Rechenzentren hat keinen Kontinent verschont. Neue Hyperscaler-Rechenzentren kosten mehr als 100 Milliarden US-Dollar [3], verbrauchen mehr als ein Gigawatt – was der Leistung eines durchschnittlichen Kernkraftwerks entspricht – und erstrecken sich über Tausende von Hektar. China und die Vereinigten Staaten verzeichnen das schnellste Wachstum bei Rechenzentren, und Investitionen fließen sowohl aus diesen beiden Ländern als auch aus Europa in neue Regionen. Südostasien erlebt einen beispiellosen Rechenzentren-Boom [4] mit wichtigen Knotenpunkten in Malaysia, Thailand, Vietnam, den Philippinen, Indonesien

und Singapur. Lateinamerika verzeichnet eine eigene Expansion, die der in Südostasien in nichts nachsteht [5], mit Knotenpunkten in Mexiko, Brasilien, Chile, Kolumbien und Peru, wobei Unterseekabel diese Knotenpunkte mit globalen Netzwerken verbinden.

Afrika erlebt einen ähnlichen Bauboom [6], wobei Südafrika, Kenia, Nigeria und Marokko als wichtige Zentren fungieren. Im Nahen Osten schießen Rechenzentren wie Pilze aus dem Boden, angetrieben durch die Verfügbarkeit günstiger Grundstücke, reichlich vorhandener fossiler Brennstoffe und Milliarden von investierbaren Dollar aus Staatsfonds. Saudi-Arabiens 40-Milliarden-Dollar-Fonds machte das Land im Jahr 2024 zum größten Investor weltweit im Bereich KI [7]. Sowohl Saudi-Arabien als auch die Vereinigten Arabischen Emirate kündigten in jenem Jahr an, Investitionspläne in Höhe von 100 Milliarden Dollar für Rechenzentren, Forscher und andere KI-Projekte auf den Weg zu bringen [8]. Mit den Worten von OpenAI-CEO Sam Altman [9]: „Ich gehe davon aus, dass im Laufe der Zeit ein Großteil der Welt mit Rechenzentren übersät sein wird."

Ein im US-Bundesstaat Utah [10] im Bau befindliches Rechenzentrum vermittelt einen Eindruck von den gigantischen Ausmaßen dieser Mega-Investitionen. Nach seiner Fertigstellung wird es eine Fläche einnehmen, die doppelt so groß ist wie die Insel Manhattan, mehr Strom verbrauchen als der gesamte Bundesstaat Utah und in der von Dürre geplagten Region enorme Mengen an Wasser verschlingen. Ein aktueller Bericht der Vereinten Nationen prognostiziert, dass die weltweite KI-Entwicklung bis 2030 jährlich 945 Terawattstunden Strom und 9,3 Billionen Liter Wasser verbrauchen wird [11] – das entspricht dem Wasserbedarf von 1,3 Milliarden Menschen – und damit die Wasserknappheit und Dürren weiter zu verschärfen droht. In den Vereinigten Staaten sollen etwa zwei Drittel der geplanten Rechenzentren an Orten errichtet werden, die im vergangenen Jahr zu den trockensten des Landes gehörten [12]. Von 809 geplanten Rechenzentren befinden sich 517 an Standorten, an denen im vergangenen Jahr Dürre herrschte.

Pax Silica und der KI-Kapital-Komplex

KI vertieft weltweit die Netzwerke der Akkumulation, schafft neue Klassen- und Machtverhältnisse und verspricht, weltweit transformative Auswirkungen zu haben. Sie entwickelt sich rasch zu einer Allzwecktechnologie – das heißt, dass sie sich, ähnlich wie Elektrizität oder das Internet, in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ausbreitet und in alles integriert wird. Nahezu 100 Prozent des US-Wirtschaftswachstums im Jahr 2025 stammten aus Investitionen in digitale Technologien [13]. Um einen Eindruck vom kometenhaften Aufstieg KI-gesteuerter Technologien bis in den Kern der Weltwirtschaft zu vermitteln: Die bereinigten jährlichen privaten Anlageinvestitionen in diese Technologien stiegen allein in den Vereinigten Staaten von 17 Milliarden US-Dollar im Jahr 1970 auf 65 Milliarden US-Dollar im Jahr 1980, auf 175 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990, 496 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000, überstiegen im Jahr 2020 die Marke von 800 Milliarden US-Dollar und erreichten dann Anfang 2026 1,5 Billionen US-Dollar [14]. Weltweit wurden die KI-Ausgaben für das Jahr 2026 auf insgesamt 2,5 Billionen US-Dollar prognostiziert, was einem Anstieg von 44 Prozent gegenüber 2025 entspricht. Um dies in Relation zu setzen: Der Ausbau der KI-Infrastruktur im Jahr 2025 machte fast drei Prozent des gesamten globalen BIP aus.

Auch weltweit nimmt der Einsatz von KI rasant zu. Im Jahr 2024 gaben 78 Prozent der vom „Human-Centered Artificial Intelligence Center" der Stanford Universität befragten Organisationen an, KI zu nutzen [15] – im Vergleich zu 55 Prozent nur ein Jahr zuvor (der Anteil derjenigen, die generative KI einsetzen, stieg im gleichen Zeitraum von 33 auf 71 Prozent). China verzeichnete von 2023 bis 2024 mit 27 Prozent die höchste Wachstumsrate beim Einsatz von KI. Diese wachsende Abhängigkeit von KI beschränkt sich nicht auf die Kernländer des weltweiten kapitalistischen Systems. Die Zahl von 78 Prozent gilt weltweit. In der Region Asien-Pazifik lag der Wert bei 72 Prozent, in Europa bei 80 Prozent, in Nordame-

Quellen:

[1] (05.05.2026): „Violent Threats and Data Center Resistance Accelerate". The Soufan Center. *<https://thesoufancenter.org/intelbrief-2026-may-5/>*

[2] Paul Mozur, Adam Satariano und Emiliano Rodríguez Mega (20.10.2025): „From Mexico to Ireland, Fury Mounts Over a Global A.I. Frenzy". The New York Times. *<https://www.nytimes.com/2025/10/20/technology/ai-data-center-backlash-mexico-ireland.html>*

[3] Nicole Greenfield (20.03.2026): „AI Data Centers: Big Tech's Impact on Electric Bills, Water, and More". Consumer Reports. *<https://www.consumerreports.org/data-centers/ai-data-centers-impact-on-electric-bills-water-and-more-a1040338678/>*

[4] Angelica Ang (26.03.2026): „Southeast Asia could become a booming AI market if its data centers can beat the heat". yahoo!. *<https://finance.yahoo.com/sectors/technology/articles/southeast-asia-could-become-booming-210000833.html>*

[5] John Anderson, Juan F. Ruenes Rosales (11.03.2026): „Mexico and Brazil lead Latin America's data center boom amid US policy shake-ups". White & Case LLP. *<https://www.whitecase.com/insight-our-thinking/latin-america-focus-2025/mexico-brazil-latam-data-center-boom>*

[6] McKinsey Direct (24.11.2025): „Building data centers for Africa's unique market dynamics". McKinsey & Company. *<https://www.mckinsey.com/industries/technology-media-and-telecommunications/our-insights/building-data-centers-for-africas-unique-market-dynamics>*

[7] Maureen Farrell and Rob Copeland (19.03.2024): „Saudi Arabia Plans $40 Billion Push Into Artificial Intelligence". The New York Times. *<https://www.nytimes.com/2024/03/19/business/saudi-arabia-investment-artificial-intelligence.html>*

Publiziert auf Free21 am 18.08.2026, 6:00 Uhr

rika bei 82 Prozent, in China bei 75 Prozent und in den vom Stanford-Bericht als „Entwicklungsmärkte“ bezeichneten Regionen – darunter Indien, der Nahe Osten und Nordafrika sowie Mittel- und Südamerika – bei 77 Prozent.

Die neuen KI-gesteuerten Technologien prägen das gesamte Spektrum menschlicher Interaktionen. Viele Unternehmen, Staaten, politische und militärische Institutionen, Schulen und Krankenhäuser sind mittlerweile auf diese Technologien angewiesen, um funktionieren zu können. Diese Abhängigkeit unserer globalen Wirtschaft und Gesellschaft von diesen Technologien verleiht den großen Technologiekonzernen sowie den Milliardären, Finanziers und Kriegsherren, die diese kontrollieren, enorme strukturelle Macht über Staaten und Völker. Ein massiver Ausbau von Rechenzentren, um den Rechenbedarf der KI zu decken, unterstützt diesen entstehenden KI-Kapital-Machtblock. Diese neue herrschende Klasse formiert sich zu einem dreieckigen Block des transnationalen Kapitals [16], der die riesigen Tech-Unternehmen, das transnationale Finanzkapital und den militärisch-industriellen Repressionskomplex vereint – anders ausgedrückt:

Der Block vereint Silicon Valley, die Wall Street und das Pentagon.

Die KI-Revolution hat die Klassenmacht der transnationalen Kapitalistenklasse über die globale Arbeiterklasse sowie ihre strukturelle Macht über die kapitalistischen Staaten erheblich gestärkt. In seiner Abschiedsrede an die Nation am 14. Januar 2025 warnte der scheidende US-Präsident Joe Biden vor einem „Tech-Industriekomplex“ und vor einer neuen „Oligarchie, die sich durch die gefährliche Machtkonzentration in den Händen einiger weniger ultrareicher Menschen herausbildet“ [17] – eine Warnung, die an die berühmte Abschiedsrede von Präsident Dwight Eisenhower aus dem Jahr 1961 über die Gefahren des „unzulässigen Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes“ anknüpfte.

Das US-Außenministerium hat die neue KI-Ordnung als „Pax Silica“ bezeichnet [18]. „Wenn das 20. Jahrhundert von Öl und Stahl angetrieben wurde, dann wird das 21. Jahrhundert von Rechenleistung und den Mineralien angetrieben, die diese versorgen“, erklärte der US-Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, Jacob Helberg, im Dezember 2025. Pax Silica beinhaltet den Aufbau „globaler Lieferketten“, die „historische Chancen und eine enorme Nachfrage nach Energie, kritischen Mineralien, Fertigungskapazitäten, technologischer Hardware, Infrastruktur und noch nicht erfundenen neuen Märkten“ vorantreiben sollen. Im ersten Jahr ihrer zweiten Amtszeit leitete die Trump-Regierung eine umfassende Deregulierung im Bereich KI ein und versprach, einen massiven Ausbau von Rechenzentren voranzutreiben [19].

Quellen:

[8] Oliver Milman (13.05.2026): „‘Irresponsible’: backlash as Utah approves datacenter twice the size of Manhattan“. The Guardian. *<https://www.theguardian.com/us-news/2026/may/13/utah-approves-datacenter-backlash>*

[9] Stephen Witt (27.10.2025): „Inside the Data Centers That Train A.I. and Drain the Electrical Grid“. The New Yorker. *<https://archive.is/6vInK>*

[10] siehe [8]

[11] United Nations University Institute for Water, Environment and Health (2026): „ENVIRONMENTAL COST OF AI'S ENERGY USE “. Storagehub. *<https://storagehub.homnya.net/cmsimage/2026/06/unu-inweh-report-the_env_cost_of_ai-2026.pdf>*

[12] Andrew Witherspoon (08.06.2026): „Majority of US's new AI datacenters to be built on drought-hit land“. The Guardian. *<https://www.theguardian.com/us-news/2026/jun/08/datacenter-ai-drought-water>*

[13] Nick Lichtenberg (07.10.2025): „Without data centers, GDP growth was 0.1% in the first half of 2025, Harvard economist says“. Fortune. *<https://fortune.com/2025/10/07/data-centers-gdp-growth-zero-first-half-2025-jason-furman-harvard-economist/>*

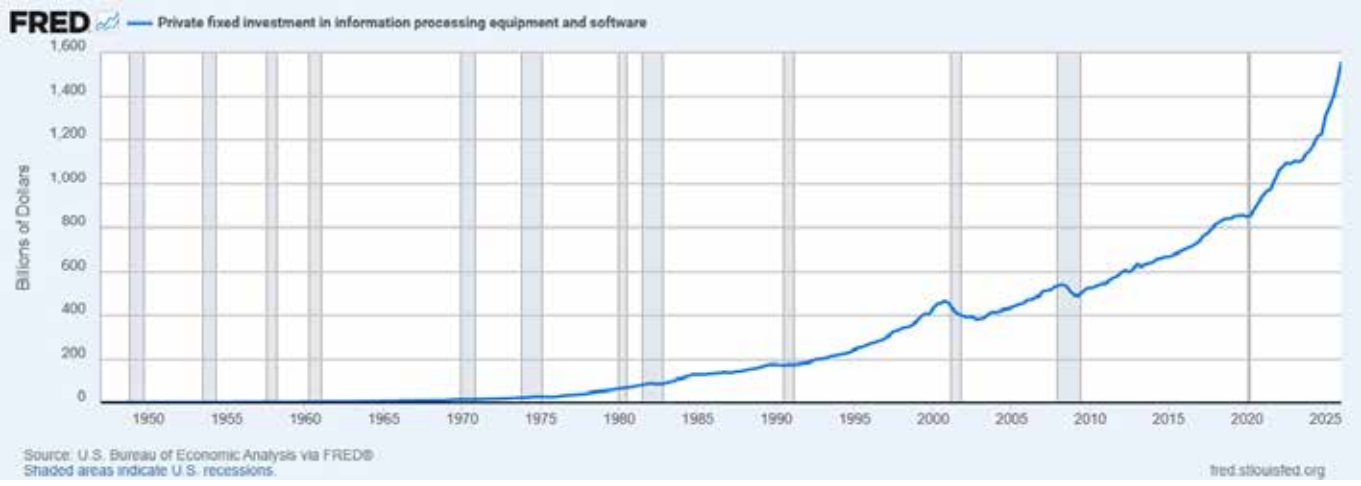
[14] U.S. Bureau of Economic Analysis (30.06.2026): „Private fixed investment in information processing equipment and software“. FRED – Federal Reserve Bank of St. Louis. *<https://fred.stlouisfed.org/series/A679RC1Q027SBEA>*

[15] Njenga Kariuk (Unbekannt): „Artificial Intelligence Index Report 2025 – CHAPTER 4: Economy“. Stanford. *<https://hai.stanford.edu/assets/files/hai_ai-index-report-2025_chapter4_final.pdf>*

[16] William I. Robinson (16.03.2026): „The New Capital Complex: Pax Silica and the Embryonic Fascist State“. The Philosophical Salon. *<https://thephilosophicalsalon.com/the-new-capital-complex-pax-silica-and-the-embryonic-fascist-state/>*

[17] Steve Holland, Kanishka Singh (16.01.2025): „Biden takes aim at 'tech industrial complex,' echoing Eisenhower“. Reuters. *<https://www.reuters.com/world/us/biden-raises-alarm-about-dangerous-concentration-power-among-few-wealthy-people-2025-01-16/>*

[18] Jacob Helberg, Under Secretary for Economic Affairs: „Pax Silica “. U.S. Department of State. *<https://www.state.gov/pax-silica>*



U.S. Bureau of Economic Analysis, Private fixed investment in information processing equipment and software [A679RC1Q027SBEA], retrieved from FRED, Federal Reserve Bank of St. Louis; https://fred.stlouisfed.org/series/A679RC1Q027SBEA, July 27, 2026.

Quellen:

[19] Executive Order 14365 (11.12.2025): „Ensuring a National Policy Framework for Artificial Intelligence“. The White House. *<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/12/eliminating-state-law-obstruction-of-national-artificial-intelligence-policy/>*

[20] More Perfect Union (08.05.2026): „I Tracked Down the Hidden Workers Secretly Powering ChatGPT“. YouTube. *<https://www.youtube.com/watch?v=aooiDA-AsNo>*

[21] William I Robinson (20.08.2020): „The Global Police State “. Amazon. *<https://www.amazon.com/Global-Police-State-William-Robinson-ebook/dp/B08GQ7S2B5>*

[22] William I Robinson (01.10.2026): „Pax Silica: The New Ruling Class “. Amazon. *<https://www.amazon.com/Pax-Silica-New-Ruling-Class/dp/1963892429>*

[23] CBS (17.03.2019): „Ireland Is Quickly Becoming The Silicon Valley Of Europe“. CBS News. *<https://www.cbsnews.com/sanfrancisco/news/ireland-is-quickly-becoming-the-silicon-valley-of-europe/>*

[24] Annika Burgess (14.06.2026): „Locals affected by Ireland's AI data centre boom share 'cautionary tales'“. ABC. *<https://www.abc.net.au/news/2026-06-15/ai-data-centre-energy-impact-ireland-cautionary-tale/106758928>*

[25] Dr. Seán Fearon (21.05.2026): „The cost of data centre growth in Ireland“. Friends of the Earth. *<https://www.friendsoftheearth.ie/publications/the-cost-of-data-centre-growth-in-ireland/>*

[26] (27.05.2026): „The cost of data centre growth in Ireland: Households paid an estimated €715 million more in electricity bills“. Friends of the Earth. *<https://www.friendsoftheearth.ie/news/the-cost-of-data-centre-growth-in-ireland-households-paid-an-estimated-715-million-more-in-electrici/>*

[27] siehe [2]

[28] Associated Press (17.09.2024): „Google halts plan for $200 million data center in Chile amid concerns over AI-driven power demands“. CBS News. *<https://www.cbsnews.com/sanfrancisco/news/google-ai-artificial-intelligence-data-center-chile/>*

[29] The New Arab (13.06.2026): „Netherlands: Activists occupy Microsoft site“. Facebook. *<https://www.facebook.com/watch/?v=1950441285599036>*

[30] Ram Anand and Ishika Mookerjee (07.02.2026): „Malaysia Draws First Data Center Protest Over Pollution, Water“. Bloomberg. *<https://www.bloomberg.com/news/articles/2026-02-07/malaysia-draws-first-data-center-protest-over-pollution-water>*

[31] Thomas Morgan (29.05.2026): „What the fight over London data centre plans tells us about the AI backlash“. ABC. *<https://www.abc.net.au/news/2026-05-29/data-centre-protests-debate-concerns-energy-use/106565284>*

[32] Naiara Galarraga Gortázar (03.12.2025): „The Anacé Indigenous people are protesting TikTok's construction of the largest data center in Brazil“. EL PAÍS. *<https://english.elpais.com/international/women-leaders-of-latin-america/2025-12-03/the-anace-indigenous-people-are-protesting-tiktoks-construction-of-the-largest-data-center-in-brazil.html>*

[33] Jeffrey M. Jones (13.05.2026): „Americans Oppose AI Data Centers in Their Area“. Gallup. *<https://news.gallup.com/poll/709772/americans-oppose-data-centers-area.aspx>*

Angeführt vom neuen hegemonialen Kapitalkomplex hat die transnationale Kapitalistenklasse weltweit eine räuberische, digital getriebene Expansionswelle entfesselt, die sich auf extremere Formen der extraktivistischen Akkumulation verlagert, während sie sich Land, Energie und Bodenschätze aneignet, um den Bedarf der KI-Technologie und der Rechenzentren zu decken. Das ist das große Gesamtbild hinter dem globalen Strudel – von Venezuela bis zum Iran, von den Bürgerkriegen im Kongo und im Sudan über Washingtons Zugriff auf Grönland bis hin zum ICE-Terror in US-amerikanischen Städten.

KI in den Händen der transnationalen Kapitalistenklasse ist ein Instrument des Klassenkampfs gegen die globale Arbeiterklasse und die breiten Volksschichten. KI beschleunigt den Prozess, durch den Arbeit durch algorithmische Umstrukturierung des Arbeitsprozesses und vollständige Automatisierung dequalifiziert, prekarisiert und verdrängt wird. Die Kehrseite, der dadurch ausgelösten „Arbeitsplatzapokalypse“ ist die Entwürdigung und Verelendung derjenigen Arbeitnehmer, die noch benötigt werden – einschließlich der Datenarbeiter selbst, die zu Wanderarbeitern degradiert werden. Ein Bericht machte die Arbeiter ausfindig, die hinter dem beliebten KI-Chatbot „ChatGPT“ von OpenAI standen. Dabei stellte sich heraus, dass die Löhne so miserabel waren, dass sich einige von ihnen keine Wohnung leisten konnten und obdachlos waren [20].

Kriegsführung, soziale Kontrolle und Unterdrückung werden ebenfalls digitalisiert und automatisiert [21]. Globale KI-Lieferketten erstrecken sich über alle Bereiche, von der Mineralgewinnung über die Fertigung bis hin zum Betrieb von Rechenzentren. Jeder Schritt auf diesem Weg ist mit der Vertreibung von Kommunen, der Ausbeutung von Arbeitskräften und der Unterdrückung von Widerstand verbunden. Die großen Technologiekonzerne haben versucht, sich in Militär- und Sicherheitsbehörden auf der ganzen Welt zu verankern. Der KI-Staat ist ein Kriegsstaat mit erweiterten Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten [22]. Der gesamte Schwerpunkt der Kapitalinvestitionen und der weltweiten Kapitalakkumulation verlagert sich hin zu einer fortschrittlichen, KI-getriebenen Militarisierung.

Gemeinden wehren sich gegen die Ausbreitung von Rechenzentren

So betrachtet stellt der weltweit eskalierende Widerstand gegen den Boom beim Bau von Rechenzentren einen Kampf der Arbeiterklasse von unten dar. Als „Silicon Valley Europas“ [23] hat Irland wegen seiner wachsenden Massenbewegung gegen die Invasion der Rechenzentren weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das Land verfügt über eine der größten Anhäufungen von Rechenzentren weltweit. Allein in Dublin verbrauchen Dutzende von Rechenzentren mehr Strom als alle städtischen Haushalte des Landes zusammen und machen mittlerweile über 20 Prozent der Stromversorgung des Landes aus [24]. Ein Bericht von *Friends of the Earth* ergab, dass Rechenzentren in Irland stark auf fossile Brennstoffe angewiesen sind [25], die Energiepreise in die Höhe treiben und die Stromrechnungen der Haushalte in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich um fast 740 Dollar steigen werden [26].

In Mexiko berichten Anwohner in der Nähe eines Microsoft-Rechenzentrums, dass seit der Inbetriebnahme der Anlage im Jahr 2024 Stromausfälle häufiger geworden sind und Wasserausfälle wochenlang andauern können, was Schulen und Krankenhäuser beeinträchtigt [27]. In Chile haben Aktivisten im Jahr 2024 die Expansionspläne von Google verhindert [28]. In den Niederlanden haben Proteste in diesem Monat den Zugang zu einer Baustelle für die geplante Microsoft-Anlage blockiert [29]. In Malaysia haben Bürger im Bundesstaat Johor die erste Protestaktion gegen ein Rechenzentrum im Land gestartet [30] und Entschädigungen für Staub- und Lärmbelästigung gefordert. Ähnliche Proteste fanden im Vereinigten Königreich [31], in Brasilien [32], Spanien, Australien und in den gesamten Vereinigten Staaten statt, während sich eine globa-

Publiziert auf Free21 am 18.08.2026, 6:00 Uhr

le Bewegung formiert, um den milliardenschweren Tech-Oligarchen Einhalt zu gebieten.

In den Vereinigten Staaten lehnen 7 von 10 Menschen die Ansiedlung von Rechenzentren in ihren Gemeinden ab [33]. Diese Gegenreaktion hat bis Juni 2026 zu über 100 Moratorien für den Neubau von Rechenzentren auf lokaler, Kreis-, Landes- und nationaler Ebene geführt [34]. Bei Abschlussfeiern an US-amerikanischen Universitäten buhen Absolventen ihre Festredner mittlerweile aus, sobald diese das Thema KI ansprechen [35]. Im Mai 2026 startete eine Gruppe führender Aktivisten, Journalisten, Wissenschaftler und Forscher die „AI Resist List“ [36], eine öffentlich zugängliche globale Datenbank, die den Widerstand gegen die Machtübernahme durch das KI-Kapital dokumentiert. Die herrschende Klasse nimmt dies zur Kenntnis. Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass Polizeibehörden [37] und andere staatliche Sicherheits- und Geheimdienste Kritiker von Rechenzentren überwachen [38] und sogar Vorbereitungen treffen, um sie strafrechtlich zu verfolgen [39].

Staatliches Eigentum und die Zukunft der KI

Im März legten Senator Bernie Sanders und die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez den „AI Data Center Moratorium Act“ vor [40], einen Gesetzentwurf, der eine „angemessene Pause“ bei der Entwicklung von KI vorsehen würde, „um die Sicherheit der Menschheit zu gewährleisten“. Sanders forderte zudem, dass die Öffentlichkeit einen Anteil von 50 Prozent an KI-Unternehmen übernehmen solle [41]. Im Juni traf Sanders den OpenAI-CEO Sam Altman, auf dessen Wunsch hin, um den Vorschlag des Senators zu erörtern. Altman stimmte zu, dass es ein gewisses Maß an öffentlicher Beteiligung geben sollte, machte jedoch deutlich, dass er Sanders’ Schwellenwert von 50 Prozent nicht unterstütze, da dies den Technologieunternehmen die Kontrollanteile entziehen würde.

Allerdings können solche Formen staatlicher Beteiligung je nach Art der Regelung sowohl als Mechanismus zur Subventionierung des Kapitals dienen als auch dessen Handlungsspielraum einschränken. Bislang hat der Staat in den privaten Sektor weniger zur Regulierung als vielmehr zur Steuerung und Stützung der Entwicklung der digital gestützten Akkumulation und der Kriegswirtschaft eingegriffen, was darauf hindeutet, dass die sich abzeichnende Weltordnung der „Pax Silica“ bestimmte Formen des Staatskapitalismus erfordert.

Anfang 2026 stellte die US-Regierung zunächst 10 Milliarden US-Dollar für den Erwerb von Beteiligungen an privaten Unternehmen aus dem KI-Kapitalkomplex bereit, darunter unter anderem den Halbleiterhersteller Intel, das Rüstungsunternehmen L3Harris Missile Solutions sowie die Seltenerd-Bergbauunternehmen MP Materials und USA Rare Earth. Darüber hinaus erließ das Weiße Haus eine Verfügung zur „Wiederbelebung der industriellen Verteidigungsbasis“ [43], die private Auftragnehmer der Bundesregierung dazu verpflichtet, nachzuweisen, dass sie „die Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte“ priorisieren. Ein Gesetz des Senats hat diese Verordnung später gesetzlich verankert und verlangt von den Auftragnehmern die Vorlage „qualifizierter Verteidigungsinvestitionspläne [44]“. Ob öffentliches KI-Eigentum in den Vereinigten Staaten dazu dienen wird, die Macht des Kapitals zu stärken oder das Kapital dazu zu zwingen, stärker auf die Interessen der Arbeiterklasse einzugehen, hängt davon ab, wie sich die zunehmenden Klassen- und Volkskämpfe entwickeln.

Quellen:

[34] „US Data Center Moratorium Tracker — 2026“. Interconnected Capital. *<https://www.interconnectedcapital.com/research/data-center-moratoriums>*

[35] Michelle Goldberg (18.05.2026): „The Generation That Grew Up With A.I. Hates It“. The New York Times. *<https://www.nytimes.com/2026/05/18/opinion/ai-boo-commencement-speeches.html>*

[36] The AI Resist List. *<https://airesistlist.org/>*

[37] Matt Sledge, Sam Biddle (01.06.2026): „Philly Cops Admit That They’re Tracking “First Amendment Activity” Critical of AI“. The Intercept. *<https://theintercept.com/2026/06/01/ai-data-center-protest-police-surveillance/?utm_medium=email&utm_source=The+Intercept+Newsletter>*

[38] Daniel Boguslaw (26.05.2026): „US Law Enforcement Warns of ‘Anti-Tech Extremism’ as AI Hatred Grows“. Wired. *<https://www.wired.com/story/us-law-enforcement-warns-of-anti-tech-extremism/>*

[39] Dan Boguslaw, Ken Klippenstein (28.05.2026): „Congress's CIA Eyes AI Data Center Critics“. Ken Klippenstein. *<https://www.kenklippenstein.com/p/exclusive-new-intel-agency-eyes-ai>*

[40] (25.03.2026): „NEWS: Sanders, Ocasio-Cortez Announce AI Data Center Moratorium Act“. Bernie Sanders. *<https://www.sanders.senate.gov/press-releases/news-sanders-ocasio-cortez-announce-ai-data-center-moratorium-act/>*

[41] Bernie Sanders (01.06.2026): „Bernie Sanders: A.I. Is a Public Resource. You Should Own Half of It.“. The New York Times. *<https://www.nytimes.com/2026/06/01/opinion/artificial-intelligence-bernie-sanders.html>*

[42] Joey Cappelletti, Seung Min Kim (06.06.2026): „Trump, Bernie Sanders and Sam Altman agree on public ownership in AI“. Acossiated Press. *<https://apnews.com/article/sam-altman-ai-bernie-sanders-trump-public-ownership-772224f9cd138eb79d3ef3336858a5d5>*

[43] Executive Order 14372 (07.01.2026): „Prioritizing the Warfighter in Defense Contracting“. The White House. *<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2026/01/prioritizing-the-warfighter-in-defense-contracting/>*

[44] Anastasia Obis (15.06.2026): „SASC moves to codify Trump’s EO targeting defense stock buybacks“. Federal News network. *<https://federalnewsnetwork.com/congress/2026/06/sasc-moves-to-codify-trumps-eo-targeting-defense-stock-buybacks/>*

Dieser Text wurde zuerst am 25.06.2026 auf www.thetricontinental.org unter der URL ‹https://thetricontinental.org/newsletterissue/brain-capture/› veröffentlicht. Lizenz: Vijay Prashad, Tricontinental: Institute for Social Research, CC BY-NC-ND 4.0



Grafik: Mohamed Hassan, PxHere, CCo

Vom „Brain Capture“ zur intellektuellen **Souveränität**

Der 26. Newsletter (2026)

Seit den 1990er Jahren prägt eine unsichtbare intellektuelle Architektur das, was als legitimes wirtschaftliches Denken gilt, und schränkt die Debatte so stark ein, dass es den Anschein hat, als gäbe es keine Alternativen. Diese „Vereinnahmung des Gehirns“ rückgängig zu machen, ist eine dringende Aufgabe.

Autor: Vijay Prashad



ist ein indischer Historiker und Journalist. Er ist der Autor von vierzig Büchern, darunter „Washington Bullets“, „Red Star Over the Third World“, „The Darker Nations: A People's History of the Third World“, „The Poorer Nations: A Possible History of the Global South“ und „The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan, and the Fragility of U.S. Power“ (2022), geschrieben mit Noam Chomsky. Vijay ist geschäftsführender Direktor von Tricontinental: Institute for Social Research, Chefkorrespondent von Globetrotter und Chefredakteur von LeftWord Books (Neu-Delhi). Er spielte auch in den Filmen Shadow World (2016) und Two Meetings (2017) mit.

Liebe Freunde,

Grüße aus der Redaktion von Tricontinental: Institute for Social Research [1].

Vor zwei Jahrzehnten war ich mit dem malawischen Ökonom Thandika Mkandawire (1940–2020) in Südafrika. Wir sprachen über seine Generation von Wissenschaftlern, die während der nationalen Befreiungsbewegungen erwachsen wurden. Wir dachten dabei an Persönlichkeiten wie den ägyptischen Ökonom Samir Amin (1931–2018), die brasilianischen Ökonomen Ruy Mauro Marini (1932–1997) und Vânia Bambirra (1940–2015), den pakistanischen Politikwissenschaftler Eqbal Ahmad (1934–1999), den südafrikanischen Anthropologen Archie Mafeje (1936–2007) und den nigerianischen Politikwissenschaftler Claude Ake (1939–1996). Diese Wissenschaftler und andere wie sie hatten erkannt, dass Befreiung die Fähigkeit erforderte, unabhängig über die Gesellschaft und ihre Entwicklung nachzudenken. Sie schufen Institutionen, um dieses Ziel zu fördern: Universitäten, Forschungsinstitute, Verlage und – vor allem – Planungskommissionen. Ihr Vorhaben verlief uneinheitlich und blieb unvollendet, war aber unverzichtbar. Thandika und ich beklagten die Rückschläge, mit denen diese Generation von Wissenschaftlern zu kämpfen hatte. „Es ist uns nicht gelungen, eine nachhaltige Dynamik zu schaffen“, sagte er mir in Durban (eine Einschätzung, die er in seinem Buch *African Intellectuals* [2], 2005, zum Ausdruck brachte).

Die Schuldenkrise der 1980er Jahre und der Zerfall der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre haben die globale intellektuelle Landschaft verändert. Das

Publiziert auf Free21 am 20.08.2026, 6:00 Uhr

Ergebnis war nicht nur die Ausweitung neoliberaler Wirtschaftspolitiken, die unter dem Begriff „Washingtoner-Konsens“ zusammengefasst werden, sondern etwas Tiefgreifenderes: die Vereinnahmung des intellektuellen Lebens selbst. Wir könnten dieses Phänomen als „Brain Capture“ bezeichnen. Dieses Konzept unterscheidet sich von der kolonialen Herrschaft über Territorien. Es erfordert weder Armeen noch Gouverneure. Es wirkt durch Institutionen, Anreize, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und die schrittweise Verinnerlichung von Annahmen. Sein Erfolg lässt sich daran messen, inwieweit Intellektuelle im Globalen Süden ihre eigenen Gesellschaften zunehmend durch Denkmodelle betrachten, die anderswo entwickelt wurden und den Interessen des globalen Kapitals entsprechen.

Der Kolonialismus war stets darauf ausgerichtet, das Bewusstsein zu prägen. Kolonialverwalter behaupteten häufig, den kolonialisierten Völkern fehle die Fähigkeit zur Selbstverwaltung, weshalb sie auf Führung von außen angewiesen seien. Das koloniale Bildungssystem bildete lokale Eliten aus, die die Kolonialherrschaft verwalten sollten, während sie deren zugrunde liegende Annahmen akzeptierten. Doch die antikolonialen Bewegungen stellten dieses Erbe in Frage. Denker aus dem gesamten Globalen Süden betonten, dass Wissen aus ihren eigenen historischen Erfahrungen entstehen könne. Sie diskutierten die Mechanismen der Agrarreform und der Industrialisierung aus Perspektiven, die in den Realitäten ihrer Gesellschaften verwurzelt waren. Diese Ideen setzten sie in den staatlichen Projekten der neuen postkolonialen Nationen um.

In den 1990er Jahren änderte sich jedoch alles, als der neoliberale Kapitalismus als Endziel der Geschichte präsentiert wurde. Der Diskurs über Entwicklung verlagerte sich auf Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Markteffizienz, Investitionsklima, Haushaltsdisziplin, Inflationsziel und Deregulierung. Dieser intellektuelle Wandel wurde durch ein mächtiges internationales Ökosystem verstärkt, zu dem der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, bedeutende US-amerikanische und europäische Universitäten, Beratungsunternehmen (angeführt von McKinsey & Company), Ratingagenturen und private Stiftungen gehörten. Finanzielle Mittel, Stipendien, Forschungszuschüsse, Forschungsstipendien, berufliche Chancen und politischer Einfluss flossen zunehmend denen zu, die sich das vorherrschende Paradigma zu eigen machten.

Die Bedeutung dieses Netzwerks lässt sich empirisch belegen. Zwischen 1980 und 2000 wurden fast drei Viertel der leitenden Beamten des IWF an Universitäten in den USA und Großbritannien ausgebildet [3]. Das intellektuelle Zentrum der einflussreichsten Finanzinstitution der Welt konzentrierte sich auf einen engen geografischen und ideologischen Raum. Diese Konzentration war kein Zufall: Sie spiegelte einen umfassenderen Prozess wider, durch den die Autorität im wirtschaftlichen Denken zunehmend von nordatlantischen Institutionen monopolisiert wurde.

Gleichzeitig baute der IWF seine Fortbildungsprogramme für Beamte aus dem Globalen Süden drastisch aus. Tausende Beamte, Zentralbanker, Finanzbeamte und Wirtschaftsplaner durchliefen Programme, die auf gemeinsamen Annahmen hinsichtlich makroökonomischer Steuerung, Finanzpolitik und Marktreformen basierten. Diese Programme wurden als eher technischer als ideologischer Natur dargestellt. Doch technische Fortbildung bringt immer auch Annahmen darüber mit sich, welche Fragen von Bedeutung sind, welche Ziele erstrebenswert sind und welche politischen Maßnahmen als legitim gelten. Das Ergebnis war nicht nur die Verbreitung politischer Empfehlungen, sondern die Schaffung eines gemeinsamen intellektuellen Rahmens – worüber Thandika und ich Anfang der 2000er Jahre nachdachten.

Was die „Brain Capture“-Strategie so wirksam machte, war, dass sie als gesunder Menschenverstand erschien und nicht als Zwang empfunden wurde. Die Annahmen der neoliberalen Wirtschaftstheorie wurden zunehmend als objektive Wahrheiten angesehen, und die Debatten in dieser Zeit verengten sich derart, dass jegliche Alternativen als veraltet, unrealistisch oder unverantwortlich angesehen wurden. In weiten Teilen des Globalen Südens entstand eine neue Art politischer Entscheidungsträger. In Lateinamerika begannen Wissenschaftler vom Aufstieg des *„Technopol“* [4] zu sprechen – jenem technisch ausgebildeten Ökonom, der fachliche Kompetenz mit politischer Autorität verband. Ähnliche Persönlichkeiten tauchten in ganz Afrika [5] und Asien auf. Ihre Bildungswege verliefen oft nach einem gemeinsamen Muster: Bachelor-Studium im Heimatland, Master-Studium in den Vereinigten Staaten oder Europa, Berufserfahrung bei internationalen Finanzinstitutionen und schließlich die Rückkehr in den Staatsdienst ihrer Heimatländer.

Beispiele gibt es zuhauf. Die Nigerianerin Ngozi Okonjo-Iweala studierte in Harvard und am MIT, bevor sie bei der Weltbank Karriere machte und schließlich Finanzministerin wurde. Der Inder Manmohan Singh studierte in Cambridge und Oxford, bevor er wichtige wirtschaftliche Ämter bekleidete (unter anderem als Finanzminister, der den Liberalisierungsprozess des Landes vorantrieb) und später Premierminister wurde. Der Brasilianer Pedro Malan schloss sein Promotionsstudium an der University of California in Berkeley ab, bevor er in einer entscheidenden Phase der Marktreformen als Finanzminister fungierte. Ähnliche Lebensläufe finden sich in den gesamten Entwicklungsländern. Die Bedeutung dieser Persönlichkeiten liegt nicht in ihren individuellen politischen Positionen, sondern in der Tatsache, dass sie aus einem gemeinsamen transnationalen intellektuellen Umfeld hervorgegangen sind.

Die Weltbank, der IWF, Eliteuniversitäten, Entwicklungsorganisationen und globale Beratungsunternehmen fungierten zunehmend als ein einziger Karriereweg. Die Ökonomen, die zwischen diesen Institutionen wechselten, teilten Methoden, Konzepte, berufliche Normen und politische Annahmen. Es entstand eine epistemische Gemeinschaft, deren Mitglieder sich zwar oft in Details uneinig waren, aber ein gemeinsames Bekenntnis zu Haushaltsdisziplin, Liberalisierung, Deregulierung und marktorientierter Entwicklung teilten. Die Folgen waren tiefgreifend. In vielen Ländern löste sich das intellektuelle Leben von den Erfahrungen

der Bevölkerung. Ökonomen feierten das Wachstum, während Arbeitslosigkeit und Ungleichheit zunahmen. Haushaltsziele wurden gelobt, während sich die öffentlichen Dienstleistungen verschlechterten. Ausländische Investitionen wurden begrüßt, während die inländischen Produktionskapazitäten schwächer wurden. Die Sprache der makroökonomischen Stabilität überschattete häufig die Realitäten sozialer Instabilität.

Die vielleicht bedeutendste Auswirkung des „Brain Captures" war der Verlust des Vertrauens. Frühere Generationen antikolonialer Denker glaubten, dass aus den Erfahrungen des Globalen Südens neue Ideen entstehen könnten. Sie verstanden, dass sich die historischen Bedingungen von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschieden und dass Politik an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden musste. Im Gegensatz dazu förderte die neoliberale Ära oft intellektuelle Abhängigkeit und Konformität. Die Rolle des lokalen Experten bestand weniger darin, neues Wissen zu generieren, als vielmehr darin, von außen vorgegebene Rahmenbedingungen in nationale Politik zu übersetzen.

Anzeichen für diesen Wandel lassen sich nicht nur in den Institutionen, sondern auch in der Sprache selbst finden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedienten sich politische Entscheidungsträger im gesamten Globalen Süden zunehmend eines gemeinsamen Vokabulars: Haushaltsdisziplin, Investorenvertrauen, Wettbewerbsfähigkeit, Inflationsziel, Strukturreformen, Geschäftsklima und Markteffizienz. Diese Begriffe waren keine neutralen Beschreibungen. Sie spiegelten Prioritäten wider, die sich aus spezifischen historischen Erfahrungen und institutionellen Rahmenbedingungen ergaben. Dennoch wurden sie zunehmend als universelle Standards behandelt, die unabhängig vom Kontext auf alle Gesellschaften anwendbar waren.

„Brain Capture" bedeutet nicht, dass alle Ideen, die aus dem Norden stammen, ungültig sind, und es bedeutet auch nicht, dass der intellektuelle Austausch abgelehnt werden sollte. Das menschliche Wissen schreitet durch den Dialog zwischen Gesellschaften und Kulturen voran.

Das Problem ist nicht der Austausch, sondern die Hierarchie. Das Problem entsteht, wenn eine Gruppe von Institutionen eine derart überwältigende Autorität erlangt, dass alternative Sichtweisen an den Rand gedrängt werden, bevor sie sich entfalten können.

Die Aufgabe besteht heute nicht darin, sich in eine kognitive Autarkie zurückzuziehen, sondern die intellektuelle Souveränität zurückzugewinnen – ein Slogan, der Mitte der 2000er Jahre unter progressiven Studierenden in Indien populär war. Die Länder des Globalen Südens brauchen das Selbstvertrauen, ausgehend von ihren eigenen Realitäten zu denken und gleichzeitig mit der Welt in Verbindung zu bleiben. Das bedeutet, Institutionen wiederaufzubauen, die in der Lage sind, unabhängige Forschung zu betreiben. Es bedeutet, öffentliche Universitäten zu stärken, lokale Verlage zu unterstützen, intellektuelle Süd-Süd-Netzwerke auszubauen und Debatten zu fördern, die von den konkreten Erfahrungen der Mehrheit ausgehen und nicht von den Annahmen und Interessen der Finanzmärkte.

Die antikoloniale Generation – Thandikas Generation – hat verstanden, dass Befreiung damit beginnt, die Realität aus der eigenen Erfahrung heraus benennen zu können. Diese Erkenntnis ist auch heute noch relevant. Der Kampf um die Zukunft [6] ist nicht nur ein Wettstreit um Ressourcen, Institutionen und Macht. Es ist auch ein Wettstreit um Ideen. Die Schaltzentralen des wirtschaftlichen Denkens (Eliteuniversitäten, internationale Finanzinstitutionen, Ratingagenturen, Politikberatungsunternehmen und Entwicklungsorganisationen) konzentrieren sich nach wie vor auf ein kleines nordatlantisches intellektuelles Ökosystem. Um diese „Gehirnvereinnahmung" umzukehren, bedarf es daher mehr als nur einer Änderung der Politik. Es müssen neue Zentren intellektueller Autorität geschaffen werden, die in der Lage sind, Konzepte, Theorien und Strategien aus den Erfahrungen und Bestrebungen der Völker des Globalen Südens zu entwickeln. Kein Emanzipationsprojekt kann gelingen, wenn die Köpfe, die für seine Konzeption verantwortlich sind, bereits gekapert wurden.

In seinem dreiteiligen Gedicht „Apolitische Intellektuelle" warnte uns der guatemaltekische Revolutionär und Dichter Otto René Castillo (1934–1967), dass der neoliberale Intellektuelle kein unpolitischer Technokrat sei. Er verfasste dieses Gedicht Anfang 1965, zwei Jahre bevor er vom guatemaltekischen Militär ermordet wurde.



Der guatemaltekische Revolutionär und Dichter Otto René Castillo (1934–1967). (Foto: Ministerio de Cultura y Deportes de Guatemala)

Publiziert auf Free21 am 20.08.2026, 6:00 Uhr

I
Eines Tages
werden die unpolitischen
Intellektuellen
meines Landes
von den Bescheidensten
unseres Volkes
befragt werden.
Man wird sie fragen,
was sie getan haben,
als
ihre Heimat langsam
erlosch,
wie ein sanftes Feuer,
klein und einsam.
Niemand wird sie
nach ihren Anzügen fragen,
oder nach ihren langen
Siestas
nach dem Mittagessen,
oder nach ihren sterilen
Kämpfen gegen das Nichts,
noch nach
ihrer ontologischen
Art,
Geld zu verdienen.
Sie werden nicht befragt werden
nach der griechischen Mythologie,
oder nach dem Selbstekel, den sie
empfanden,
als jemand tief im Inneren
das Schicksal akzeptierte, den Tod eines Feiglings zu sterben.
Man wird sie nicht fragen
nach ihren absurden
Rechtfertigungen,
die im Schatten
einer totalen Lüge entstanden sind.

II
An jenem Tag
werden die einfachen Menschen kommen.
Diejenigen, die keinen Platz hatten
in den Büchern und Gedichten
der unpolitischen Intellektuellen,
die ihnen jedoch jeden Tag
ihr Brot und ihre Milch,
ihre Eier und Tortillas brachten,
die ihre Kleidung flickten,
die ihre Autos fuhren,
die sich um ihre Hunde kümmerten und ihre Gärten pflegten,
die für sie arbeiteten,
und sie werden fragen:
„Was habt ihr getan, als die Armen
litten, als ihnen die Zärtlichkeit und das Leben
ausgehaucht wurden?“

III
Apolitische Intellektuelle
meines geliebten Landes,
ihr werdet nichts zu sagen haben.
Ein Geier des Schweigens
wird euer Innerstes verschlingen.
Euer eigenes Elend
wird an eurer Seele nagen.
Und ihr werdet schweigen,
euch eurer selbst schämen.

Mit freundlichen Grüßen,
Vijay

Quellen:

[1] Tricontinental: Institute for Social Research. *<https://thetricontinental.org/>*

[2] Thandika Mkandawire (2005): „African Intellectuals: Rethinking Politics, Language, Gender and Development“. Codesria. *<https://publication.codesria.org/index.php/pub/catalog/book/235>*

[3] Alexander E. Kentikelenis, Leonard Seabrooke et. al. American Sociological Association (06.09.2017): „The Politics of World Polity: Script-writing in International Organizations“. Sage Journals Home. *<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0003122417728241>*

[4] Kenneth Maxwell (01.07.1997): „Technopols: Freeing Politics and Markets in Latin America in the 1990s“. Foreignaffairs. *<https://www.foreignaffairs.com/reviews/capsule-review/1997-07-01/technopols-freeing-politics-and-markets-latin-america-1990s>*

[5] James M. Boughton (05.03.2012): „Tearing Down Walls – The International Monetary Fund 1990-1999 “. IMF eLibrary. *<https://www.elibrary.imf.org/display/book/9781616350840/9781616350840.xml>*

[6] Dossier Nr.100 (05.05.2026): „The Future“. Tricontinental: Institute for Social Research. *<https://thetricontinental.org/dossier-the-future/>*

Wir suchen noch ehrenamtliche Verstärkung für das Free21-Team:

Alle Artikel von Free21 werden als hochwertiges, druckfähiges PDF gestaltet. Dafür benötigen wir Eure Unterstützung.



Free21 Layouter/in

Wir freuen uns über engagierte Free21-Layouter/innen mit Adobe Indesign. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk, dass uns dabei hilft, ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium zu bleiben. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam viel erreichen!

Wenn ihr uns ehrenamtlich unterstützen möchtet, schreibt bitte an: **redaktion@free21-magazin.de**

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Tobias Augenbraun, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die obenstehenden Hinweise habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

IBAN

BIC

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE19 ZZZ 0000 2868 596

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)

Abschicken an: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim



Sie sind unser Vertrieb!

Info an die Abonnenten

Überweisungen bitte in Zukunft auf folgendes Konto entrichten:

Tobias Augenbraun
DE27513500250205102263
SKGIDE5FXXX
Sparkasse Gießen

Verwendungszweck: Free21Abo #Abo-Nr.

Zur Info: Die im Verwendungszweck anzugebende Abonummer ist eine Zahl höher, als Ihre ursprüngliche Bestellnummer, wie sie in unserer Bestellbestätigungsemail steht.

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause



Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Abo Free21

free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).
Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.
Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim (Gläubiger-ID: DE19ZZZ00002868596) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.
Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

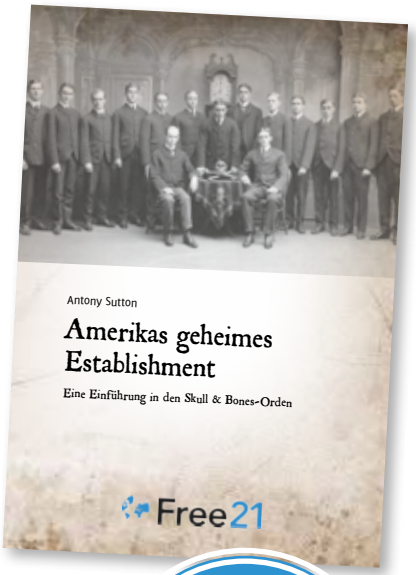
Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).



Amerikas geheimes Establishment

Dieses Buch beendete die erfolgreiche akademische Karriere des Wirtschaftshistorikers Antony Sutton (1925–2002). Nicht weil es voller Fehler war. Im Gegenteil. Sutton war gewarnt worden, dass er eine Veröffentlichung „nicht überleben würde."

Anonym wurden ihm die Mitgliederlisten des einflussreichen Geheimbundes „Skull and Bones" an der Yale Universität zugespielt. Damit sprang ihm das Bild einer Organisation ins Auge, die über mehrere Generationen hinweg die wichtigsten Entscheidungen der USA gesteuert oder zumindest mitgesteuert hat und dabei das Prinzip „Teile und Herrsche" perfektionierte.



Free21 veröffentlicht seine umfassende Recherche inkl. Kopien historischer Dokumente des Ordens in einer neu überarbeiteten Übersetzung von Axel B.C. Krauss.

Buch + ePUB-Version: 19,90€
ePUB zum Download: 14,99€

Hier bestellen: free21abo.de

Jetzt NEU: 2. Auflage

Free Doğru!



Nein zu EU-Sanktionen

Der Fall des deutschen Journalisten Hüseyin Doğru, zeigt die Unmenschlichkeit von EU-Sanktionen.

Er war als Journalist tätig und hat keine Straftat begangen. Trotzdem wurde er von der EU sanktioniert, wegen angeblicher Nähe zu Russland. Der eigentliche Grund: Er begleitete Pro-Palästinensische Proteste journalistisch.

Das gesperrte Bankkonto seiner Frau wurde wieder freigegeben. Dafür sperrte man nun das Konto der Mutter. Wurde die Sippenhaft wieder eingeführt? Hilfe zu leisten wird zur Straftat. Es droht die Obdachlosigkeit. Den Kindern droht Hunger.

Wir sagen: **Schluss mit den EU-Sanktionen!**

Solidarisieren Sie sich mit Hüseyin Doğru und seiner Familie. Wir brauchen wieder zivilen Ungehorsam.

Zeigen Sie dem EU-Regime, was Sie von ihm halten und schreiben Sie Ihre Abgeordneten an.

Petitionen und weiteres

EU-Sanktionen gegen den deutschen Journalisten Hüseyin Doğru aufheben!
https://free-dogru.com/

End EU Sanctions on Journalist Hüseyin Doğru! Protect Press Freedom & Confront Genocide in Gaza!
https://action.wemove.eu/sign/2026-2-end-eu-sanctions-on-journalist-huseyin-dogru-protect-press-freed-EN

Petition gegen die EU-Sanktionierung von Privatpersonen innerhalb und außerhalb der EU
https://www.openpetition.eu/petition/online/petition-gegen-die-eu-sanktionierung-von-privatpersonen-innerhalb-und-ausserhalb-der-eu-2

Rechtsgutachten zu Sanktionen gegen natürliche Personen
https://bsw-ep.eu/wp-content/uploads/Rechtsgutachten_Sanktionen_gegen_natuerliche_Personen_BSW_von_der_Schulenburg_Firmenich.pdf

Sanktionen töten zwischen 1971 und 2021 ca. 38.000.000. Menschen:
https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X(25)00189-5/fulltext